

Cicero

# Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

№ 08  
AUGUST  
2024  
€ 11,80  
CHF 16,80

Österreich: 11,80 €, Benelux: 11,80 €, Italien: 11,80 €, Spanien: 11,80 €

IRAN

AGENDA  
2030

So kommt  
Deutschland aus  
der Krise

## Baerbocks Visa-Affäre

Wie das Auswärtige Amt zum Migrations-Ministerium wurde



4 193592 101180 2

Ziegler  
FREUDENBERG

# Unser Willy Brand.

Unpolitisch und klar. Seit 1865.



# Durchwinken

Was bereitet den Deutschen am meisten Sorgen? Laut einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Ipsos nannten 45 Prozent der Befragten die Inflation, unmittelbar gefolgt von Migration mit 44 Prozent. Wobei sich die Besorgnis kaum auf die gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitnehmern bezogen haben dürfte. Sondern auf Menschen, die unkontrolliert in die Bundesrepublik kommen und von denen wir nicht wissen, wer sie sind, woher sie stammen oder was sie bei uns wollen. Und davon gibt es viele. In einem funktionierenden Gemeinwesen würde man davon ausgehen, dass die Politik sich dieser Fehlentwicklung zuwendet und gegensteuert – allein schon aus Eigeninteresse, weil andernfalls andere Parteien sich des Themas im demokratischen Wettbewerb annehmen werden.

Im Auswärtigen Amt sieht man das alles offenbar ganz anders – zumindest, seit Annalena Baerbock die Verantwortung im Ministerium am Werderschen Markt trägt. Wie unsere Recherchen und von uns eingesehene interne Dokumente zeigen, hat man von dort aus die deutschen Botschaften sogar dazu ermuntert, Einreisevisa an Personen zu vergeben, die ganz offenkundig mit gefälschten Papieren vorstellig geworden waren. Wenn deutsche Diplomaten vor Ort deswegen höchste Sicherheitsbedenken hatten und entsprechende Alarmsignale nach Berlin meldeten, wurde das alles nicht nur beiseitegewischt. Die Beamten wurden von der Baerbock-Zentrale sogar ausdrücklich dazu aufgefordert, nicht so genau hinzuschauen. Dass dieses „Durchwinken wider besseres

Wissen“ im Außenamt noch dazu von sogenannten Nichtregierungsorganisationen mit klarer Migrationsagenda befördert wurde, gehört bekanntlich zum politischen Stil insbesondere von grünen Teilen der Ampelregierung.

Für die ohnehin angespannte gesellschaftliche Stimmung, an der besagte Ampelregierung erheblichen Anteil hat, sind solche Vorgänge natürlich pures Gift. Im Oktober vorigen Jahres hatte Olaf Scholz vollmundig verkündet, „wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben“. Was von diesen Kanzlerworten zu halten ist, wenn gleichzeitig die Außenministerin Einreisepapiere an Personen verteilen lässt, die erkanntermaßen das Botschaftspersonal etwa in Islamabad zum Narren halten, ist klar: reine Augenwischerei. Der Vertrauensverlust gegenüber der Politik schreitet voran. Besonders beunruhigend: Die Bundesregierung scheint es so zu wollen.



Mit besten Grüßen

**ALEXANDER  
MARGUIER**

Chefredakteur

**DIE NÄCHSTE CICERO-AUSGABE ERSCHEINT AM 30. AUGUST.**

# Inhalt



## TITELTHEMA

**14**

### **Illegal, legal, egal**

Unter Annalena Baerbock verteilt das Auswärtige Amt Tausende Visa an Migranten aus aller Welt. Bis an die Grenzen des Rechts – und darüber hinaus

Von DANIEL GRÄBER

Bester  
Freund

sicher  
geschützt

## HanseMerkur Tierversicherungen

Mit unserem Gesundheitsschutz für Hunde und Katzen ist Ihr treuer Begleiter jederzeit optimal abgesichert. Denn die HanseMerkur übernimmt bis zu 100 Prozent der Kosten für Behandlung, OP, Nachsorge und Medikamente – und das weltweit und bei jeder Rasse. Das zeigt: Hand in Hand ist HanseMerkur.



Hand in Hand ist  
**HanseMerkur**

Stiftung Warentest	Leistungs- niveau: <b>Sehr hoch</b>
Finanztest	Tier-OP Best
	Im Test: 61 OP- Versicherungen für Hunde
	Ausgabe 09/2021 <a href="http://www.test.de">www.test.de</a>

21J02



## BERLINER REPUBLIK

### 26 Blackbox BSW

Das Bündnis Sahra Wagenknecht ist ein politischer Senkrechtstarter, der vielleicht bald Regierungsverantwortung tragen muss

Von ALEXANDER MARGUIER

### 33 Landauf, landab

An der Heckenrosen-Front

Von SOPHIE VON MALTZAHN

### 34 Der Anti-Scholz

Alexander Schweitzer ist Menschenfischer. Der neue SPD-Ministerpräsident zeigt dem Kanzler, wie Ampel geht

Von CLEMENS TRAUB

### 36 Leistung bringen

Adeline A. Awemo will für die CDU in den Brandenburger Landtag. Die Wissenschaftlerin kämpft gegen AfD-Dominanz

Von BENJAMIN LASSIWE

### 38 Frust am Whiteboard

Rechtsruck oder Regenbogen: Wie ticken Deutschlands Schüler?

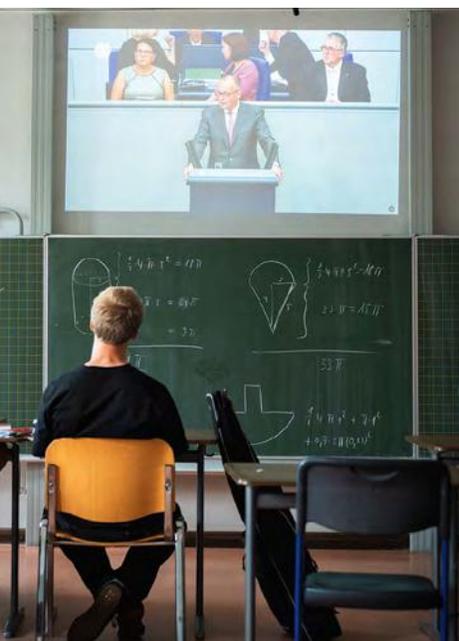
Von FELIX HUBER

### 48 Abschaffen, ja!

Der Geist des Westens ist den links-grünen Eliten zu mühsam geworden

Von FRANK. A. MEYER

# 38



## WELTBÜHNE

### 52 Aufrüstung im

### Zeichen der Ringe

Mit biometrischer Überwachung sollen die Olympischen Spiele in Paris gesichert werden – und womöglich darüber hinaus

Von RONNY BLASCHKE

### 60 „Aus der wird nie etwas“

Die britische Vize-Premierministerin Angela Rayner stammt aus schwierigsten Verhältnissen – und soll die Labour-Traditionalisten bespielen

Von CHRISTIAN SCHNEE

### 62 Er ist wieder da

Donald Trump steht vor dem Wiedereinzug ins Weiße Haus. Worauf müssen sich die USA und die Welt einstellen?

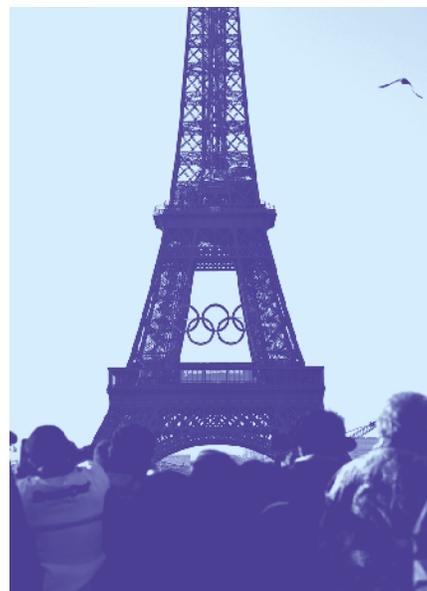
Von STEPHAN BIERLING

### 66 „Putin hat selbst gesagt, dass er nicht verhandeln will“

Roderich Kiesewetter, Ralf Stegner und die Russlandexpertin Miriam Kosmehl streiten über den Ukrainekrieg

Von ALEXANDER MARGUIER

# 52



## KAPITAL

### 72 Agenda 2030

Den Niedergang der deutschen Wirtschaft könnten nur noch harte Reformen der Sozial-, Migrations- und Finanzpolitik aufhalten

Von THOMAS MAYER

### 79 Wohin mit Ihrem Geld?

Wer weiter auf KI-Aktien setzt, wettet auf ein Wunder

Von DANIEL STELTER

### 80 Der Chefaufklärer

Der CSU-Abgeordnete Andreas Lenz führt den AKW-Untersuchungsausschuss an

Von DANIEL GRÄBER

### 82 Meister der Saucen

Thomas Zeisner exportiert sein Ketchup sogar in die USA

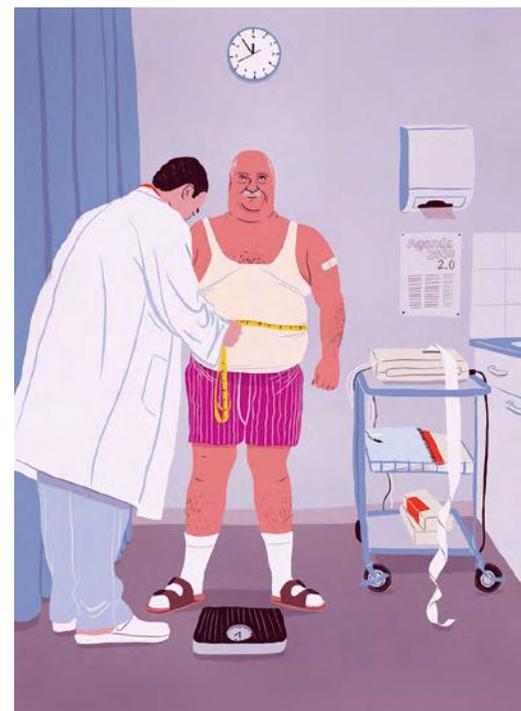
Von JOERG HELGE WAGNER

### 84 Wenn es fürs Treppchen nicht mehr reicht

Deutschland soll wieder Spitzensport-Nation sein. Aber das Sportfördergesetz enttäuscht Trainer und Athleten

Von THOMAS DUDEK

# 72





## SALON

### 90 Ältere Männer mit Bärten

In den ethnologischen Museen tobt ein Streit um historische Gerechtigkeit

Von MATHIAS BRODKORB

### 98 Der Nutzwert-Entzieher

Der österreichische Bildhauer Erwin Wurm wird 70 Jahre alt

Von VIOLA SCHENZ

### 100 Schratin mit Schreibblockade

Die Schriftstellerin Kathrin Schmidt ist eine geächtete Rebellin

Von RENÉ SCHLOTT

### 102 Das Comeback der Schönheit

Die Supermodels sind zurück. Was sagt das über unsere Gesellschaft?

Von DANIEL HAAS

### 109 Der Flaneur

Der Smiley ist heilig geworden

Von STEFAN AUS DEM SIEPEN

### 110 Man sieht nur, was man sucht

Chinas Kaiserinwitwe Cixi ließ sich in westlicher Weise in Öl porträtieren

Von BEAT WYSS

### 112 Literaturen

Mit Büchern von Ingolfur Blühdorn, Steffen Mau, Melanie Möller, T. C. Boyle, Saša Stanišić

### 117 Brodkorb liest

Aktuelle Sachbücher

Von MATHIAS BRODKORB

### 118 Das politische Buch

„Siebter Oktober Dreiundzwanzig“

Von PETER HOERES

### 120 Die letzten 24 Stunden

Mit vollem Genuss gehen die Lichter aus

Von ALESSIJA LAUSE



## CICERO STANDARDS

### 3 ATTICUS

Von ALEXANDER MARGUIER

### 8 STADTGESPRÄCH

### 10 FORUM

### 12 IMPRESSUM

### 122 POSTSCRIPTUM

Von RALF HANSELLE



#### Zum Titelbild

Der Illustrator Simon Prades ist der Mann der tausend Gesichter. Regelmäßig porträtiert er für den *New Yorker* oder *The Atlantic*. Auch für *Cicero* hat der in Offenburg lebende Illustrator, der neben Editorials auch Werbung und Film-Illus entwirft, in der Vergangenheit manch einen Kopf auf dem Titel verewigt – zuletzt für die Mai-Ausgabe Robert Habeck. Jetzt ist Habecks Parteikollegin Annalena Baerbock an der Reihe. In überlagerten Schichten aus Landkarten, Visa-Dokumenten und en face-Ansicht wirkt die Ministerin merkwürdig fremd und geheimnisvoll.

# 102



Eine Baustellenampel mit Ewigkeitsanspruch, der allgegenwärtige Regenbogen – und etwas Kunstgeschichte zu Merkels 70. Geburtstag.

Berliner Finanzlücke

**Ausgabenexplosion**



Dem Berliner Senat fehlen fünf Milliarden Euro. Immerhin hat die Verwaltung nicht einfach direkt das Geld in den Ofen geworfen, sondern nur 129 000 Einwohner zu viel in den Melderegistern geführt. Also gibt's nun weniger Geld als erwartet für die Arm-aber-sexy-Hauptstadt von den Steuerzahlern anderer Bundesländer. CDU-Finanzsenator Evers ist sauer auf die rot-rot-grüne Vorgängerregierung wegen der „Explosion der Staatsausgaben seit 2019“. Ergebnis war: „Berlin leistet sich vieles, was sich andere Länder und Kommunen nicht leisten.“ Die drastischen Worte des Senators im Abgeordnetenhaus könnte sich vielleicht auch sein großer Finanzminister Christian Lindner für die Verhandlungen zum Bundeshaushalt notieren: „Es gibt nichts mehr herauszurücken!“ *fk*

Baustellenampeln

**Mahnmal der Wurstigkeit**

Vor mehr als einem Jahrzehnt, als die Redaktionsräume von *Cicero* noch in Berlin-Mitte an der Friedrichstraße direkt neben der Weidendammer Brücke über die Spree lagen, befand sich eine Baustelle vor dem Bürogebäude. Diese Baustelle ist zwar seit mindestens zehn Jahren wieder verschwunden (immerhin!), aber die zugehörige Baustellenampel ist immer noch da. Und wird wahrscheinlich für immer dort bleiben. Sie ist somit ein Mahnmal für die öffentliche Verwaltung in einer selbst ernannten Metropole, wo nichts jemals wirklich fertig wird. Berlin als ewiges Provisorium – mit sinnlosen Baustellenampeln, die das Stadtbild allerorten prägen. Sieht zwar scheiße aus, aber niemanden stört es. Zumindest nicht in den zuständigen Behörden. Wenn überhaupt eine Behörde zuständig sein sollte. *mar*



Bundestag schafft Faxgeräte ab

**Piiiiiep, ratterratter**



Im Bundestag ist eine Ära zu Ende gegangen. Die des „Piiiiiep, ratterratter“, des Papiers, wie es laut, aber elegant aus der Maschine ruckelt – neugierig, jedoch geduldig beobachtet vom Empfänger; die Ära einer „Cliffhanger“-Kiste, die schon existierte, als „Cliffhanger“ noch kein Anglizismus für aufschwingende Spannungsbögen am Ende einer Serienepisode war. Das Empfangen mit dem Faxgerät: immer spannend. Erst „Piiiiiep, ratterratter“, dann das Gehirn, wie es versuchte, sich den möglichen Inhalt schon zu erschließen, als das Papier noch halb in der Kiste war. Der Bundestag digitalisiert jetzt aber heftig durch – und hat im Juli 2024 die letzten Faxgeräte abgeschafft. Die Faxnummer bleibt. Wie schön! Doch das Dokument kommt künftig als E-Mail. Ohne Cliffhanger. Wie langweilig! *bek*

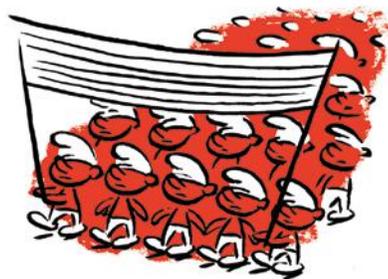
Noch ein Zeichen  
**Under the Rainbow**



**B**erlin soll noch ein bisschen bunter werden. Die CDU Tempelhof-Schöneberg möchte den U-Bahnhof Nollendorfplatz in „Nollendorfplatz – Regenbogenkiez“ umbenennen. „Unser Regenbogenkiez ist einer der größten touristischen Anziehungspunkte für queere Menschen weltweit und damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Berlin und den Bezirk Tempelhof-Schöneberg“, heißt es in der Begründung. Es geht natürlich wieder einmal darum, „ein Zeichen zu setzen“. Oder wie es André Laurman-Urbanski, Kreisvorsitzender der Lesben- und Schwulenunion (LSU) in der CDU, formuliert: In einer Zeit, in der die „Hassgewalt gegenüber LSBTIQ-Menschen“ wieder stark zunehme, könnten die BVG und die Stadt ein Zeichen für „Vielfalt und Akzeptanz“ setzen. Die Urheber dieser Zunahme von Hassgewalt werden wie so oft nicht beim Namen genannt. Es sind, die Betroffenen können es aus ihrem Alltag berichten, in der Regel Migranten aus muslimischen Ländern – sowohl solche, die schon länger hier leben, als auch solche, die erst kürzlich als „Schutzsuchende“ hier angekommen sind. Die werden sich durch die Umbenennung eines U-Bahnhofs kaum zu mehr Akzeptanz bewegen lassen. Wieder einmal reine Symbolpolitik, statt dem Problem ins Auge zu sehen, dass der Staat seine Bürger, egal ob schwul, jüdisch oder Otto Normal, nicht mehr zu schützen in der Lage oder willens ist. *way*

Schlumpfokratie  
**Im Regenbogenland**

**B**erlin wird also mehr und mehr zu Schlumpfhausen, der herrschaftslosen Schlumpfokratie mitten im „Verwunschenen Land“. Bekanntlich kann dort jedes Verb, Substantiv oder Adjektiv beliebig durch den Wortstamm „schlumpf“ ersetzt werden. „Schwimmen“ etwa heißt dort „schlumpfen“, „schlafen“ heißt auch „schlumpfen“ und „essen“ – man ahnt es schon – heißt ebenfalls „schlumpfen“. Das macht die Verständigung im Land der blauen Männlein und des einen blonden Weibleins nicht unbedingt einfacher, hat aber durchaus Unterhaltungswert. In Berlin, dem verwunschenen Land bunter Trans- und anderer Männlein ist das ganz ähnlich. Jeglicher Wortstamm kann hier durch „Regenbogen“ ersetzt werden: Ein Kulturzentrum heißt dann „Regenbogenfabrik“, Berlin selbst nennt sich – trotz steigender Hasskriminalität – „Regenbogenhauptstadt“, es gibt „Regenbogenkitas“, den „Regenbogenkiez“ (siehe links), ja selbst den „Treffpunkt Regenbogen“ in der Insolvenzberatung Berlin-Spandau – quasi der Endpunkt im Leben eines jeden Regenbogens. Dazu wehen – ganz wie in einem alten Heino-Shanty – allerorts „die bunten Fahnen“. Ob vor dem Roten Rathaus, dem Berghain oder der Deutschen Bank. Monotonie in der Polychromie. So führt sich das bunte Berlin Stück für Stück selbst ad absurdum: Denn wo alles gleich heißt, ist nichts mehr anders. *han*



70. Geburtstag  
**Merkels Rednerliste**



**D**ie Bildakttheorie des Historikers Horst Bredekamp weist Kunstwerken eine Autonomie zu. Nicht allein der Betrachter bestimmt die Rezeption. Was hat dieser antikonstruktivistische Ansatz mit Angela Merkel zu tun? Darüber können nun Freunde und Weggefährten der ehemaligen Bundeskanzlerin nachdenken. Am 25. September lädt die CDU, nach langem Hin und Her, nun doch zu einem Empfang zum 70. Geburtstag ihrer ehemaligen Vorsitzenden ein. Parteichef Friedrich Merz hatte die Veranstaltung überraschend angekündigt. Als Festredner hat Merkel sich Bredekamp gewünscht, der sie schon mal kundig durch Florenz, aber auch den Petersdom in Rom geführt hat. Andere feiern Geburtstage eher ausgelassen. Merkel beliebt es, ihre Gäste mit Ansprachen quälen zu lassen. Teilnehmer berichten, der Vortrag zu ihrem 60. Geburtstag sei recht zäh gewesen. Damals sprach der Historiker Jürgen Osterhammel zum Thema „Vergangenheiten: Über die Zeithorizonte der Geschichte“. Bei ihrem 50. Geburtstag hielt der Hirnforscher Wolf Singer die Rede mit dem Titel: „Utopie der Planbarkeit der Zukunft“. Dies wurde als ein theoretischer Überbau des merkelischen Politikstils gedeutet. Nun also Bredekamp. Merkel habe nie den „Grundzug privater Zivilität“ verloren, schrieb er über sie. Nun wird er seine Merkel-Bild-Theorie ausführlicher darlegen können. *vr*

# Forum

## Post zur Freiheit, zur Außenpolitik und zur Ukraine.

„Das Ende der Freiheit“ von Ralf Hanselle, Juli 2024

### Widerspruch

Freiheit und Toleranz sind Begriffe für historische Phasen, in denen sie nicht wirklich gebraucht werden, da es in solchen Momenten eine Gesellschaft gibt, die sich ihrer sicher ist.

Markus Michaelis, per E-Mail

### Gelenkte Demokratie

Hedwig Richter und Bernd Ulrich haben in der Wochenzeitung *Die Zeit* zu Papier gebracht, wie sie sich Freiheit in der Demokratie vorstellen. Im Ergebnis eine gelenkte Demokratie. Der Bürger darf wählen, steht dann aber für vier Jahre auf dem Abstellgleis. Schließlich ist der Abgeordnete ja nur seinem Gewissen verpflichtet. Und er wird das ökologisch Sinnvolle auf den Weg bringen. Ein Zerrbild repräsentativer Demokratie, der Wähler als Stimmenvieh. Nur so kann nach Meinung von Richter und Ulrich der Ökokollaps gegenüber einer unmündigen Bürgerschaft abgewendet werden.

Christoph Schönberger, Aachen

### Verlust

Als ein in der Zwischenwelt „Westberlin“ aufgewachsener Bürger erinnere ich mich noch gut an die

Freiheitsglocke am Schöneberger Rathaus. Jeden Mittag um 12 Uhr läutete die in England hergestellte Glocke, und im Rias ertönte nachstehendes Bekenntnis: „Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, dass allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich verspreche, jedem Angriff auf die Freiheit und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo auch immer sie auftreten mögen.“

Unsere Freiheit garantierten uns die drei alliierten Westmächte, die auch über den Westberliner Senat und die Demokratie wachten.

Im nächsten Jahr wird die Glocke 75 Jahre alt. Trotz der Einschränkungen durch die Insellage gab es eine Freiheit, auf die ich mit Sehnsucht zurückblicke. In den letzten Jahren ist viel von unserer Freiheit abhandengekommen; das Traurigste an dieser Tatsache ist,

dass der sich in aller Bequemlichkeit breitgemachte Bürger gegen Demokratie und Freiheit auf die Straße geht und gar nicht merkt, was er verliert.

Dipl. Ing. Rainhard Sticherling, Usingen

### Innere Stimme

Ganz herzlichen Dank für den hervorragenden Beitrag zum Ende der Freiheit. Es wurde herausgearbeitet, wie man mit dem Freiheitsbegriff Schindluder treiben kann, bis hin zur totalitär angehauchten „Bleibefreiheit“, und dass eine Wahlfreiheit zwischen Uber und Taxi allenfalls seine Oberfläche berührt.

Von Thomas von Aquin bis Immanuel Kant ist es der Wesenskern der Freiheit, ob ich meiner inneren Stimme folge oder nicht. Das kann nur eine persönliche Entscheidung jenseits von gesellschaftlichen Konventionen sein. Das wachsende Unbehagen in der Gesellschaft ist wohl ein Signal für eine zunehmende Bedrohung von persönlichen Gewissensentscheidungen.

Prof. Rainer Frank Elsässer, per E-Mail

### Freie Gedankenbewegung

Für die Philosophin Eva von Redecker ist die „Bleibefreiheit“ wahre Freiheit, denn sie kennt die Zukunft

# 6 × CICERO MIT GUTSCHEIN SICHERN.

Unterstützen Sie  
unabhängigen Journalismus  
mit einem  
Cicero-Abonnement!

6 AUSGABEN  
SELBST LESEN  
FÜR ZURZEIT 70,80 €  
+ GUTSCHEIN  
ZUR WAHL

A)



B)



C)



D)



Gutscheine als Prämie zur Wahl:

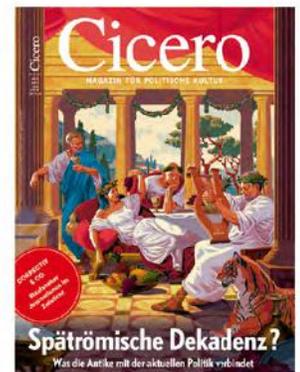
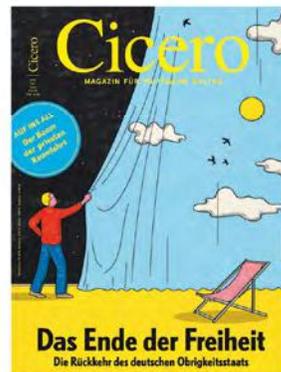
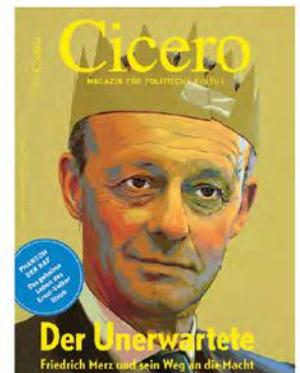
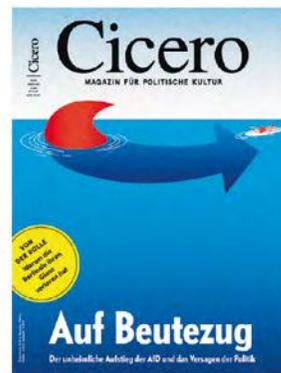
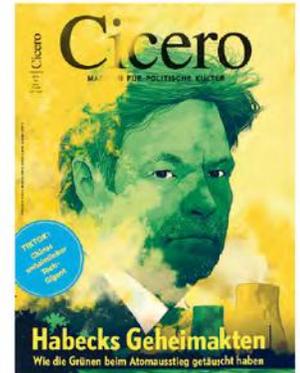
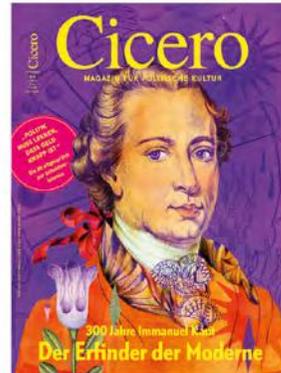
- A) DOUGLAS-Gutschein über 30,- €
- B) Amazon-Gutschein über 20,- €
- C) OBI-Gutschein über 30,- €
- D) Thalia-Gutschein über 30,- €

Jetzt 6 Ausgaben Cicero mit Ersparnis sichern:

**CICERO.DE/6-GUTSCHEIN**  
**TEL: 0451 4906 440**

6 Ausgaben für zurzeit nur 70,80 € – ggf. zzgl. 1,- € Zuzahlung (inkl. MwSt. und Versand). Es besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Zahlungsziel: 14 Tage nach Rechnungserhalt. Als leistender Unternehmer und Anbieter übernimmt die Res Publica Verlags GmbH die Betreuung und Abrechnung des Abonnements.

**Cicero**  
MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR



EINFACH  
SCANNEN UND  
BESTELLEN:



Gleich bestellen  
und sparen:  
**cicero.de/6-gutschein**

**HERAUSGEBER**

Alexander Marguier, Dr. Dirk Notheis

**CHEFREDAKTEUR**

Alexander Marguier

**STELLVERTRETER DES CHEFREDAKTEURS**

Ralf Hanselle

**CHEFIN VOM DIENST**

Kerstin Schröder

**REDAKTION**

Daniel Gräber (Kapital), Ralf Hanselle (Salon),

Ferdinand Knaub (Literaturen),

Volker Resing (Berliner Republik),

Ben Krischke (Leitung Cicero Digital),

Ingo Way (Chef vom Dienst Cicero Online),

Clemens Traub (Volontär)

**ASSISTENTIN DER CHEFREDAKTION**

Vivien Berger

**ART-DIREKTION (PRINT)**

Viola Schmieskors (fr)

**BILDREDAKTION**

Antje Berghäuser (fr)

**PRODUKTION**

Jeff Harwell (fr)

**VERLAG****GESCHÄFTSFÜHRUNG**

Alexander Marguier

**VERLAGSLEITUNG**

Martin Stedler

**ASSISTENTIN DER VERLAGSLEITUNG**

Kathy Reymann

**LEITUNG CORPORATE PUBLISHING**

Julia Marguier

**LEITUNG REDAKTIONSMARKETING**

Janne Schumacher

**OFFICE MANAGERIN**

Jennifer Stuewe

**ONLINE-MARKETING**

Mario Cruz

**HERSTELLUNG/VERTRIEB**

Erwin Böck

**ART-DIREKTION**

Dominik Herrmann

**VERTRIEB**

DMV Der Medienvertrieb GmbH &amp; Co. KG

Meißberg 1

20086 Hamburg

**ABONNEMENT / LESERSERVICE****MEXO**

Cicero Leserservice

Postfach 1154

23600 Bad Schwartau

Tel.: +49 451 4906 440

cicero@medienexpert.com

www.shop.cicero.de

**SERVICE****LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,**

haben Sie Fragen zu Ihrem Abonnement? Ihr Cicero-Leserservice hilft Ihnen gerne weiter. Sie erreichen uns werktags von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr.

**ABONNEMENT UND****NACHBESTELLUNGEN**

Cicero-Leserservice

23600 Bad Schwartau

TELEFON +49 451 4906 440

E-MAIL cicero@medienexpert.com

ONLINE www.shop.cicero.de

**ANREGUNGEN UND LESERBRIEFE**

Cicero-Leserbrieft

Fasanenstraße 7-8

10623 Berlin

E-MAIL info@cicero.de

Einsender von Manuskripten, Briefen o. Ä. erklären sich mit der redaktionellen Bearbeitung einverstanden. Abopreise inkl. gesetzlicher MwSt. und Versand im Inland, Auslandspreise auf Anfrage. Der Export und Vertrieb von Cicero im Ausland sowie das Führen von Cicero in Lesezirkeln ist nur mit Genehmigung des Verlags statthaf.

**DRUCK**

Westermann DRUCK | pva,

Georg-Westermann-Allee 66

38104 Braunschweig

Gedruckt auf UPM-Papier mit dem

EU-Umweltzeichen Registriernummer FI/11/001

**LITHO**

respub@modus-media.de

**ANZEIGENVERKAUF**

Kontor M Medienvermarktung GbR

Goldbekplatz 3

22303 Hamburg

Axel Stresow

Tel.: +49 40 63 90 84-23

a.stresow@kontorm.de

Jochen Schmitz

Tel.: +49 40 63 90 84-13

j.schmitz@kontorm.de

Moritz Fehling

Tel.: +49 40 63 90 84-12

m.fehling@kontorm.de

Petra Weihe

Tel.: +49 40 23 68 791-0

p.weihe@kontorm.de

**ANZEIGENVERWALTUNG**

Birgit Bendel-Otto

Tel.: +49 40 63 90 84-19

b.bendel-otto@kontorm.de

**ANZEIGENVERKAUF BUCHMARKT**

PremiumContentMedia

Thomas Laschinski

advertisebooks@laschinski.com

**VERKAUFTE AUFLAGE 54.178 (IVW Q2/2024)**

REICHWEITE 509 000 Leser (AWA 2024)

**CICERO ERSCHEINT IN DER****RES PUBLICA VERLAGS GMBH**

Fasanenstraße 7-8, 10623 Berlin

office@respublicaverlag.com

www.respublicaverlag.com

REDAKTION Tel.: +49 (0) 30 981 941-200, Fax: -199

VERLAG Tel.: +49 (0) 30 981 941-100, Fax: -199

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in

Onlinedienste und Internet und die Vervielfältigung

auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. nur

nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Verlags.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder

übernimmt der Verlag keine Haftung.

Copyright © 2024, Res Publica Verlags GmbH

V.i.S.d.P.: Alexander Marguier

Printed in Germany

**AWA**

(schon wieder jemand). Folgt man ihrem Diktum, dann waren am Ende nicht die Leipziger Demonstranten die Kämpfer für Freiheit, sondern die mit Maschinenpistolen bewaffneten Mauerschützen, die fürs „Bleiben“ zu sorgen hatten.

Beängstigend ist aber nicht das, was die „Philosophin“ schreibt – was wurde nicht schon alles geschrieben –, beängstigend ist vielmehr, dass das Buch zu einem Bestseller wurde, und dass viele Menschen ihr zu folgen scheinen. Oder ist es nur eine überschaubare Blase?

Nicht erst die Montagsdemos von Leipzig haben gezeigt, dass die Menschen sich wehren. Freiheit ist – und war immer, schon in der Frühzeit der Menschheit – die Freiheit der Bewegung und freie Bewegung der Gedanken. Nur sie hat den Menschen zu dem gemacht, was er ist.

*Wolfgang Papperitz, Hamburg*

„Diplomatin of Color“ von Volker Resing, Juli 2024

**Totengräber**

Noch unlängst kritisierte ein renommiertes Printjournalist das unentwegte „Annalena-Bashing“ seiner Zunft. Trifft also der in amerikanischen Wahlkämpfen gern verwendete Slogan „Where is the Beef?“, der dem politischen Rivalen die notwendige Sachkompetenz absprechen soll, nicht auf Baerbocks „feministische Außenpolitik“ zu?

Der Bundesaußenminister verantwortet die praktische Durchführung und Umsetzung der Außenpolitik, so die offizielle Stellenbeschreibung. Als Chefdiplomatin in der Tradition eines Genscher, der auf Pressekonferenzen viel redete und wenig sagte, aber hinter den Kulissen mit seinen Kollegen in zähen Verhandlungen substanzielle Fortschritte in Sachen Entspannung und „Deutsche Einheit“

**EINZELPREIS**

D: 11,80 €, A: 11,80 €, CH: 16,80 CHF

**JAHRESABONNEMENT (ZWÖLF AUSGABEN)**

D: 141,60 €, A: 141,60 €, CH: 201,60 CHF

Schüler, Studierende, Wehr- und Zivildienst-

leistende gegen Vorlage einer entsprechenden

Bescheinigung in D: 84,- €, A: 84,- €, CH: 120,- CHF,

**CICERO-KOMBIABONNEMENTS**

Mit Monopol: 190,- € (Jahresabonnement im Inland,

Auslandspreise auf Anfrage)



Cicero erhalten Sie im gut sortierten Presse-einzelhandel sowie in Pressegeschäften an Bahnhöfen und Flughäfen. Falls Sie Cicero bei Ihrem Pressehändler nicht erhalten sollten, bitten Sie ihn, Cicero bei seinem Großhändler nachzubestellen. Cicero ist dann in der Regel am Folgetag erhältlich.



Zusätzlich bietet Ihnen MYKIOSK.com Verkaufsstellen in Ihrer Nähe an.

erzielte, will sie sich nicht messen lassen. Geht es ihr also nur darum, „bella figura“ zu machen und die „Schurken“ dieser Welt verbal einzunorden?

Als Anti-Genscher wird sie höchstens als Fußnote in die Geschichtsbücher eingehen. Ihr parteiinterner Rivale Habeck hat zumindest erkannt, dass man mit Autokraten verhandeln muss, wenn man auf deren Flüssiggas angewiesen ist.

Reicht es aus, mit dem „Scheckbuch“ Frauenorganisationen in Afrika, Afghanistan oder Lateinamerika zu beglücken? Auf welcher Basis sollen irgendwann Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine stattfinden? Putin wird die besetzten Gebiete nicht freiwillig räumen. Hat Baerbock einen Plan für den Tag X? Realpolitiker haben auch Werte, so Henry Kissinger, aber sie wissen auch, was machbar ist. Was machbar ist, scheint ihr egal zu sein. Ist die Politikerin Baerbock tatsächlich beratungsresistent, weil sie nur ihrem „Küchenkabinett“ vertraut?

Ein Dauerkonflikt innerhalb der Ampelkoalition besteht in der gegensätzlichen außenpolitischen Strategie des schweigsamen Kanzlers und der Schnellsprecherin Baerbock. Während Scholz bei seinem Besuch in China die eminent wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zum beiderseitigen Nutzen hervorhebt und dabei die Probleme der deutschen Autoindustrie im Hinterkopf hat, brandmarkt Baerbock Xi Jinping öffentlich als Diktator. Ist das ihr Rezept, ihn zu überzeugen, Putin nicht mehr zu unterstützen oder Taiwans Bedrohung einzustellen?

Selbstverständlich ist es notwendig, hinter verschlossenen Türen „Tacheles zu reden“. Aber dafür braucht es einen geeigneten „Türöffner“.

Der bekannte Coach Martin Klapheck attestierte ihr erhebliche



Wissenslücken und fehlende geschichtliche Grundkenntnisse als Ursachen für ihre vielen Versprecher und Fauxpas – und empfahl ihr, diese aufzuarbeiten. Anscheinend ist es ihr aber wichtiger, sich für die hohen Kosten ihrer Visagistin zu rechtfertigen und über eine zweite Kanzlerkandidatur laut nachzudenken. Genscher hat es übrigens nach langwierigen Verhandlungen in Nachtsitzungen nicht gestört, wie ein „Totengräber“ auszusehen, wenn er vor die Weltpresse trat.

*Ulrich Krause, Travemünde*

**„Nein, wir haben gar nichts im Griff“ von Alexander Marguier, Juli 2024**

### Chapeau!

Das Interview ist mit das Beste, was Cicero seit Gründung des Magazins veröffentlicht hat. Bei Schlögel

merkt man von Beginn an, dass er mit der Materie vertraut ist. Er ist völlig authentisch, da er neben seinen vielen Aufenthalten in der früheren UdSSR auch die diversen „Epochenbrüche“ miterlebt hat. Zudem analysiert er mit messerscharfer Logik die Ereignisse, speziell nach dem Zweiten Weltkrieg und desgleichen nach dem Fall der Mauer.

Als fast schon resignierendes Resümee stellt Schlögel eine äußerst fragile Prognose hinsichtlich des Kriegsausgangs. Mit Verweis auf die „furchtbare Zögerlichkeit“ des Kanzlers und insbesondere der SPD stellt er die Behauptung auf, dass wir immer noch nicht die Fakten wahrnehmen. Chapeau, Cicero!

*Max Ganserer, Zwiesel*

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Wünsche, Anregungen und Meinungsäußerungen senden Sie bitte an [redaktion@cicero.de](mailto:redaktion@cicero.de)

TITEL

Annalena Baerbocks  
Auswärtiges Amt  
verteilt Tausende Visa  
an Einwanderer aus aller  
Welt. Ihre Beamten sind  
angewiesen, großzügig  
zu sein. Bis an die  
Grenzen des Rechts –  
und darüber hinaus.

# Illegal, legal, egal

Von  
DANIEL GRÄBER

Direkt nach ihrem Amtsantritt  
setzte sich die Außenministerin  
für die unkomplizierte  
Aufnahme von Afghanen ein

**E**s gibt politische Skandale, die starten mit einem Knall. Ein Aufschrei geht durchs Land, Journalisten und Oppositionspolitiker stürzen sich darauf, fordern Aufklärung und Konsequenzen. Wenn sich die Staubwolken der Explosion gelegt haben, zeigt sich, was davon übrig bleibt. Es gibt aber auch Skandale, die sich langsam entwickeln. Wie ein Schwelbrand, der unbemerkt vor sich hin kokelt und sich immer weiter ausbreitet, bis irgendwann die Flammen großflächig emporschießen. Die seit anderthalb Jahren schwelende Visaaffäre im Auswärtigen Amt könnte ein solcher Fall sein. Wann wird sie zum offenen Brand?

Es geht um gefälschte Pässe, erfundene Verwandtschaftsverhältnisse und mutmaßliche Tarnidentitäten ausländischer Agenten. Und darum, dass Deutschland seit Annalena Baerbocks Amtsantritt sehr großzügig und ohne genau hinzusehen Einreiseerlaubnisse an Einwanderer aus aller Welt verteilt. Sicherheitsbedenken nimmt die Außenministerin nicht ernst. Sie hat in ihrer Behörde ein migrationsfreundliches Klima geschaffen, in dem sich Beamte dazu berufen fühlen, geltendes Recht zu brechen, um Visa möglichst schnell und reibungslos auszustellen. Gegen einzelne Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft. Einiges deutet darauf hin, dass das erst der Anfang ist.

Ein *Cicero*-Bericht entzündete im Februar 2023 die seitdem schwelende Affäre. Bei Recherchen zur Aufnahme von Afghanen waren wir auf einen bemerkenswerten Fall gestoßen: Mohammad G., der angeblich aus Afghanistan stammt und zu seinem angeblichen Bruder nach Deutschland ziehen will. Zwischen der Zentrale des Auswärtigen Amtes in Berlin und der für das Visumverfahren zuständigen deutschen Botschaft in Islamabad gab es heftigen Streit. Denn die Beamten vor Ort, bei denen der junge Mann vorstellig geworden war, hatten erhebliche Zweifel an dessen behaupteter Identität und den widersprüchlichen Geschichten, die Mohammad und Khan G. den deutschen Behörden auftrichteten. Es ist weder klar, ob die beiden überhaupt Brüder sind, noch ob Mohammad G. wirklich Afghane ist und ob eine Gefahr durch die Taliban droht. Ein Grund für das Misstrauen: Er legte in Islamabad einen gefälschten afghanischen Pass vor.

Henning G., damals als Referent im Auswärtigen Amt für strittige Visafälle zuständig, schrieb im Dezember 2022 eine E-Mail an die Visastelle in Islamabad. An der Identität des Antragstellers bestünden „eigentlich keine Zweifel, falscher Pass hin oder her“, behauptete er. Und machte als



Vorgesetzter massiven Druck: Er möchte „trotz des falschen Passes an der Weisung zur Visumerteilung festhalten“. Der Referent hatte zuvor vor dem Verwaltungsgericht Berlin dem gegen die Bundesrepublik klagenden Mohammad G. nachgegeben und der Erteilung eines Visums zugestimmt. Dass dessen Pass gefälscht war, fiel erst danach auf.

Diese interne E-Mail mit der Anweisung, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, nahm die AfD-Bundestagsfraktion zum Anlass, im Mai 2023 Strafanzeige wegen Rechtsbeugung gegen Henning G. zu stellen. Eine weitere Strafanzeige gegen unbekannt ging von einem ehemaligen Mitarbeiter des Innenministeriums ein. Beide Verfahren wurden zusammengelegt, die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt seit mehr als einem Jahr. Henning G. wurde versetzt. Er arbeitet an einer Botschaft in Skandinavien, mit Visaverfahren hat er dort nichts mehr zu tun.

Man könnte das Ganze als Einzelfall abtun, als Verfehlung eines unter Druck stehenden Beamten, der mal ein Auge zudrücken und Menschlichkeit über Bürokratie stellen wollte. Doch das wäre falsch. Es ist kein Einzelfall. Es hat System. Neue *Cicero*-Recherchen zeigen, wie sich im Auswärtigen Amt unter Annalena Baerbock eine „No nations, no borders“-Ideologie durchgesetzt hat, die blind ist für die Gefahren einer allzu naiven Einwanderungspolitik und Sicherheitsexperten ver-zweifeln lässt.



Das Innenministerium wollte strengere Sicherheitsprüfungen. „Das sollten wir nicht akzeptieren“, schrieb Baerbock

**D**ass Baerbock sich als Außenministerin für die möglichst unkomplizierte Aufnahme möglichst vieler Verfolgter einsetzen will, machte sie von Anfang an klar. Zwei Wochen nach Amtsantritt, am 23. Dezember 2021, stellte sie ihren „Aktionsplan Afghanistan“ vor. „Wir werden bürokratische Hürden abbauen, um die Aufnahme und die Einreise nach Deutschland für besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen zu erleichtern“, kündigte die Grünen-Politikerin an. „Unser Ziel muss der Aufbau nicht einer, sondern mehrerer humanitärer Luftbrücken von Afghanistan nach Deutschland sein.“ Den großen Worten folgten Taten. Und die erstreckten sich bei Weitem nicht nur auf Flüchtlinge aus Afghanistan.

Um das Ausmaß der unter Annalena Baerbock vollzogenen Weichenstellungen zu verstehen, hilft zunächst ein Schritt zurück. Neben der seit 2015 geduldeten illegalen Migration gibt es auch legale Wege nach Deutschland. Einer der wichtigsten ist der Familiennachzug. Migrantinnen, die bereits in der Bundesrepublik aufgenommen wurden,

können ihre Ehegatten, Eltern oder Kinder nachholen – in besonderen Härtefällen auch Geschwister oder andere Verwandte. Allein im Jahr 2023 stellte das Auswärtige Amt 130799 nationale Visa für den Familiennachzug aus. Die Anträge werden in den Visastellen der deutschen Auslandsvertretungen entgegengenommen, geprüft und entschieden. Und die sind in einigen Ländern Afrikas und Asiens heillos überlastet. Zum einen, weil dort der Migrationsdruck nach Deutschland besonders hoch ist. Zum anderen, weil in diesen Ländern Pässe und Familiendokumente nicht gerade verlässlich sind. In der Vergangenheit gab es deshalb langwierige Urkundenüberprüfungsverfahren, in Zweifelsfällen auch mit Nachforschungen vor Ort. Die deutschen Visastellen hatten den Anspruch, wirklich zu wissen, wer derjenige ist, dem sie ein Visum ausstellen – und ob er wirklich das Recht hat, per Familiennachzug nach Deutschland zu gelangen.

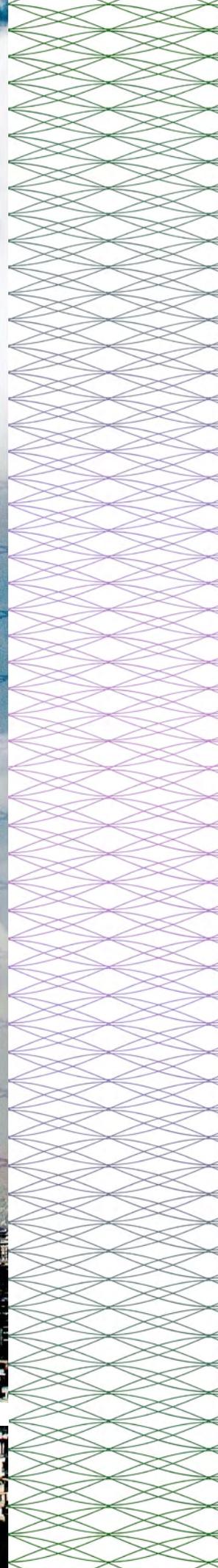
Diesen Anspruch hat das Auswärtige Amt aufgegeben. Das zeigt eine vertrauliche Weisung an alle Visastellen, „betrifft insbesondere Addis Abeba, Amman, Ankara, Bagdad, Beirut, Damaskus, Doha, Duschanbe, Erbil, Islamabad, Istanbul, Khartum, Nairobi, Neu-Delhi, Taschkent und Teheran“. Sie ist als „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und wurde am 28. März 2022 per E-Mail verschickt. Sie stammt aus dem Visagrundsatzreferat 509 und beginnt so:

*„Liebe Kolleginnen und Kollegen, die besonders schwierige und volatile Lage in verschiedenen Regionen weltweit bezüglich der Möglichkeiten, Familienzugehörigkeiten und Identitäten nachzuweisen, machen vielerorts eine Optimierung der Prüfschritte bei der Bearbeitung von Anträgen auf Familienzusammenführung notwendig.“*

*Hierbei sind stellenweise Unsicherheiten und unnötige Verzögerungen eingetreten, die wir mit dieser Weisung gerne ausräumen und zukünftig verhindern möchten. (...)*

*Der formelhafte Griff zu den bewährten Instrumenten wie der Urkundenüberprüfung ist nicht durchgehend zweckmäßig und muss durchdacht und ergänzt werden.“*

Dies klingt ganz nach dem, was Außenministerin Baerbock drei Monate zuvor versprochen hatte: Bürokratische Hürden für die legale Migration nach Deutschland sollen aus dem Weg geräumt werden. Man könnte es aber auch so sehen: Illegale Migration soll legalisiert werden, indem man einfach nicht mehr genau hinsieht. Denn genau dazu



Nach der Machtübernahme durch die Taliban schloss Deutschland seine Botschaft in Kabul



weist das Auswärtige Amt seine Beamten in den Visastellen an, nur etwas umständlicher und wohlklingender formuliert:

*„Die Antragstellenden müssen das Vorliegen der Voraussetzungen (zum Beispiel Verwandtschaftsverhältnisse, Anm.) beweisen. Dabei reicht es aus, wenn die Antragstellenden mit einem für das praktische Leben brauchbaren Grad von Gewissheit überzeugen, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne diese völlig auszuschließen.“*

Das Auswärtige Amt bestätigt, dass diese Weisung weiterhin gültig ist, und betont: Die hier zitierte Formulierung stamme aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung, an die die Bundesregierung gebunden sei.

Wohin es führt, wenn Zweifeln zu wenig nachgegangen wird, zeigen etliche Fälle von falsch ausgestellten Visa, von denen einige aufgefliegen sind und nun Staatsanwaltschaften beschäftigen. Regierung intern haben die deutschen Sicherheitsbehörden schon lange vor zu viel Gutgläubigkeit und laxen Kontrollen gewarnt. Doch im Auswärtigen Amt stießen sie auf taube Ohren. Vor allem ganz oben, an der Spitze des Hauses.

**W**enn es um ihr Prestigeprojekt ging, das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan, sah Annalena Baerbock in Sicherheitsbedenken nur lästige Hindernisse. Davon zeugt eine interne Vorlage, die Ende 2022 auf dem Dienstweg über zwei Staatssekretäre zur Ministerin gelangte. Es geht darin um praktische Probleme bei der Ausreise von Afghanen und um einen diesbezüglichen Streit mit dem Innenministerium (BMI). „Erschwerend“ komme hinzu, dass das BMI beim Verfahren des Bundesaufnahmeprogramms (BAP) Sicherheitsaspekte betonen wolle, heißt es in der Vorlage für Baerbock. Nach der Zwischenüberschrift „Herausforderungen“ wird es konkreter:

*„Interessenskonflikte in Bundesregierung: BMI wünscht bei Ausreisen im Rahmen des BAP – diese werden im kommenden Jahr das Gros aller Ausreisen stellen – Durchführung zusätzlicher Sicherheitsinterviews und vollständiges Visumverfahren im Drittland, analog der für Resettlement üblichen Verfahren. Für BAP-Reisende würde dies zu einer Verengung der derzeitigen Ausreiserouten auf Islamabad führen (...).“*

## Sicherheitsbedenken betrachtete die Außenministerin als störende Hindernisse

Am Ende dieses Absatzes ist am Rand eine Anmerkung der Ministerin notiert:

*„Das sollten wir nicht akzeptieren. Hier hart bleiben ggfs. weiter bis zu Ebene Bundesministerin eskalieren, ggf. öffentlich.“*

Das Innenministerium wollte also zusätzliche Sicherheitsinterviews einführen, wogegen sich Annalena Baerbock erfolgreich gewehrt hatte. Bis sich die im Untergrund schwelende Visaaffäre erneut an der Oberfläche der Öffentlichkeit bemerkbar machte.

Im März 2023 berichtete *Cicero* über ein Alarmschreiben der deutschen Botschaft in Islamabad. Es war am 22. Februar 2023 als vertrauliche „Diplomatische Korrespondenz“ an die Zentrale des Auswärtigen Amtes geschickt worden. Im Betreff stand: „Im Namen Allahs – Sharia-Richter für Deutschland?“ Gewarnt wurde vor dem systematischen Missbrauch deutscher Aufnahmeprogramme und einer „Unterwanderung unserer Rechtsordnung durch islamistische Kreise“. Nachdem dieses Schreiben öffentlich wurde, reiste eine Delegation des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums, zu der auch Beamten des Bundesamts für Verfassungsschutz gehörten, zum Krisengespräch nach Islamabad. Kurz darauf stoppte die Bundesregierung die humanitäre Aufnahme von Afghanen, um „optimierte Sicherheitsmaßnahmen zu ergänzen“, wie ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte. „Dazu werden in Zukunft eben auch Sicherheitsinterviews gehören“, sagte er Anfang April 2023 und kündigte damit genau das an, was seine Chefin zuvor vehement bekämpft hatte.

In diesen Sicherheitsinterviews, die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes führen, werden





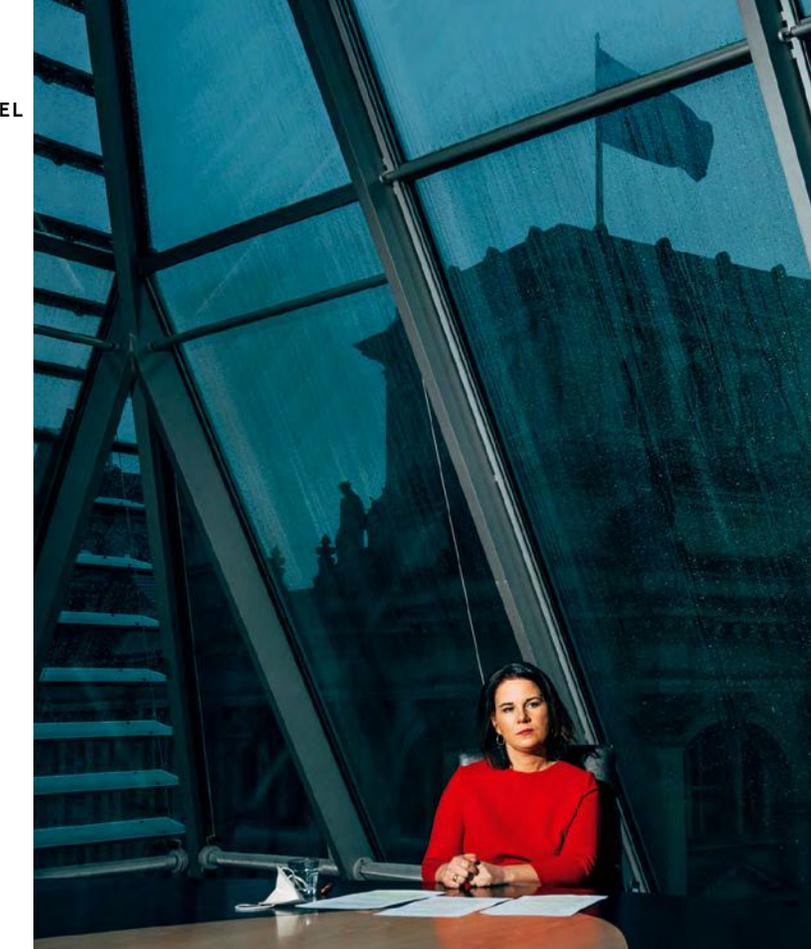
Im August 2021 musste es schnell gehen: Mit Militärmaschinen brachte die Nato Tausende Afghanen aus dem Land

die Antragsteller auf ihr Verhältnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung geprüft. Die genauen Inhalte sind geheim. Laut *ARD*-Magazin „Panorama“ geht es auch um Fragen wie: „Dürfte Ihre Tochter in einem Bikini am Schwimmunterricht teilnehmen? Wie fänden Sie es, wenn Ihr Sohn in Deutschland einen Mann heiratet?“

Was in diesen Gesprächen allerdings nicht überprüft wird: Ob die behauptete Identität und die Gefährdungsgeschichte des Antragstellers stimmen. Die Interviewer sind dem Innenministerium unterstellt und haben deshalb keinen Zugriff auf die Daten, die das Auswärtige Amt im Visumverfahren erhoben hat. Die Beamten des Auswärtigen Amtes wiederum, die über das Visum entscheiden müssen, erfahren nur das Ergebnis des Sicherheitsinterviews, aber nicht dessen Inhalte. Widersprüchliche Angaben fallen dadurch nicht auf. Und am Ende entscheidet das Auswärtige Amt. Es kann auch Personen, vor denen der Verfassungsschutz warnt, die Einreise gestatten.

**U**m welche Gefahren es geht, zeigt ein weiteres Warnschreiben der deutschen Botschaft in Islamabad, das bislang noch nicht öffentlich wurde. Es stammt vom 17. Februar 2023, ist also nur wenige Tage älter als der „Sharia-Richter“-Bericht. Als Verfasserin ist bei beiden die damalige Leiterin der Rechts- und Konsularabteilung angegeben, gezeichnet hat sie der Botschafter Alfred Grannas selbst.

## **Dringender Verdacht: Pakistan könnte Geheimagenten als afghanische Flüchtlingsfamilie getarnt haben**



In der vertraulichen Korrespondenz zwischen Islamabad und Berlin geht es um die siebenköpfige Familie N., die eine Aufnahmezusage der Bundesregierung erhalten hat. Der Vater gab an, als Friseur für die australische Armee in Afghanistan gearbeitet zu haben. Die Mutter und vier Kinder sind im September 2022 nach Deutschland geflogen worden. Ein volljähriger Sohn und der Mann selbst waren zurückgeblieben und wollten nun ebenfalls nach Deutschland.

Als der Sohn in der Visastelle vorsprach, kamen dort starke Zweifel auf, ob er wirklich zur selben Familie gehört. Denn er sprach Farsi mit einem starken Akzent, der nicht zu dem seiner angeblichen Mutter passte und zudem vermuten ließ, dass er in Pakistan und nicht in Afghanistan aufgewachsen war. Später kam sein angeblicher Vater, der angeblich von den Taliban verfolgte Friseur, zur Befragung und verstrickte sich dabei in Widersprüche. Zudem habe er einen „sehr gebildeten, fast schon militärischen, und gepflegten Eindruck“ gemacht, berichtete die Botschaft an die Zentrale in Berlin. Und er hatte zahlreiche Dokumente dabei, darunter Schreiben pakistanischer Regierungsstellen, die Misstrauen weckten.

„Hauptperson und Familie könnten absichtlich mit afghanischen Identitäten ausgestattet worden sein“, heißt es in dem internen Warnschreiben. „Es liegt hier der dringende Verdacht nahe, dass es sich bei (der Familie) um einen von pakistanischen



**Unter Baerbock ist das Auswärtige Amt zum Zentrum migrationsfördernder Netzwerke geworden**

Behörden inszenierten Fall handelt“. Gemeint ist: Es könnte sich um Agenten handeln, die Pakistans Geheimdienst mit einer Legende ausgestattet hat, um sie nach Deutschland zu bringen – per Charterflug, von der Bundesregierung organisiert.

Die Aufnahmezusagen für Herrn N. und seinen angeblichen Sohn wurden inzwischen zurückgenommen. Die fünf restlichen „Familienmitglieder“ leben nach wie vor in Deutschland. Vermutlich in Sachsen-Anhalt.

Für die möglichst rasche Aufnahme von Familie N. hatte sich übrigens die Initiative Kabul Luftbrücke eingesetzt. Die von einem Grünen-Politiker mitgegründete Organisation pflegt beste Kontakte zu Annalena Baerbock und war in deren Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan von Anfang an eng eingebunden. Sie zählte zu jenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als „meldeberechtigte Stellen“ Personen für das Programm vorschlagen durften.

In dem Botschaftsbericht „Wer ist Herr N.? Fragen einer afghanisch-pakistanischen Legende“ steht gleich zu Beginn: „Sachverhalt wird eng von Kabulluftbrücke (KLB) begleitet (u. a. Verfassen

der Gefährdungsanzeige)“. Eine Seite weiter gibt es dazu Details: Als die Aufnahmezusage für den volljährigen „Sohn“ wegen massiver Zweifel an dessen Identität zurückgezogen wurde, habe Kabul Luftbrücke eine Beschwerde an das zuständige Referat in der Zentrale des Auswärtigen Amtes geschrieben. „Bemerkenswert, dass stellenweise wortwörtliche Textpassagen der AV-Stellungnahme übernommen wurden.“ AV steht für Auslandsvertretung. „Wortwörtliche Textpassagen“ ist fett gedruckt und unterstrichen. Das bedeutet: Kabul Luftbrücke muss Einblick in den vertraulichen Schriftwechsel zwischen der Botschaft und der Zentrale des Auswärtigen Amtes in einem laufendem Visumverfahren gehabt haben. Und das bei einem besonders heiklen Fall, bei dem es mutmaßlich um die Einschleusung ausländischer Agenten ging.

**W**ie eng die Verbindungen zwischen den für Deutschlands Visapolitik zuständigen Topbeamten in Baerbocks Ministerium und migrationsfördernden Netzwerken sind, zeigt noch eine andere Begebenheit. Farsana Soleimankehl-Hanke stammt aus Kabul, hat in Hamburg Jura studiert und vertritt nun als Rechtsanwältin Afghanen, die nach Deutschland wollen. Im November 2022 wandte sie sich deshalb an die Visastelle in Islamabad und bat dringend um einen „Sondertermin“ für zwei afghanische Frauen, deren Begehren es war, per Familiennachzug in die Bundesrepublik zu gelangen.

Soleimankehl-Hanke arbeitet allerdings nicht nur für Mandanten, die im Ernstfall gegen Visumentscheidungen des Auswärtigen Amtes klagen, sondern sie arbeitet auch für das Auswärtige Amt und berät dort diejenigen, die Visumentscheidungen treffen. Im Oktober 2021 gab die promovierte Juristin den Mitarbeitern etlicher Visastellen von Istanbul bis Dubai ein Seminar über „Afghanisches Familien- und Personenstandsrecht“. Welche Vergütung sie dafür erhalten hat und welche weiteren Tätigkeiten sie für das Auswärtige Amt ausgeübt hat, hält das Ministerium geheim.

Aber das ist nicht der einzige Interessenskonflikt. Verheiratet ist die deutsch-afghanische Rechtsanwältin mit Frederik H. Er hat bis mindestens Mitte 2022 als stellvertretender Leiter des Referats 508 für „Ausländer- und Visumrecht, langfristige Aufenthalte, migrationspolitische Grundsatzfragen“ im Auswärtigen Amt gearbeitet und galt dort als wichtiger Strippenzieher. Inzwischen wurde er in das für Afghanistan zuständige Nahost-Referat 310 versetzt.

**D**as Auswärtige Amt, so viel steht in der erst bruchstückhaft aufgeklärten Visaaffäre bereits fest, ist unter Analena Baerbock zu einer Institution geworden, in der der Zweck die Mittel heiligt. Und in der Recht und Gesetz als ziemlich dehnbar gelten. Das zeigen nicht nur die internen Weisungen, sondern auch die offiziellen Reaktionen auf die bisher bekannt gewordenen Ermittlungen.

Anfang des Jahres kam es am Flughafen Hannover zu denkwürdigen Szenen. Dort landete im Januar ein Charterflugzeug, dessen Passagiere allesamt von der Bundesregierung handverlesen waren: Afghanen, denen Deutschland Schutz versprochen hat. Sie hatten das gesamte Aufnahme- und Visumverfahren erfolgreich durchlaufen, samt Sicherheitsinterview durch den Verfassungsschutz. Doch bei der Passkontrolle nach der Landung in Deutschland stellten Beamte der Bundespolizei fest, dass mehrere Passagiere ungültige Papiere hatten. Es handelte sich um sogenannte Proxypässe, die ausgestellt werden, ohne dass der Passinhaber bei der Passbehörde erscheint. Das macht sie manipulationsanfällig. Deutschland akzeptiert keine afghanischen Proxypässe. Sie hätten niemals mit einem deutschen Visum versehen werden dürfen. Doch genau dies ist geschehen. Der Bundespolizei blieb nichts anderes übrig, als Strafanzeige zu erstatten. Nun ermitteln die Staatsanwaltschaften Berlin und Cottbus gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes.

Bei einer Pressekonferenz am 28. Juni versuchte Baerbocks Sprecher, den Vorfall herunterzuspielen. Es gehe um „weniger als zwei Dutzend Fälle“. Neben dem Flug nach Hannover im Januar sei noch ein weiterer Charterflug betroffen gewesen. Der Pressesprecher tat so, als handle es sich bei den falsch ausgestellten Visa um einen reinen Formfehler, eine Ungenauigkeit ohne Folgen. „Das gesamte Verfahren ist durchlaufen worden, und auf dieser Grundlage ist diesen Personen die Einreise nach Deutschland gestattet worden. Das Einzige, was aufgetaucht ist, ist, dass das Visum nicht in das dafür vorgesehene Dokument geklebt wurde“, spielte er die Sache herunter. Proxypässe seien in einem Visumverfahren „nicht ganz einfach“ zu erkennen.

Was er nicht sagte: Die ungültigen Pässe wurden im Visumverfahren erkannt. Und zwar von den Spezialisten der Bundespolizei, die genau dafür an deutsche Auslandsvertretungen entsandt werden. Es sind gewissermaßen vorverlagerte Grenzkontrollen, mit denen die dem Bundesinnenministerium

## Experten der Bundespolizei entdeckten ungültige Pässe. Das Auswärtige Amt erteilte dennoch die Visa

unterstellte Polizeibehörde Passfälschern, Schleppern und Schleusern das Handwerk legen will. Ihre „Dokumenten- und Visumberater (DVB) treten der illegalen Einreise nach Deutschland (...) bereits in Drittstaaten entgegen“, erklärt die Bundespolizei stolz im jüngsten Jahresbericht. Sie „bilden einen wichtigen Teil der Vorverlagerungsstrategie zur Bekämpfung illegaler Migration“. Im Jahr 2022 hätten sie an 29 Standorten in 24 Ländern insgesamt 19 612 unerlaubte Einreisen verhindert. Neuere Zahlen hat die Grenzschutzbehörde noch nicht veröffentlicht. Vermutlich sind sie weiter gestiegen.

Das große Rätsel ist: Weshalb und auf wessen Weisung hin haben die Visaentscheider die ungültigen Pässe akzeptiert? Dokumenten- und Visaberater der Bundespolizei hatten rechtzeitig davor gewarnt. Warum hat sich das Auswärtige Amt darüber hinweggesetzt?

Fragen, die nun Strafermittler klären müssen. Und das könnte erst der Anfang sein. Denn, wie *Welt am Sonntag* unter Berufung auf „Sicherheitskreise“ berichtete, werden derzeit Tausende Visaentscheidungen „kriminalpolizeilich überprüft“. Zwischenergebnisse würden laufend den Staatsanwaltschaften mitgeteilt.



**DANIEL GRÄBER** leitet das Ressort Kapital bei *Cicero*.



**Gegen mindestens drei Mitarbeiter des Baerbock-Ministeriums laufen strafrechtliche Ermittlungen**



Sachsens BSW-Vizechef Jörg Scheibe; Hintergrundbild: ein Neubaublock in Dresden-Prohlis





# Blackbox BSW

Von  
ALEXANDER  
MARGUIER



Die frühere Eisenacher  
Oberbürgermeisterin Katja Wolf ist von  
der Linkspartei zum BSW gewechselt

Das Bündnis Sahra Wagenknecht ist ein politischer Senkrechtstarter, in Thüringen und Sachsen könnte es demnächst sogar in Regierungsverantwortung kommen. Aber wer ist diese Truppe? Und was will sie?

**L**andtagswahlen im Osten der Republik seien wie Autofahrten in dichtem Nebel bei 160 Stundenkilometer. So lautet die Analyse eines hohen CDU-Funktionärs aus Baden-Württemberg mit Blick auf Sachsen und Thüringen. In den beiden Bundesländern wird am 1. September gewählt, Brandenburg folgt drei Wochen später. Mit den schwierigen Sichtverhältnissen dürfte gemeint sein, dass die Menschen im Osten weniger stark an bestimmte Parteien gebunden sind als im Westen, dass die „neuen Länder“ auch 35 Jahre nach der Wende insofern politisch unberechenbarer sind. Und dass dort laut Umfragen die AfD durch die Bank stärkste Kraft ist oder zumindest gleichauf mit der CDU liegt. Als ob das nicht alles schon kompliziert genug wäre, hat sich jetzt eine weitere Nebelbank aufgetan – und zwar in Form des „Bündnis Sahra Wagenknecht“, kurz BSW. Die Truppe könnte die politische Landschaft grundlegend verändern.

Das BSW ist die einzige deutsche Partei, die nach einer Person benannt ist – weshalb bei der Konkurrenz immer wieder von einer „One-Woman-Show“ die Rede ist. Tatsächlich war der Name ursprünglich nur als eine Art Provisorium gedacht. Bis klar wurde, dass die Marke „Sahra Wagenknecht“ eben doch deutlich besser zieht als „Partei für Vernunft und Gerechtigkeit“. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal, sehr zum Schrecken nicht nur der etablierten Parteien, sondern auch der AfD: Das BSW ist ein

Senkrechtstarter, weniger als ein halbes Jahr nach Gründung kam die Formation bei der Europawahl Anfang Juni bundesweit auf 6,2 Prozent. Und lag damit einen Punkt vor der FDP sowie dreieinhalb Punkte vor der mit 2,7 Prozent abgeschlagenen Linkspartei, Wagenknechts einstiger politischer Heimat. Wobei insbesondere der Osten eine gemähte Wiese war: In Thüringen holte das Wagenknecht-Bündnis 15 Prozent, in Sachsen immerhin 12,6 Prozent. Ein Erdbeben, das nur deshalb viel zu wenig Beachtung fand, weil vor allem die überregionalen Medien immer noch habituell auf die AfD fixiert sind.

Das dürfte sich allerdings schon bald ändern. Denn wenn am 1. September die Thüringer und die Sachsen ihre Stimmen abgeben, geht es nicht nur um einen Achtungserfolg für das BSW. Sondern um Regierungsbeteiligung. Noch wabert zwar der sprichwörtliche Nebel über der politischen Landschaft, aber von Tag zu Tag wird die Sicht klarer – zumindest, was eine mögliche Teilhabe an der Macht betrifft.

Es bedurfte ausgerechnet des vernebelten Blickes von Friedrich Merz, um hier ein bisschen mehr Durchblick zu schaffen. Noch Mitte Juni hatte der

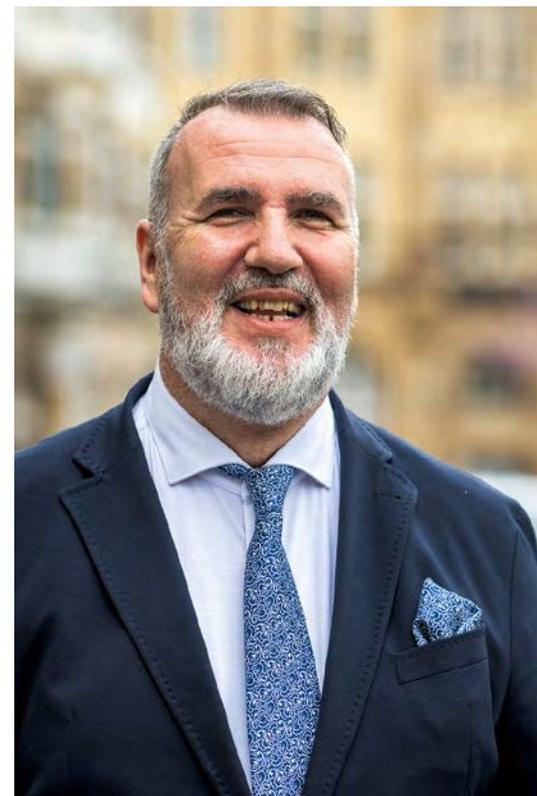
## Die CDU wurde vom Höhenflug des BSW auf dem falschen Fuß erwischt, man mäandert zwischen Dämonisierung und pragmatischer Distanz

CDU-Vorsitzende im Fernsehen über das BSW behauptet, es wäre „in einigen Themen rechtsextrem, in anderen wiederum linksextrem“; Koalitionen mit der Union seien deshalb ausgeschlossen. Bis ihm seine entgeisterten Parteifreunde im Osten daraufhin beibrachten, dass man mit einiger Wahrscheinlichkeit gar nicht um die Wagenknecht-Leute herumkommt. Zumindest dann nicht, wenn Michael Kretschmer Ministerpräsident in Sachsen bleiben und der Thüringer CDU-Fraktionschef Mario Voigt den bisherigen Amtsinhaber Bodo Ramelow (Die Linke) als Regierungschef ablösen wollen.

Kurze Zeit später also die Kehrtwende von Merz: Im ZDF-Sommerinterview Ende Juni behauptete er, sein Verdikt gegen eine Zusammenarbeit mit dem BSW habe sich nur auf den Bund bezogen, auf Landesebene müsse das die CDU vor Ort entscheiden. Besonders stringent klang das nicht, denn es bleibt ja dieselbe Partei. Weshalb Merz auch ausdrücklich auf die Haltung Wagenknechts zur Nato und zur Westbindung abhob – beides formal keine landespolitischen Themen. Die 55-Jährige ist bekanntlich eine vehemente Gegnerin von Waffenlieferungen an die Ukraine, womit sie allerdings dem verbreiteten Meinungsbild im Osten Deutschlands entspricht. Michael Kretschmer schlägt als sächsischer Landsvater ähnliche Töne an.

Ramelow-Herausforderer Voigt wiederum spricht mit Blick auf die Newcomer gern von einer „großen Blackbox“: Es gebe kaum Mitglieder und Direktkandidaten; allerdings sei das BSW bei den Themen Migration und Bildung in Thüringen „realitätsnäher“ als Grüne, Linke oder die SPD. Bei Merz hatte es hingegen geheißen, das Wagenknecht-Bündnis sei in Sachen Einwanderung „mit Tönen unterwegs, die wir eigentlich nur von der AfD hören“.

Kurzum: Die Christdemokraten hat der plötzliche Höhenflug des BSW auf dem falschen Fuß erwischt, man mäandert zwischen Dämonisierung (Merz) und pragmatischer Distanz gegenüber einem möglichen künftigen Koalitionspartner (Voigt). Wobei die



**Steffen Schütz kandidiert für den thüringischen Landtag und will den „gefühlten Stillstand“ überwinden**

„Blackbox“-These durchaus plausibel ist, weil viele BSW-Kandidaten in Thüringen und in Sachsen politisch bisher nicht in Erscheinung getreten sind (was übrigens so gewollt ist). Andere kennt man, etwa die thüringische BSW-Vorsitzende Katja Wolf.

Die 48-Jährige war bis vor kurzem Oberbürgermeisterin von Eisenach und Mitglied der Linkspartei. Im Frühjahr der Wechsel ins Wagenknecht-Lager, jetzt steht Wolf auf Platz eins der Landesliste. Ihr Co-Vorsitzender heißt Steffen Schütz, auch er kandidiert für den Landtag und wird als Zweitplatzierte auf der Wahlliste dort bald BSW-Abgeordneter sein. Schütz ist ein politischer Quereinsteiger, die Partei sucht ganz bewusst nach Leuten wie ihm: beruflich erfolgreich, Unternehmer, politisch interessiert, aber frustriert von dem „System“.

**SCHÜTZ, GEBÜRTIGER EISENACHER** und Inhaber einer Kommunikationsagentur in Berlin, spricht von einem „gefühlten Stillstand“, den es zu überwinden gelte. Besonders in seiner thüringischen Heimat hätten sich auf der linken wie auf der rechten Seite politische Lager gebildet,



die nur noch ihrer jeweiligen Ideologie folgen würden – aber trotz inhaltlich kaum überbrückbarer Differenzen zur Zusammenarbeit gezwungen seien. In Erfurt regiert nach dem Chaos der Wahl des FDP-Mannes Kemmerich mit Stimmen der AfD zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten seit gut vier Jahren eine von der CDU tolerierte rot-rot-grüne Koalition. Vorgebracht hat sie das Bundesland mit seinen gut 2,1 Millionen Einwohnern nicht, bei der Wirtschaftsleistung steht Thüringen im bundesweiten Vergleich auf dem vorletzten Platz. „Die Menschen wollen eine neue Partei, die nicht in diesen alten Denkmustern verharrt“, ist der 58-Jährige deshalb überzeugt.

Neben Steffen Schütz sitzt seine Mitstreiterin Katja Wolf, sie ist gerade mit dem Fahrrad in die Ein-Zimmer-Geschäftsstelle des BSW in der thüringischen Hauptstadt gekommen. Partei-eigene Computer gibt es noch keine, die beiden Spitzenkandidaten nutzen ihre privaten Geräte. Katja Wolf kennt sich

aus in der Politik, vor ihrer Zeit als Oberbürgermeisterin war die studierte Sozialpädagogin 13 Jahre lang Landtagsabgeordnete der Linkspartei. Der Wechsel zum BSW fiel ihr nicht leicht, aber nicht einmal Ramelows Angebot, ihr einen Ministerposten zu verschaffen, konnte sie letztlich davon abhalten. Wolf spricht von einem „Entfremdungsprozess“, die Linken-Funktionäre hätten einer Kommunalpolitikerin wie ihr einfach nicht mehr zugehört. Dabei sind es Leute wie sie, die an der Spitze einer Stadtverwaltung als erste die Folgen etwa der Migration zu spüren bekommen. „Vernünftige Analysen“ mit Blick auf die Flüchtlingspolitik seien aber in ihrer alten Partei nicht erwünscht gewesen: „Das war, wie wenn man vor eine Wand spricht.“

**KATJA WOLF, JAHRGANG 1976**, hat die Wendezeit als Teenager erlebt. Die Atmosphäre im Bündnis Sahra Wagenknecht erinnere sie an die Jahreswende 1989/1990, „mit runden Tischen und

**Wolf spricht von einem Entfremdungsprozess, die Linken-Funktionäre hätten ihr einfach nicht mehr zugehört**



# Ein schönes Wochenende liegt vor Ihnen.

Das neue Tagesspiegel-Wochenend-Angebot wird Sie begeistern. Mit unserer neuen umfangreichen Wochenendausgabe haben Sie jede Menge Lesestoff.

**Testen Sie jetzt gratis den Tagesspiegel! Gedruckt, digital oder beides.**



Ihr Gutscheincode: **CICERO**  
(030) 290 21-500  
[tagesspiegel.de/cicero](https://tagesspiegel.de/cicero)



Sahra Wagenknecht hat die Partei nicht nur gegründet, sondern ihr auch ihren Namen gegeben



## Ist das Wagenknecht-Bündnis vor allem eine Ostpartei? Die Ergebnisse bei der Europawahl lassen darauf schließen

einer Kultur des Zuhörens“. Als BSW sei man „offen für die Macht des Arguments“, sagt Wolf, und genau danach gebe es im Osten eine regelrechte „Ursehnsucht“. Probleme erkennen, anpacken und lösen – und zwar unabhängig von abgehobenen Denkmustern: So stellt sich die Ex-Bürgermeisterin eine Politik vor, mit der man die Bürgerinnen und Bürger wieder erreichen könne. Denn die fühlten sich von den Regierenden schon lange nicht mehr ernst genommen, es herrsche Enttäuschung und eine regelrechte „Wutstimmung“. Wenn sich das nicht ändere, drohe der Osten endgültig zu kippen.

Ist das Wagenknecht-Bündnis also vor allem eine Ostpartei? Die Ergebnisse bei der Europawahl lassen zumindest darauf schließen. Dennoch weisen Wolf und Schütz diese Einordnung weit von sich; das BSW im Ruhrpott etwa könne ja für die spezifischen Probleme vor Ort genauso pragmatische Lösungsansätze finden, wie man es hier in Thüringen tun wolle. Immer wieder fällt deshalb der Begriff „politische Kultur“. Es geht um Aufbruchstimmung; um Dialogbereitschaft; darum, Verkrustungen

aufzubrechen oder die Dinge irgendwie selbst in die Hand zu nehmen. Und gerade im Osten natürlich um Respekt, weil sich dort immer noch viele Menschen als Deutsche zweiter Klasse fühlen. Ausgerechnet Friedrich Merz, der sich regelmäßig seine Ostkompetenz zugutehält, gab in seinem verunglückten Sommerinterview denn auch den Besserwessi, indem er die Frage stellte, „ob wir den Osten 35 Jahre nach Mauerfall gut genug integriert bekommen“. Dazu Wolf: „Das klingt so, als wären wir hier verhaltensgestörte Schüler.“

Aber was will das BSW in Thüringen ganz konkret erreichen? Was verspricht diese Partei ihren Wählern – abgesehen von einem unideologischen Angang der Probleme und einem „Neustart für Thüringen“, wie es in der Überschrift des Landeswahlprogramms heißt? Viel ist dort von „Demokratie und Teilhabe“ und sozialer Gerechtigkeit die Rede; davon, dass man „Denk- und Redeverbote“ grundsätzlich ablehne, die heimische Wirtschaft stärken oder im Schulunterricht eine „Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen“ sowie auf die Regeln der deutschen Sprache inklusive Genderverbot durchsetzen wolle. Zum Thema Zuwanderung heißt es, die unkontrollierte Migration müsse gestoppt, die „zunehmende Ausländerkriminalität“ dürfe nicht hingenommen und Straftäter sollten konsequent abgeschoben werden. Das klingt mindestens nach „AfD light“.

Dabei behauptet Steffen Schütz, der Kampf gegen die Rechtspopulisten sei der eigentliche Antrieb für ihn gewesen, sich beim BSW zu engagieren; deren Erstarken habe ihm „un glaubliche Sorgen“ bereitet. „Friedrich Merz hat es nicht geschafft, wie angekündigt die AfD zu halbieren“, sagt Schütz – das BSW sieht er als „demokratische Alternative“ zur „Alternative für Deutschland“. Auch Wagenknecht selbst zielt auf Wähler der AfD, die bei dieser Partei bisher nur aus Protest gegen die etablierte Politik und mit einem massiven Störgefühl ihr Kreuzchen gemacht haben. AfD-Chefin Alice Weidel ist sich der neu aufgetauchten Konkurrenz offenbar sehr wohl bewusst

und warnt deshalb ihre Klientel eindringlich davor, zum BSW überzuschwenken: Das Wagenknecht-Bündnis sei in Wahrheit nur ein „Steigbügelhalter für die CDU“. Aber vielleicht ist es ja genau das, was das BSW für viele Wähler attraktiv macht: die Aussicht auf echte Regierungsteilnahme anstelle von Fundamentalopposition jenseits der „Brandmauer“ nach rechts.

Nicht ohne Grund hat die CDU schon mal einen genaueren Blick auf das BSW geworfen, und zwar in Form einer umfangreichen Studie der parteieigenen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Demnach stammen BSW-Wähler vornehmlich aus dem Osten, sie sind etwas häufiger männlich als weiblich, meist zwischen 41 und 65 Jahren alt, verfügen über eine „mittlere formale Bildung“ und haben am Ende des Monats oft nicht mehr viel Geld übrig. Zitat aus der KAS-Studie: „Die BSW-Wählerschaft positioniert sich in der Sozialpolitik wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Sie tendiert weniger zu Klimaschutz und dafür mehr zu Wirtschaftswachstum. Die BSW-Wählerschaft favorisiert deutlich eine restriktivere Einwanderungspolitik.“ Man könnte auch sagen: Es handelt sich allem

**Unkontrollierte Migration müsse gestoppt, Ausländerkriminalität dürfe nicht hingenommen werden**



Anschein nach um ziemlich normale Leute. Zumal laut derselben Erhebung nur eine Minderheit der BSW-Anhänger getrieben ist von einem „expliziten Protestmotiv“. Ob CDU-Chef Merz diese von seiner eigenen Parteistiftung herausgegebene Analyse schon zur Kenntnis genommen hat?

**EIN BLICK NACH SACHSEN**, wo der CDU-Mann Michael Kretschmer seit dem Jahr 2017 als Ministerpräsident regiert – derzeit in einer Koalition mit der SPD und den Grünen. Aber das wird nach der Landtagswahl vom 1. September kaum so bleiben. Denn die Umfragen sehen die Christdemokraten knapp unter der 30-Prozent-Marke, während Sozialdemokraten und Grüne gleichauf bei etwa 7 Prozent stehen. Es dürfte also sehr eng werden für ein „Weiter so“. Noch dazu macht Kretschmer keinen Hehl aus seiner Antipathie gegenüber den grünen Mitregenten, die er für ideologiegetriebene Gefährder des Industriestandorts Deutschland hält. Und weil die 30-Prozent-AfD unter ihrem völkischen Scharfmacher Jörg Urban an der Fraktionsspitze als Koalitionspartner komplett ausgeschlossen ist, kommt auch im Freistaat plötzlich das

## Wie in Thüringen geht auch in Sachsen das BSW mit einer Doppelspitze aus Politprofi und Quereinsteiger ins Rennen

BSW ins Spiel. Umfragen sehen die Wagenknecht-Partei bei um die 15 Prozent; am Ende könnte es sogar für eine Zweierkoalition mit der CDU reichen.

Wie in Thüringen geht auch in Sachsen das BSW mit einer Doppelspitze aus Politprofi und Quereinsteiger ins Rennen. Platz eins der Landesliste belegt Sabine Zimmermann, Ex-Gewerkschafterin und ehemalige Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion im Bundestag. Für ihre Verdienste um das Handwerk bekam die 63-Jährige einst die silberne Ehrennadel der Chemnitzer IHK verliehen. Ihr zur Seite steht Jörg Scheibe, ein drahtiger Dreitagebartträger, der in Chemnitz ein Ingenieurbüro mit 13 Mitarbeitern betreibt, Spezialgebiet technische Gebäudeausrüstung. Scheibe trägt als Dozent an der Studienakademie Glauchau einen Professorentitel und sagt, er habe früher die Grünen gewählt. Deren verkorkstes Gebäudeenergiegesetz, besser bekannt als „Habecks Heizungs-Hammer“, ließ ihn allerdings verzweifeln: „Schlechter konnte man das eigentlich nicht machen – und bei dem Thema kenne ich mich wirklich aus.“

Scheibe ist 61 Jahre alt und sagt von sich, er sei schon immer politisch interessiert gewesen. „Die Entwicklung in den letzten Jahren hat mich mit Sorge erfüllt“, erzählt er – und nennt als Stichworte Wirtschaft, Inflation, Migration, Corona „mit den überzogenen Maßnahmen“ sowie den Ukrainekrieg „mit den überzogenen Sanktionen gegen Russland“. Die etablierten Parteien hätten auf dies alles keine überzeugenden Antworten – beziehungsweise „haben sie den ganzen Schlamassel in Regierungsverantwortung teilweise selbst mit angeichtet“. Ein Wutbürger ist Scheibe nicht, und die AfD sei für ihn „wegen etlicher Rechtsradikaler“ in deren Reihen ohnehin nie infrage gekommen. Als dann aber das BSW plötzlich auf der politischen Bühne erschien, war der Ingenieur wie elektrisiert, schrieb einen Brief an Wagenknecht – und fand sich wenig später beim Gründungsparteitag im Januar als eines der ersten Mitglieder wieder. Weniger als ein Dreivierteljahr später wird er seine Partei im sächsischen Landtag vertreten.

## Was, wenn bei der Wahl am 1. September das BSW die Thüringen-CDU überflügelt? Soll Katja Wolf dann Ministerpräsidentin werden?

Was er dort will? „Wir können viele Dinge neu denken, weil wir keinen Rucksack mit uns herumtragen.“ Soll heißen: Politik ohne Pfadabhängigkeit wie etwa bei der CDU, die Merkels Flüchtlingspolitik immer noch rechtfertigen muss, um sich nicht selbst des historischen Irrtums zu bezichtigen. Auch Scheibe redet viel von „pragmatischen Lösungen“, für die er als beruflich erfolgreicher Quereinsteiger gern seine Expertise zur Verfügung stelle. Gleichwohl räumt er ein, dass das BSW keine Wunder vollbringen könne: „Und das sagen wir den Leuten auch schon vor der Wahl ganz klar.“

**SACHSEN-MP MICHAEL KRETSCHMER** hat das BSW natürlich im Blick, mit einiger Wahrscheinlichkeit wird er nach der Wahl mit den politischen Newcomern zumindest Gespräche führen. Um sie nicht jetzt schon aufzuwerten, reagiert er allerdings recht schmallippig auf Fragen zur Wagenknecht-Partei. Es handle sich um ein „Sammelsurium“, um eine „Wundertüte“, so Kretschmer gegenüber *Cicero*: „Viele Erwartungen, Wünsche, Sehnsüchte werden auf diese Gruppierung transferiert“; um sie als rechtsextrem

oder linksextrem zu brandmarken, sei es allerdings viel zu früh. Immerhin habe das BSW seine Lehren gezogen aus der Entwicklung der AfD von einer ursprünglich wertkonservativen und wirtschaftsliberalen Partei hin zu einer Bewegung, die „von den Rechtsextremen übernommen worden“ sei, glaubt der sächsische Ministerpräsident. Um Ähnliches zu verhindern, verfolge das BSW „diese sehr restriktive Aufnahmepolitik“. Tatsächlich hat das Wagenknecht-Bündnis in Sachsen aktuell nur 65 Mitglieder, in Thüringen sind es 67. Kretschmer: „Wo das hinführt, wissen wir noch nicht genau.“

Wohin also führt der Weg der „Wundertüten“-Partei? Mit Sicherheit in beide Landesparlamente, vielleicht sogar in Regierungsverantwortung. Dass Letzteres für eine derart junge Formation einem Parforceritt gleichkäme, ist klar. Der sächsische BSW-Chef Scheibe gibt denn auch zu: Eine Rolle in der Opposition wäre fürs Erste sicherlich angemessener, damit sich insbesondere die politischen Quereinsteiger mit den Regeln des Parlamentarismus überhaupt erst einmal vertraut machen können. „Aber je nach Konstellation werden wir uns natürlich nicht verweigern.“ Thüringens Spitzenkandidatin Wolf sieht das für ihr Bundesland ähnlich, aber auch hier stehe man im Fall der Fälle bereit für mehr.

Und was, wenn am 1. September das BSW die Thüringen-CDU sogar überflügelt? Laut Umfragen trennen die beiden Parteien derzeit lediglich zwei schmale Prozentpunkte; es steht 22 Prozent für die Union gegen 20 Prozent für das Wagenknecht-Bündnis. Erhebt Katja Wolf dann den Anspruch auf das Amt der Ministerpräsidentin? Die Ex-Bürgermeisterin von Eisenach antwortet auf diese Frage mit einem einzigen Wort: „spannend!“ Am Ende dieser Hochgeschwindigkeitsfahrt im Nebel könnte noch die eine oder andere Überraschung stehen.



**ALEXANDER MARGUIER**  
ist Chefredakteur  
von Cicero.

SOPHIE VON MALTZAHN  
SCHREIBT ...



# Land- auf- land- ab

## Diesmal: An der Heckenrosen- Front

**M**ir scheint es, als ver-  
stärkte sich der Inselcha-  
rakter meines Lebens in  
ländlicher Abgeschiedenheit, je  
mehr die Welt in Aufruhr ist. Als  
wandle sich das Mangelgefühl des  
Abgehängtseins in eine Erlösung  
von der Bedrohung.

Denn, wer wird den Ukraine-  
krieg verlieren? Wann enden Lei-  
den und Sterben in Gaza? Wird  
Trump neuer US-Präsident und  
binnen Kürze das Spielfeld al-  
ler politischen Bemühungen vom  
Tisch fegen? Welche Nato-Flanke  
aktiviert sich als Nächstes? Wel-  
cher Politiker – ohne Gen-  
dersternchen – wird als Erster ein  
Remigrationsabkommen mit den  
Taliban in Afghanistan aushan-  
deln und sich dafür zu Hause fei-  
ern lassen?

Wir leben hier, wo andere Ur-  
laub machen, am Rande des Mü-  
ritz-Nationalparks, zwischen Vo-  
gelkonzert und Naturdenkmalen,  
unter der Regentschaft von Flora  
und Fauna, in der Erfüllung eines  
eskapistischen Traums beim ers-  
ten Atemzug.

Wir schauen auf die Mor-  
genröte überm goldenen Korn-  
feld und jede Zelle des Körpers  
sinnt: Alles wird gut / alles bleibt

gut – da kann es einem so vor-  
kommen, als wären das alles Pro-  
bleme eines anderen Planeten.

Dieser Sommer kommt hier so  
normal daher, als beruhe das Er-  
wartbare auf einer verlässlichen  
Statik. Am Straßenrand hat Wer-  
bung für Dorffeste die Wahlpla-  
kate ersetzt. In der neonberöh-  
ten Laube meines Nachbarn läuft  
Fußball. Die Landwirte stecken in  
der Ernte, nicht in Straßenblocka-  
den fest.

Im Tourismus wird jetzt das  
Geld fürs ganze Jahr verdient.  
Das Geschäft brummt, den Kar-  
ren ziehen zu wenige Arbeits-  
kräfte. Das war auch schon immer  
so. Selbst der rechtsextreme Vor-  
marsch ist regional nichts Neues,  
sondern Teil des Kontinuums. Na-  
türlich aber klaffen Risse in der  
Kulisse dieser ewig schleifenden  
Prophezeiung.

Streift ein Smalltalk die Welt-  
lage, in meinem Fall auf dem  
30-jährigen Jubiläum der Fest-  
spiele Mecklenburg-Vorpommern,  
arretiert das Gespräch in einem  
gemeinsamen Nach-Luft-Schnap-  
pen. In meiner Post möchte eine  
Liste meine Unterschrift gegen ein  
neues Flüchtlingsheim haben und  
damit meine Zustimmung zu ein-  
em erhöhten Abschiebungsdruck,  
der Triebfeder unserer eigenen  
Verrohung.

Oder, in einer Baustellen-Mit-  
tagspause unterhalte ich mich mit  
einem Ukrainer, dem wir 2022  
bei seiner Ankunft geholfen ha-  
ben. Seine Familie mit acht Kin-  
dern ist hier in Sicherheit. Bis  
auf den ältesten Sohn. Er erzählt  
mir von der Front. Dabei schauen  
wir beide den mit Gold bestäub-  
ten Hummeln zu, wie sie von ei-  
ner Heckenrose zur nächsten  
wandern.

**SOPHIE VON MALTZAHN**  
ist Schriftstellerin und lebt  
in Mecklenburg. In Cicero  
blickt sie monatlich vom  
Land aus auf die Welt.



# Der Anti-Scholz

Alexander Schweitzer ist ein Menschenfischer. Der neue SPD-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zeigt damit dem Kanzler, wie man erfolgreich eine Ampel führt.

Von CLEMENS TRAUB

Helmut Kohl war 1,93 Meter groß und überragte viele politische Zeitgenossen. Alexander Schweitzer ist eine ähnliche Erscheinung, er übertrifft den ehemaligen Kanzler mit seinen 2,06 Metern sogar noch um 13 Zentimeter. Doch beide verbindet möglicherweise noch mehr. Von 1969 bis 1976 war der CDU-Politiker Kohl Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Der SPD-Politiker Schweitzer, der jetzt in diesem Job die Nachfolge von Malu Dreyer (SPD) angetreten hat, ist somit auch ein Nachfolger von Kohl.

Wer das politische Selbstverständnis von Alexander Schweitzer verstehen möchte, der muss sich seine Rede anlässlich der Gedenkstunde des Landtags für den Altbundeskanzler anschauen. „Geselligkeit und Nähe und das Talent dazu, Nähe herzustellen, war ein Stilmittel seiner Wahl“, sagte Schweitzer im Juni 2017 voller parteiübergreifender Anerkennung für den Kanzler der Einheit. Der Menschenfänger Kohl habe zeit seines Lebens zutiefst verinnerlicht, dass es in der Politik stets darum gehen müsse, Menschen für sich zu gewinnen. Eine politische Maxime, die tatsächlich auf Kohl ebenso wie auf Schweitzer zutrifft. Und die wie das absolute Gegenmodell zu Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wirkt.

Mit Alexander Schweitzer entdeckt die Sozialdemokratie alte politische Tugenden wieder. Mit ihm kommt ein bodenständiger Politiker an die Spitze des Bundeslands, der eher auf Weinfesten auf dem Land als in einem großstädtischen Milieu zu Hause ist. Es hätte Alternativen gegeben, doch die SPD in Mainz hat sich für den gebürtigen Landauer entschieden. Der Sozialdemokrat und studierte Jurist Schweitzer ist ein Pragmatiker, der

das Kurt-Beck'sche Credo „Nah bei de Leut“ mit pfälzischer Geselligkeit und einer Prise Witz perfektioniert hat. Kurt Beck ist ebenfalls ein SPD-Vorgänger des neuen Spitzenmanns.

Alexander Schweitzer ist als Sohn eines Binnenschiffers auf Frachtkähnen aufgewachsen. Der neue rheinland-pfälzische Landesvater ist ein Lokalpatriot, für den der Begriff der Heimatliebe in Zeiten allumfassender Kulturkämpfe nichts Anrühiges hat. Bei jeder öffentlichen Gelegenheit wiederholt Schweitzer stolz, dass in seinem Wahlkreis, in Bad Bergzabern, die erste Republik auf deutschem Boden gegründet wurde.

**DER DREIFACHE FAMILIENVATER** ist ein passionierter Mountainbiker, bekennender Veganer – vor allem aber ist er ein leidenschaftlicher Anhänger des 1. FC Kaiserslautern. Smalltalks mit Schweitzer enden früher oder später mit hoher Wahrscheinlichkeit bei seinem großen Herzensthema. Während andere Politiker aus taktischen Gründen die Nähe zum runden Leder suchen müssen, ist die Fußballbegeisterung bei ihm gewissermaßen angeboren.

Schweitzer kennt das politische Mainz wie kaum ein Zweiter. In seiner Laufbahn hatte der SPD-Politiker fast alle politischen Ämter inne, die es in der Landeshauptstadt zu besetzen gibt. Seit 2006 gehört er dem Landtag an, von 2014 bis 2021 führte er die SPD-Landtagsfraktion als deren Vorsitzender. Nach der Wiederwahl Malu Dreyers 2021 wurde er nach 2013 erneut zum Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung ernannt. Auch dem Bundesvorstand der Sozialdemokraten gehört er seit 2017 an.

Alexander Schweitzer ist ein Humoralent, womit er in Fraktionssitzungen den Saal zum Toben bringt. Er kann politische Kontrahenten ebenso wie Mitstreiter in kleiner Runde derart exzellent imitieren, dass seine Umgebung quasi automatisch in ein entwaffnendes Lachen verfällt. Eine Fähigkeit, die er in Reden des Landtags gekonnt einzusetzen weiß. In einer Landtagsdebatte über die Nebenwirkungen fleischloser Ernährung begann der überzeugte Veganer seine Rede mit den Worten: „Meine Damen und Herren, mit letzter Kraft schleppe ich mich ans Rednerpult.“

Doch in der Staatskanzlei in Mainz warten keine gemähten Wiesen auf den neuen Regierungschef. Bis zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 2026 muss er als Ministerpräsident die in Umfragen schwächelnde SPD aus dem derzeitigen Tief holen. Die CDU liegt im Land von Wein und Rüben mit 31 Prozent fast 10 Prozentpunkte vor den Sozialdemokraten. Das Versagen der rheinland-pfälzischen Ampel bei der Flutkatastrophe im Ahrtal lastet noch immer schwer auf der SPD.

Eine erste Spitze hat der 50-Jährige in einem Interview bereits in Richtung Berlin gesetzt: „Die Menschen können deutlich unterscheiden zwischen Land und Bund. Unsere Koalition funktioniert viel harmonischer als jene in Berlin.“ Auch sagt Schweitzer: „Es muss deutlicher werden, dass Scholz dieses Land führt.“ Die Unterschiede zwischen den beiden könnten größer kaum sein, nicht nur was die Körpergröße angeht.

**CLEMENS TRAUB** ist Volontär bei Cicero und lebt in Berlin.







# Leistung bringen

*Adeline A. Awemo* will für die CDU in den Brandenburger Landtag. Mit konservativen Werten kämpft die promovierte Umweltwissenschaftlerin gegen die AfD-Dominanz.

Von **BENJAMIN LASSIWE**

**S**ie kommt aus Kamerun. Sie nennt Cottbus ihre Heimat. Sie will für die CDU in den Brandenburger Landtag. Und sie kandidiert dazu ausgerechnet in einer Hochburg der rechtspopulistischen AfD: Adeline Abimwi Awemo ist promovierte Umweltingenieurin. An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) hat sie ihren Master erworben, später auch ihre Doktorarbeit geschrieben. „Cottbus ist wie Kumba, die Stadt, in der ich geboren bin“, sagt Awemo über die Bergbau- und Industriestadt, in der sie lebt, seit sie 2002 nach Deutschland kam. „Cottbus ist für mich ein Zuhause geworden: Cottbus ist Heimat.“

Doch wie ist die Studentin aus Afrika ausgerechnet bei der Brandenburgischen CDU gelandet? Awemo muss bei dieser Frage lachen. Für sie ist die Antwort eine Selbstverständlichkeit. „Ich bin Christin, ich bin Demokratin, und die CDU ist eine Partei, die diese Werte respektiert“, sagt die gläubige Katholikin. Jeden Sonntag besucht sie in Cottbus die Heilige Messe in der Pfarrkirche St. Maria Friedenskönigin. Dort traf sie auch den Landtagsabgeordneten Michael Schierack. Er lud sie in die Partei ein.

„Es war nach der Pandemie, als ich zum ersten Mal ein Treffen der CDU besucht und über Integration gesprochen habe“, sagt Awemo. „Ein Fordern und Fördern, wie es die CDU zum Beispiel in der Integrationspolitik möchte, ist genau das, was wir in Deutschland brauchen“, meint sie.

Selbst habe sie sich viel ehrenamtlich in der Integrationsarbeit engagiert. Aber oft sei sie dabei nicht weitergekommen. „Und da sagte ich mir: Es muss sich was ändern: Du musst jetzt in die Politik.“

Bei der CDU stieß sie damit auf offene Ohren. „Man ist sofort auf mich zugekommen und bot mir den Wahlkreis an.“

Im Landtag will sich Awemo besonders auch in der Bildungspolitik einbringen. „Wir brauchen im Land ein besseres Bildungssystem, digital gut aufgestellte Schulklassen“, sagt Awemo. „Und es braucht gute Rahmenbedingungen: Computer an den Schulen, gut ausgestattete Klassen.“ Doch sie hat noch einen umfassenderen Bildungsbegriff, den man selbst innerhalb der CDU auch als konservativ bezeichnen könnte. Ohne eine starke Familie werde Bildung nicht gelingen. „Eine selbstbewusste Familie, eine gute Erziehung gehören zur Bildung dazu“, sagt Awemo. „Wenn die Eltern die Kinder erziehen können, wenn sie genug Zeit dafür haben, und wenn genug Geld dafür da ist, dann werden Kinder auch erzogen – und dann klappt das auch mit der Schule.“

**NOTEN VON ANFANG AN**, das fordert die CDU-Nachwuchspolitikern ebenfalls. Auch sollten alle Kinder die Vorschule besuchen, meint sie. „Dass die Kinder Leistung bringen, dass sie gefordert sind und dabei auch gefördert werden“, das müsse das Prinzip von Bildung sein. Fordern und Fördern, das ist auch für die Schule ihrer Meinung nach die notwendige politische Richtschnur.

Adeline Abimwi Awemo wurde 1977 geboren, 1996 hat sie ihr Abitur gemacht. 2000 schloss sie ihr Bachelorstudium an der Universität Buea in Kamerun ab. Die Umweltwissenschaftlerin interessiert sich dementsprechend auch für den Naturschutz. Zu den Grünen allerdings geht sie klar auf Distanz. „Wir müssen unsere Umwelt und das Klima

schützen, aber wir dürfen den Menschen damit keinen Stress machen“, sagt Awemo. „Wir müssen die Menschen bei allem, was wir tun, auch mitnehmen – denn unsere Gesellschaft darf am Umweltschutz nicht kaputtgehen.“ Das Heizungsgesetz von Robert Habeck ist für Awemo ein gutes Beispiel: Das habe Menschen unnötig verunsichert. So etwas dürfe nicht wieder passieren.

Doch hat Awemo eine Chance, ihren Wahlkreis bei den Landtagswahlen am 22. September zu gewinnen? Bei den Europa- und Kommunalwahlen Anfang Juni war der große Wahlsieger im Süden Brandenburgs die AfD. „Das ist eine Partei, die die Werte des Grundgesetzes nicht respektiert“, meint die CDU-Kandidatin. Doch die gebürtige Kamerunerin warnt davor, die AfD zu sehr zum Thema zu machen.

Und als wie „rechts“ erlebt sie konkret ihre Heimat, die Lausitz? „Es gibt schon Beleidigungen auf der Straße“, sagt Awemo. Wirklichen Rassismus aber gebe es eher woanders: „Als Ausländerin muss man grundsätzlich viel mehr Leistung als die Deutschen bringen, um von ihnen respektiert zu werden.“ In der CDU sei das allerdings anders, sagt Awemo. „Hier werden Menschen so akzeptiert, wie sie sind.“ Die Menschen in der Region hätten vor allem Angst vor einem sozialen Abstieg: „Sie fürchten, wieder in die Situation der DDR hineinzu-rutschen“, sagt Awemo. „Sie wollen nicht wieder in ein Loch fallen.“ Das sei verständlich, und darauf wolle sie als Politikerin reagieren.

**BENJAMIN LASSIWE** ist freier Journalist und lebt in Berlin.



Im Paul-Natorp-Gymnasium in Berlin-Friedenau strömen die Schülerinnen und Schüler durch die Eingangshalle in die große Pause

# Rechtsruck oder Regenbogen: Wie ticken Deutschlands Schüler?



Von  
FELIX  
HUBER

Fotos  
VERENA  
KATHREIN  
und  
MAURICE  
WEISS

Politikunterricht in  
Augsburg: Was sagt  
die Opposition?

# Frust am Whiteboard

**D**ie Schüler kommen atemlos aus der Pause, die Stimmung ist gelöst. Fußballbälle werden hastig verstaut, und das Panini-Sticker-Heft für die Europameisterschaft wird zur Seite gelegt. In der vierten Stunde steht für die zehnte Klasse am Augsburger Gymnasium bei St. Stephan das Fach Politik und Gesellschaft auf dem Stundenplan. Das Thema heute: „Wer widerspricht der Regierung?“ Auf dem Whiteboard im Klassenzimmer werden verschiedene Reden aus dem Bundestag gezeigt, um den Schülern die Aufgabe und Bedeutung von politischer Opposition zu erklären.

Auf die Frage des Lehrers, was man aus den Beispielen für Oppositionsarbeit gelernt habe, entgegnet ein Junge im Trikot des FC Augsburg wie aus der Pistole geschossen: „Viel Scheiße reden kann ich auch, also Politik ist drin.“ Die Klasse lacht, einige Mitschüler nicken, und der Lehrer mahnt pflichtbewusst zu Ernsthaftigkeit. In den zuvor gezeigten Ausschnitten kamen

schließlich Unionsfraktionschef Friedrich Merz, der AfD-Co-Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla und Amira Mohamed Ali, ehemals stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, zu Wort. Doch sympathisch, geschweige denn cool findet in Augsburg keiner auch nur irgendeinen Politiker.

Wie ticken Deutschlands Schüler? Gibt es einen Rechtsruck bei der Jugend? Nach der Europawahl geistert dieses Gespenst durch die Öffentlichkeit. Die AfD wurde bei den 16- bis 18-jährigen Erstwählern stärkste Partei. Die Ampelparteien wurden abgestraft. Die vermeintlich leicht zu kategorisierende grüne Vorzeigejugend hat sich in ihren Wahlentscheidungen beweglich und unkalkulierbar präsentiert. In Wahrheit hat der 16-jährige Fußballfan aus Augsburg die Sicht vieler Jugendlicher auf den Punkt gebracht. Es wird „viel Scheiße geredet“, viel Zeit verschwendet, und am Ende fühlt sich kaum einer durch die Entscheidungen der Bundesregierung gehört oder vertreten. Denn dass sie mit typischer Politikersprache und den Inhalten

**Lebensraum Schule: Berliner Schüler bereiten die Aufführung eines Theaterstücks von Max Frisch vor**





der etablierten Parteien nicht sonderlich viel anfangen können, haben junge Menschen in Wahlen und bei Umfragen gezeigt.

Eigentlich hatten sich die Grünen, 2019 noch stärkste Partei in der jüngsten Wählergruppe, mit der Absenkung des Wahlalters einen weiteren Zuwachs an Wählerstimmen erhofft. Stattdessen erlebte die Umweltpartei einen Rekorderbruch, verlor zwei Drittel aller Stimmen in ihrer vermeintlichen jungen Stammwählerschaft und musste sich mit nur noch 11 Prozent knapp vor SPD und FDP an der Ampel hintanstellen.

Doch welche Schlüsse muss man daraus ziehen? „Menschen, die rechts wählen, sind Loser.“ So lautet das Fazit des Lehrers eines Politik-Leistungskurses am Paul-Natorp-Gymnasium in Berlin-Friedenau, einer Schule mit einem gutbürgerlichen Einzugsgebiet und lediglich 10 Prozent Schülern mit Migrationshintergrund. Im Kursraum war eine Diskussion darüber aufgekommen, wie die Jugendstudie aus dem Frühjahr 2024 und die

Europawahlergebnisse einzuordnen seien. Auffällig dabei: Der Lehrer äußerte in der Folge seine eigene Parteipräferenz, erklärte den Schülern gelegentlich ihre eigenen Antworten und riss das Gespräch immer mehr an sich. Für ihn sei klar, dass den Wahlergebnissen der AfD ein autoritärer Charakter der Schüler zugrunde liege, der sich immer wieder auch in Planspielen und Gruppenarbeiten zeige.

Menschen, die rechts wählen, haben nach Meinung des Politiklehrers nichts zu ihrem Wohlstand in Deutschland beigetragen und lediglich Angst davor, dass ihre eigene Inkompetenz offengelegt werde. Noch gäben alle an der Schule vor, die Grünen zu wählen, erklärt er, eine offene Auseinandersetzung sei da noch nicht möglich. Dass diese offene Auseinandersetzung nicht mit einer ideologisch voreingenommenen Lehrkraft, die versetzungs- und abiturrelevante Noten verteilt, möglich ist, liegt auf der Hand. Nur für den Kursleiter scheint das nicht ganz klar. Von wegen herrschaftsfreier Diskurs. Wer sich an Deutschlands Schulen umschaut, sieht nicht nur eine Entfremdung zur Politik, sondern auch eine Kluft zwischen den Konzepten des Lehrpersonals und der Lebensrealität der Schüler. Es sitzen andere Jugendliche auf den Bänken, als es die Lehrer im Kopf haben.

**FEODORA LÜDEMANN**, die Bundesvorsitzende der CDU/CSU-nahen Schüler-Union, sieht den Zuwachs der AfD bei jungen Leuten als Folge eines Problemschocks. Viele seien durch die Regierungszeit von Angela Merkel in dem Gefühl aufgewachsen, dass alles weitestgehend okay werden würde. Jetzt kommen die Themen wie Inflation, Migrationspolitik, Wirtschaftskrise direkt bei ihnen an. „Jeder Schüler merkt, wenn das Eis auf einmal doppelt so viel kostet wie vor zwei Jahren“, stellt Lüdemann fest. Deswegen sei für sie klar, „dass niemand einfach die AfD wählt, weil er einen AfD-Spot auf Tiktok gesehen hat“. Die Grundlage für die Inhalte, mit denen die AfD auf Tiktok punkte, werde in der Realität gelegt, betont Lüdemann. Und genau diese Realität der Ängste junger Menschen würde von der aktuellen Regierung wiederum unzureichend wahrgenommen.

Hinter einer großen, schweren Holztür verbirgt sich das Schulleiterbüro von Alexander Wolf. Beim Eintreten entschuldigt er sich sofort für den hartnäckigen Zigarrengeruch, der schwer und intensiv in der Luft hängt. „Pater Egeno, einer meiner Vorgänger, hat in diesem Raum täglich eine Schachtel Zigarren geraucht“, erklärt Wolf mit einem entschuldigenden Lächeln. Dann rückt er

Er ist stolz auf seine Schüler:  
Andreas Wolf ist Schulleiter des Gymnasiums  
bei St. Stephan in Augsburg



seine schwarze Brille zurecht und deutet auf die braunen Wandschränke, die an der linken Seite des Büros stehen und den würzigen Geruch der vielen Zigarren aus einer anderen Zeit schon lange aufgenommen haben.

Das Gymnasium bei St. Stephan will anders sein und gar nicht den Duft vergangener Jahre atmen. Das moderne Schulhaus bildet den Kontrast zum namensgebenden Klostergebäude nebenan. Zeitgenossenschaft statt nur Tradition, so das Ideal. Aktuelle politische Konflikte sollen nach dem Schulkonzept in einem jeweiligen Monatsthema aufgegriffen und bearbeitet werden. Die Schüler bestimmen die Agenda. In diesem Monat ist das Thema der „Pride Month“, der auf dem schwarzen Brett im Schulflur ausführlich und in bunten Farben beschrieben wird.

**ALS IM NOVEMBER 2023** das Klettergerüst auf dem Schulhof nachts mit Hakenkreuzen beschmiert wurde, organisierte die Schülerschaft daraufhin eine politische Gegenaktion. Diese fand im Januar 2024, am Holocaust-Gedenktag statt, ein Zeichen gegen Antisemitismus, das sollte es sein. Die Schüler seines Gymnasiums erlebe er als vielfältige, politisch interessierte junge Erwachsene voller Lebensfreude, so beschreibt es Wolf. Berichte über eine Generation im teils depressiven Dauerkrisenmodus kann er jedenfalls nicht bestätigen. Den Schüler mit dem FC-Augsburg-Trikot und seinen Frust kennt er offenbar gerade nicht.

Die Ergebnisse der schulinternen Juniorwahl im Vorfeld der Europawahl 2024 zeichnen in Augsburg auch noch ein friedliches Bild. Die meisten Neuntklässler wählten hier die CSU, dicht gefolgt von den Grünen. Die AfD dagegen tauchte in der Wahlauswertung überhaupt nicht auf. Solidarität mit Homo- und Transsexualität, klare Kante gegen Hakenkreuze und Antisemitismus und kaum interne Stimmen für die AfD. In Augsburg gibt es also keinen sichtbaren Rechtsruck in der Schülerschaft.

Doch längst nicht überall sehen junge Erwachsene ihre Zukunft so positiv und gelassen. Das zeigt beispielsweise die Stimmverteilung bei den Juniorwahlen am Verdener Campus in Niedersachsen. Von den teilnehmenden Schülern des neunten Jahrgangs erhielt die AfD hier 27 Prozent der Stimmen. „Natürlich sind wir bestürzt darüber, dass so viele unserer Schüler eine nichtdemokratische Partei wählen würden“, kommentierte Christian Piechot, Schulleiter des Verdener Campus, die Ergebnisse gegenüber der Mediengruppe *Kreiszeitung*. Er gab aber auch zu, dass die Ergebnisse sich

gewissermaßen abgezeichnet hätten: „Viele dieser Schüler haben Ängste, die sie mit sich tragen“, erklärt er weiter. Insbesondere die Migrationspolitik sei ein Thema, das diese Ängste verstärken könne. „Oft sind das die Ängste, die die Schüler aus dem Elternhaus übernehmen, und auch Diskurse aus der Öffentlichkeit beeinflussen die Jugendlichen“, fügt Piechot hinzu. Ein weiteres Indiz dafür, dass junge Erwachsene mit ihrer AfD-Sympathie nicht sonderlich von den Einstellungen ihrer Eltern abweichen und daher auch nicht gesondert bekehrt werden müssen.

Wer eine Juniorwahl veranstaltet oder 16-Jährige über das Europaparlament abstimmen lässt, darf sich im Nachgang eben nicht darauf versteifen, dass man die Ergebnisse nicht für voll nehmen könne. Die Anerkennung junger Erwachsener als mündige Wähler verlangt, ihre unliebsamen Meinungen gleichermaßen ernst zu nehmen. Denn die Probleme in der echten Welt wären nicht plötzlich alle gelöst, wenn 50 Prozent der Schüler, Studenten und Auszubildenden wieder brav die Grünen auf ihren Wahlzetteln ankreuzen würden. Es würden aber weniger junge Menschen extreme Parteien wählen, wenn die realpolitischen Probleme endlich angegangen würden.

Denn das Stimmungsbild am Verdener Campus ist eben kein Einzelfall. Bei etlichen Juniorwahlen an Gymnasien in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern oder den neuen Bundesländern erreichte die AfD ebenfalls deutlich über 20 Prozent, bei

**Schüler sind keine  
brave Gruppe von  
Grünen-Wählern,  
sondern bilden  
die ganze politische  
Bandbreite ab**



vielen Juniorwahlen in denselben Bundesländern tauchte die AfD aber nicht einmal unter den fünf stärksten Parteien auf. Es lässt sich demnach keine Faustformel für den Rechtsruck und seine strukturierte Verbreitung in bestimmten jungen Kreisen aufstellen. Wohl aber gibt es Faktoren wie Migrationsprobleme, Inflation, Wohnungsmangel oder fehlende Zukunftsaussichten, die polarisierende Wahlergebnisse erklärbar machen.

In der *Dorstener Zeitung* wird von einer Sekundarschule im Bottroper Stadtteil Kirchhellen berichtet, an der die Schüler die AfD in ihrer schulinternen Abstimmung ebenfalls zur stärksten Kraft wählten. Ein Schüler erklärte seine Wahlentscheidung für die AfD damit, dass „man keinen Bock hätte, sich abstechen zu lassen“. Bezug nahm er damit auf den tragischen Tod des Polizisten Rouven Laur, der Anfang Juni in Mannheim bei einem brutalen islamistischen Messerangriff ums Leben gekommen war. Es zeigt sich eine tiefgreifende Verunsicherung, doch keinesfalls ein inhärenter Rechtsextremismus. Diese Bedenken nicht ernst zu nehmen, wäre fatal.

**DIE TÜREN DER U7 NACH RUDOW** springen mit einem lauten Zischen auf, und rund 100 Menschen strömen aus den Zugwaggons auf das Bahngleis. Auf einem gelb umrandeten Schild an der grünen Wand des U-Bahnhofs prangt der Name der Station: Hermannplatz. Er ist das Herzstück des Berliner Bezirks Neukölln, unmittelbar an der Grenze zum Nachbarbezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Es herrscht reges Treiben. Es riecht nach frisch gebrühtem Kaffee, türkischem Gebäck und bitterem Zigarettenqualm. Am Hermannplatz kann man halbe Hähnchen, Klamotten, Taschen und sogar Handys kaufen. Nur fünf Minuten Fußweg entfernt befindet sich das Albert-Schweitzer-Gymnasium, die Oberschule mit dem höchsten Anteil migrantischer Schüler in Berlin.

Rund 92 Prozent der Schüler, die das Albert-Schweitzer-Gymnasium im Schuljahr 2023/2024 besuchen, haben eine nicht-deutsche Herkunftssprache. Die AfD wählt hier keiner, das scheint schon mal sicher. Als die dritte Stunde beginnt, betreten die meisten Schüler wieder das hellgraue Schulgebäude. Ein junger Mann in einem sportlichen Trainingsanzug und eine junge Frau mit glatten braunen Haaren bleiben auf den bunt angelegten Sitzgelegenheiten vor der Schule zurück. Mohammed, so heißt der junge Mann, besucht den Politik-Leistungskurs und lebt schon sein ganzes Leben in Neukölln. Die Wahlerfolge der AfD bei der Europawahl würden ihn beunruhigen, erklärt

er, auch wenn die Partei in seinem persönlichen Umfeld selbstverständlich gar nicht stattfinden würde. Doch erst vor kurzem sei er in Richtung Treptow unterwegs gewesen und von einem anderen jungen Mann „angemacht worden“, da er arabisch gesprochen habe. Früher sei das nicht passiert, da hätten höchstens ein paar alte Leute die Straßenseite gewechselt, sagt er.

Rassismus ist in Neukölln nach wie vor keine Seltenheit. Seine Freunde und ihn beschäftigt vor allem ein Thema: der Nahostkonflikt. Viele Kinder und Jugendliche in Neukölln haben Verwandte in Gaza und Umgebung. Mohammed empfindet es außerdem als ungerecht, dass sein Name und seine Anschrift in Neukölln ihn bei Bewerbungen benachteiligen. Wenn jemand aus Neukölln komme, habe er automatisch schlechtere Chancen auf einen Job oder eine Wohnung als jemand aus Dahlem. Die junge Frau, die ihren Namen nicht nennen möchte, kennt das Problem mit den Bewerbungen auch. Sogar manche Lehrer seien dieser Meinung, fügt Mohammed verstärkend hinzu. Der Klimawandel beschäftigt hier keinen so wirklich, dafür aber die eigene soziale Situation und Perspektive.

In Augsburg wiederum ist der Klimawandel ein großes Thema, dafür hat hier keiner Probleme, eine Antwort auf seine Bewerbungen zu erhalten. Maßgeblich an der Aktion am Holocaust-Gedenktag beteiligt waren die vier Schülersprecherinnen des Gymnasiums bei St. Stephan. Sie besuchen die zehnte Jahrgangsstufe und sind 16 Jahre alt. Das

**Der Klimawandel  
ist in Neukölln  
kein Thema,  
dafür geht es um  
soziale Fragen und  
Rassismus**



Im Gymnasium bei St. Stephan in Augsburg haben die Schüler ein eigenes Zimmer, in dem sie sich treffen und politische Aktionen planen können

Engagement ist ihnen wichtig: Die Schülersprecherinnen  
des Gymnasiums bei St. Stephan in Augsburg  
besuchen die zehnte Jahrgangsstufe



Schülersprecherzimmer haben sie gemütlich eingerichtet, die Wände haben sie selbst mit Graffiti besprüht. Es ist eine bunte Idylle, keine Spur von Schülerfrust. Doch die Schülersprecherinnen sagen, dass sie durchaus eine Spaltung in der jungen Generation erleben. Das Interesse an politischen Themen sei gestiegen, aber auch das Potenzial, sich darüber zu zerstreiten.

Klimaschutz, der Überfall Russlands auf die Ukraine oder der europäische Blick auf Entwicklungshilfe sind die Themen, die sie als relevant benennen. Auch Deutschlands Verhältnis zu Israel ist ihnen wichtig. Sie erleben durchaus eine steigende Präsenz der AfD, besonders in den sozialen Netzwerken. Für viele sei es außerdem eine Form der Provokation oder ein Ausdruck von Ablehnung gegenüber anderen Parteien, mit der AfD zu liebäugeln, sagt Emma. Sie besucht regelmäßig politische Aktionen und initiiert auch selber welche, wie sie erzählt. Einen generellen Rechtsruck ihrer Generation sehen die Mädchen nicht.

Als eine Person aus Emmas Bekanntenkreis ihr erzählt habe, dass sie die AfD wähle, habe sie überrascht das Gespräch gesucht. Diese Person ließe sich in die klassische Gruppe der Protestwähler einordnen, so Emmas Fazit nach der Auseinandersetzung. Gründe dafür, warum junge Leute von etablierten Parteien enttäuscht sein könnten, gebe es schließlich durchaus.

Emma erzählt weiter, dass sie am Wochenende in Berlin auf einer politischen Veranstaltung des deutschen Journalisten Tilo Jung gewesen sei. Die Themen hätten sie jedoch etwas enttäuscht, da sei irgendwie nichts Neues dabei gewesen. „AfD Verbot – ja oder nein“: Dafür habe es sich nur bedingt gelohnt, nach Berlin zu fahren. Die Argumente kannte sie alle auch schon aus Augsburg, so die Schülersprecherin Emma.

**ZURÜCK IM KLASSENZIMMER.** Denn auch im Politik- und Gesellschaftsunterricht der Klasse 11A sind die Schüler genervt von den immer wiederkehrenden gleichen Inhalten. In dem kleinen Raum sitzen ungefähr 20 Schüler dicht beieinander. Sie tuscheln, lachen und schauen dann doch wieder pflichtbewusst nach vorne. Der Unterricht beginnt mit der Frage danach, was den Schülern in der Zukunft wichtig sei. Die Antworten sind bunt durchmischt: Gesundheit, bezahlbarer Wohnraum, die Balance zwischen Familie und Beruf, finanzielle Sicherheit, Frieden und ein stabiler demokratischer Staat. So weit, so verständlich und unspektakulär. Als nach den größten Bedrohungen für Sicherheit und Frieden gefragt wird, ist aber allen klar, worum es jetzt



Schüler haben unterschiedliche Medien zur Hand: Tiktok-Videos allein begründen noch keine politische Meinung

gehen soll und wird. Also meldet sich eine Schülerin und meint etwas gelangweilt: „Doch bestimmt der Klimawandel.“ Und ja, genau diese Antwort wurde verlangt. Darauf sollte es hinauslaufen. Die Schüler wissen schon, was angesagt ist. Es wird ein Klimarechner eingesetzt, der den Schülern veranschaulichen soll, welche Folgen der Erderwärmung sie an ihrem 65. Geburtstag erwarten. Als wenig später die Sprache auf die „Klimakleber“ kommt und ein Bild eines orange angesprühten Flugzeugs gezeigt wird, macht sich Heiterkeit breit.

Das ist natürlich falsch. Robert Fuß, Direktor am Paul-Natorp-Gymnasium, kann über „Klimakleber“ und die „Letzte Generation“ nicht lachen. Mit ernstem Blick sitzt Fuß an dem runden Konferenztisch in seinem großen, blau gestrichenen Büro, neben ihm Jakob, der Schulsprecher des Gymnasiums. Robert Fuß sieht seine Schüler in einem Zustand der dauernden Zukunftsangst. „Wenn sich Leute die ‚Letzte Generation‘ nennen, sagt er



Die Jugend sei zu bequem geworden:  
Schulleiter Robert Fuß leitet das Paul-  
Natorp-Gymnasium in Berlin-Friedenau

sichtlich bewegt, welche Generation sind dann meine Schüler?“ Dabei zeigt der Schulleiter auf Jakob. Der ist 15 Jahre alt, sportlich, trägt ein grünes Poloshirt und besucht die neunte Klasse. „Es gibt schon Momente der Ohnmacht, in denen man sich fragt, wo das alles noch hinführen soll“, sagt er.

Schulleiter Robert Fuß aber lässt keinen Zweifel daran aufkommen, wo er seine Schüler gerne hätte. Die Jugend sei zu bequem geworden, klagt er. Dass die Klimabewegung Fridays for Future an der Schule kein großes Thema gewesen sei, bedauert er. Die Schule könne die Teilnahme an solchen Veranstaltungen natürlich nicht offiziell erlauben, doch als eine Schülerin durch ihre regelmäßige Teilnahme an den Klimaprotesten wegen unentschuldigtem Fehlen eine „Sechs“ in Physik erhielt, habe er sie für ihren Einsatz gelobt. „Das sind die Fehltage, auf die man am Ende stolz sein kann“, lautet das Fazit des Schulleiters. Die Eltern sahen es auch so. Jakob fügt noch fast entschuldigend hinzu,

dass es zwischen Schule, Pubertät und Selbstfindung manchmal eben auch schwer sei, sich Gedanken um die ganz großen Themen zu machen.

Schulschluss in Augsburg. Die Kinder eilen aus den Klassenzimmern und dem Schulgebäude heraus. Wieder einen Tag näher an den Sommerferien. Emma ist nicht dabei. Sie wartet vor dem Büro des Direktors auf ihren Nachschreibetermin für ihre letzte große Matheprüfung vor dem Zeugnis. Wirklich wichtige Sachen eben. Ein anderes Mädchen holt sich ihr Handy, welches ihr im Unterricht abgenommen wurde, wieder im Sekretariat ab. Durch die geöffneten Fenster schallt Orchestermusik durch das Schulhaus. Die Klimakatastrophe hat jetzt erstmal kurz Sendepause.



**FELIX HUBER** ist freier  
Journalist in Berlin. Er studiert  
Politikwissenschaften an der  
Freien Universität.



# Abschaffen, ja!



**Der Geist des Westens ist den links-grünen Eliten zu mühsam. Rede und Gegenrede sollen abgeschafft werden zugunsten der einen Wahrheit. Doch nur die Dialektik garantiert Freiheit und Wohlergehen aller.**

Von  
FRANK A. MEYER

**D**rei Sätze, mit gebührender Vorsicht zitiert, könnten die links-grüne Kulturhegemonie erklären helfen, die unübersehbar Deutschlands öffentliche Debatte bestimmt. Die Sätze stammen von Caroline Emcke, 58, einst Journalistin, neuerdings Philosophin, was in ihren Kreisen von beiläufiger Bedeutung ist – man kennt sich, man benennt sich. Ohne alle Übertreibung jedoch darf von der aktivistisch beseelten Autorin behauptet werden, sie verkörpere eine zunehmend selbstbewusst auftretende Szene von NGO-Rich-Kids. Die Sätze, in denen Emcke mit gebieterischem Gestus festlegt, wie künftig zu denken ist, klingen entsprechend streng: „Es wird uns ständig vorgemacht, es gebe zu allen Fragen gleichermaßen wertige, gleichermaßen vernünftige, einander widersprechende Positionen. Das ist einfach Bullshit. Wir müssen es abschaffen, ja?“

Gegenpositionen – Bullshit?

Vor diesem autoritären Diktum galt, was Karl Popper, der wohl bedeutendste Demokratie-Philosoph der Gegenwartsmoderne, empfahl – der „offenen Gesellschaft“, wie er sie definierte: Denken war dem Prinzip von Versuch und Irrtum verpflichtet, der Dialektik, die nach dem Besseren und nach dem noch Besseren strebt, getrieben von der stets kritischen Kultur der Falsifikation.

Es könnte ja falsch sein, was man gerade noch als richtig zu erkennen glaubte.

Poppers Geist der Gegenrede hat seine Wurzeln in der exakten Wissenschaft, deren Fortschreiten undenkbar wäre ohne ständige Suche nach Fehlern, Verbesserungen, neuen Erkenntnissen – die niemals

endgültig sind, weil ihnen stets neue Korrekturen und Verbesserungen folgen. Fürwahr ein ermüdendes Geschäft, das zumindest bisher als unumstößliche Voraussetzung für die Zivilisation der Aufklärung galt, also für unseren überaus unordentlichen Alltag – zumal für den politischen, der ja ständig in Atem gehalten wird von Kritik und Widerspruch, auch von Behauptung und Polemik.

Soll man ihn anarchisch nennen?

Die links-grüne Herrschaftsklasse ist gerade dabei, sich der „Mühen der Ebene“ zu entledigen, wie Bertolt Brecht die Banalität des Politisierens zu nennen beliebte: Widerspruch soll nur noch legitim sein, wenn er durch die Chefideologen in den Glaubenskongregationen der neuen Elite abgesegnet ist – an Universitäten, in Kultur- und Kunstinstitutionen, in den Weltrettungs-NGOs und natürlich in den Kirchen. Es ist ein Versuch der Befreiung vom ärgerlichen Widerspruch – von der Streitfreude des wachen Zeitgenossen. Er soll künftighin offene Ohren nur mehr für den gerade ergangenen „woken“ Benimmbefehl haben.

Angesichts dieser Eindimensionalität der Debatte drückt der einfache Bürger sein Unbehagen mit den unbeholfenen Worten aus: „Ich kann nicht mehr frei sagen, was ich denke.“

Ist die Klage maßlos übertrieben? Nichts als Querdenkerei? An den Universitäten liefert die Klimatransgender-Studenteska den unmissverständlichen Beleg dafür, dass es um Weltrettung geht, zumal seit der Hamas-Terrorattacke, die systematisch umgegrölt wurde zum Versuch der Befreiung von

der kolonialen Apartheid-Macht Israel: Wer auf den tatsächlichen Gegebenheiten besteht, also auf Massenmord und Geiselnahme der Hamas als Ursprung des Desasters, wird niedergebrüllt, ausgegrenzt oder gar tötlich am Reden gehindert.

Israel auslöschen – die Parole des Alma-Mater-Pöbels. Juden ins Meer – das Ziel der antisemitischen Frischlinge.

Die wahre Dimension dieser Vernichtungsfantasia ist allerdings weitaus umfassender: Israel, die seit ihrer Gründung bedrohte, bedrängte, bekämpfte Nation, steht für alles, was die antikapitalistische Linke hasst, was die islamische Antiaufklärung hasst.

Die freie Welt – den Westen.

Der Schweizer Schriftsteller Giuseppe Gracia nennt es in der *Neuen Zürcher Zeitung* einen „zivilisatorischen Vatermord“: „Der Hass auf die Juden wird zum Hass auf den Westen. Der Westen muss verschwinden, denn er wird nicht als Errungenschaft angesehen. Linke und islamistische Kreise sehen ihn als rassistisch-imperiales Krebsgeschwür der Welt.“

Israel ist der Westen.

Gegen den Westen richtet sich die geballte Agitation: Die Universitäten, einst Bastionen praktizierter Freiheit, Orte freier Rede und Gegenrede, verkommen zu Spruchkammern, die entscheiden, welche Positionen und Gegenpositionen im politisch-intellektuellen Diskurs als legitim zugelassen sind. Lässt sich Emckes Zorneswort gegen „gleichermaßen wertige, gleichermaßen vernünftige, einander widersprechende Positionen“ anders verstehen? Für und Wider: „einfach Bullshit“? Die finale Forderung: „Wir müssen es abschaffen, ja?“

Es wäre die Abschaffung des Westens, die Abschaffung des bürgerlichen Selbstverständnisses, gemäß dem der aufgeklärte Bürger nicht neugierig ist auf die Meinung, die er schon hat, sondern geradezu giert nach der anderen, der abweichenden, der widersprechenden Meinung – nach einem lebendigen, streitlustigen, mitunter auch heillos anmutenden Durcheinander. Nach Anarchie.

Ja, Bürgerlichkeit ist die Ordnung der Anarchie.

Mit diesem dialektischen Urwiderspruch lässt sich, wie die Geschichte zeigt, trefflich in Freiheit und Gleichheit leben – vor allem erfolgreich: Die westliche Zivilisation erhellet mit ihrer Überlegenheit in Forschung und Technik und Kunst und Kultur und Politik und bürgerlicher Lebenswelt sämtliche Erdteile. Die Sehnsucht, es Europäern und Amerikanern gleichzutun, erfüllt Völker aller anderen Kontinente. Sogar deren Machthaber möchten im Vergleich mit dem Westen aufholen, natürlich ohne Demokratie und Rechtsstaat. Herausragendes Beispiel für solch fatale Strategie ist China.

## **Bürgerlichkeit bedeutet immer wieder neugierig sein auf die Meinung und den Widerspruch des Gegenübers**

Eine an diesem Vexierbild orientierte demokratisch und rechtsstaatlich amputierte Erfolgsgesellschaft ist auch die Utopie so mancher westlicher Wirtschaftsmächtiger – und neuerdings vieler Söhne und Töchter der wohlbestallten westlichen Elite: Was maßt sich das ungebildete Volk überhaupt an, mitbestimmen zu wollen?

Der Klassenkampf findet diesmal von oben nach unten statt: spätpubertierende Wohlstandskinder als neue Herrschaftsklasse, abgehängte Arbeitnehmer als neues Proletariat, das inzwischen allerdings auch schon mal rebelliert. Diese eben gerade in Ansätzen aufflammende Gegenrede muss möglichst rasch ausgetreten werden.

Sie ist „abzuschaffen, ja?“

Die neue weiße Herrenklasse hat vorgesorgt. Als Ersatz für das einstige Proletariat bieten sich auf geradezu ideale Weise die Migrant\*innen aus den unaufgeklärten Gefilden des Globalen Südens an, insbesondere den islamischen. Muslime wissen nämlich noch, was sich gehört: Unterwerfung, Gehorsam, Zucht und Ordnung. Im Globalen Norden sind die weißen Herrchen geradezu vernarrt in diese neue Unterklasse – sie bedarf, so fiebern sie, ihrer Führung.

Die links-grüne Utopie.

**FRANK A. MEYER**  
ist Schweizer Journalist  
und lebt in Berlin.

# KLASSIK RADIO LIVE IN CONCERT

## DIE NACHT DER FILMMUSIK



**JETZT DIE BESTEN  
PLÄTZE SICHERN!**

[klassikradio.de/tickets](https://klassikradio.de/tickets)

ALLE SPIELORTE

DÜSSELDORF 04.11. | BREMEN 10.11. | BERLIN 14.11. |  
DRESDEN 16.11. | FRANKFURT 17.11. | MÜNCHEN 18.11. |  
STUTTGART 24.11. | NÜRNBERG 25.11. | HANNOVER 30.11. |  
HAMBURG 09.12. | WIEN 14.12. | AUGSBURG 21.12.



**klassik  
radio** 



WELTBÜHNE

# Aufrüstung im Zeichen der Ringe

Von  
RONNY BLASCHKE





Frankreich ist das erste EU-Land, das biometrische Überwachung zulässt. Bürgerrechtler befürchten, dass diese Technologie auch nach den Olympischen Spielen von Paris zum Alltag gehören wird. Es ist nicht das erste Mal, dass Olympia den Rechtsstaat herausfordert.

Die olympischen Ringe am Eiffelturm in Paris, wo auch ein Teil der Spiele ausgetragen wird

**W**enn man Natsuko Sasaki auf die Versprechen der Sportfunktionäre anspricht, dann schüttelt sie den Kopf, atmet tief durch und wirkt genervt. In einer Zeit, in der unter anderem in der Ukraine und in Gaza Tausende Menschen sterben, sollen die Olympischen Spiele in Paris für Weltoffenheit und Demokratie werben – das behaupten zumindest die Führungskräfte des Internationalen Olympischen Komitees IOC. Doch die Aktivistin Natsuko Sasaki hält das für eine Illusion. „Die Olympischen Spiele können die Zivilgesellschaft sogar schwächen“, sagt sie. „Denn der Sicherheitsapparat wird massiv hochgerüstet.“

Sasaki engagiert sich im Bündnis „Saccage 2024“. Eines ihrer wichtigsten Themen: die Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Im Mai 2023 hatte das französische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Nutzung von Kamerasystemen mit Künstlicher Intelligenz (KI) erlaubt. Laut den Unterstützern dieser Technik sollen Algorithmen dabei helfen, verdächtiges Verhalten früh zu erkennen. Dazu gehört das Erkennen von unbeaufsichtigtem Gepäck, gefährlichen Gegenständen oder von schnell wachsenden Menschenansammlungen, in denen eine Massenpanik ausbrechen könnte.

Einige Parlamentsabgeordnete aus der Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron behaupteten, dass diese Technologie den Terroranschlag von Nizza 2016 hätte verhindern können. Mithilfe von KI, so ihr Argument, hätte der Lastwagen entdeckt und gestoppt werden können, bevor er in die Menge fuhr. Frankreich ist nun das erste Land in der Europäischen Union, das biometrische Überwachung zulässt. Vorerst jedenfalls bis März 2025. Danach sollen die Erfahrungen bei den Olympischen Spielen ausgewertet werden.

Natsuko Sasaki geht davon aus, dass die KI-gestützte Technologie auch nach 2025 in Frankreich genutzt wird. Sie ist in Japan aufgewachsen und hat genau verfolgt, wie die Sicherheitsarchitektur vor den Olympischen Spielen 2020 in



Das Nationalstadion in Peking, auch als „Vogelnest“ bekannt, kurz vor Fertigstellung im Jahr 2008

## „Der Sicherheitsapparat wird derzeit massiv hochgerüstet“

Tokio ausgeweitet wurde, die dann wegen Corona erst 2021 stattfinden konnten. „Diese Technik ist sehr teuer“, sagt die Aktivistin. „Wenn man sie erst mal einführt, ist es unwahrscheinlich, dass man sie wieder aufgibt. Damit könnte unser Recht auf Privatsphäre langfristig geschwächt werden. Wir müssen uns gegen diese übertriebene Überwachung zur Wehr setzen.“

Netzwerke wie „Saccage 2024“ bezeichnen die KI-gestützten Systeme als Gefahr für die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Natsuko Sasaki hält es für möglich, dass sich Aktivisten und Menschenrechtler mit Protesten zurückhalten werden: „Wenn man befürchten muss, dass man von der KI als verdächtige Person identifiziert wird, dann bleibt man dem öffentlichen Raum fern. Und wir wollen nicht, dass man diese Daten langfristig speichert.“

Bedenken wie jene von Sasaki, die seit 2007 in Paris lebt, spielen in der französischen Debatte eine untergeordnete Rolle. Denn noch immer prägen die islamistisch motivierten Anschläge aus den vergangenen Jahren den politischen Diskurs: zum Beispiel der Angriff auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* im Januar 2015 oder der koordinierte Terror

im November desselben Jahres, unter anderem bei einem Konzert im Theater Bataclan und am Stade de France. Und auch danach kam es immer wieder zu Anschlägen, bei denen mitunter Menschen getötet und verletzt wurden. So bewegt sich die Diskussion weiterhin zwischen den Begriffen Sicherheit und Freiheit.

Bei den aktuellen Olympischen Spielen werden insgesamt 15 Millionen Besucher erwartet, darunter zwei Millionen aus dem Ausland. 11 000 Sportler nehmen an 35 Wettkampfstätten an den Spielen teil, 25 000 Medienschaffende sind im Einsatz, es werden mehr als 100 Staatschefs erwartet. Der französische Innenminister Gérald Darmanin bezeichnete Olympia als „die größte logistische und sicherheitstechnische Herausforderung, die wir je zu organisieren hatten“. Und Aldric Ludescher, Sicherheitschef des IOC, sprach über „das größte Sicherheitsereignis der Welt in Friedenszeiten“.

Aber wie sieht das in der Praxis aus? Die Eröffnungsfeier soll nicht, wie es Tradition ist, in einem Stadion stattfinden, sondern im Zentrum von Paris an der Seine, und das mit mehr als 300 000 Zuschauern. Während der Zeremonie soll der Autoverkehr weiträumig gestoppt werden, das gilt auch für Anwohner, Pflegedienste und für die Beförderung von Menschen mit Behinderung. Es wird eine Flugverbotszone eingerichtet, und auf 5 Prozent der Stadtfläche sollen Antiterrorgesetze wirksam werden. Demonstrationen in der Umgebung: untersagt.

Bei den Olympischen und Paralympischen Spielen in diesem Sommer sollen mindestens 70 000 Sicherheitskräfte zum Einsatz kommen, darunter 35 000 Polizisten, 15 000 Soldaten und 20 000 Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste. Das französische Innenministerium hat befreundete Staaten um die Bereitstellung von Personal gebeten. Ein Aspekt, der vor dem Hintergrund dieser hohen Zahlen etwas untergeht: die KI-gesteuerten Überwachungssysteme.

In Paris wurde diese Technologie in den vergangenen Monaten bei mehreren Veranstaltungen getestet: zum Beispiel bei Konzerten der Gruppen

Depeche Mode und Black Eyed Peas sowie bei einem Fußballspiel zwischen Paris Saint-Germain und Olympique Lyon. Auf insgesamt vier Bahnhöfen sollen die Bilder von rund 100 Überwachungskameras analysiert worden sein. „Bis heute gibt es aber keine Studie, die belegen kann, dass eine KI-gestützte Überwachung tatsächlich einen Terroranschlag hätte verhindern können“, sagt Lena Rohrbach, Referentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter bei Amnesty International in Berlin.

Was hingegen in etlichen Ländern, etwa in den USA, durch Recherchen von Amnesty belegt wurde: Durch Fehler bei der biometrischen Überwachung wurden überproportional viele schwarze Menschen, wohnungslose Menschen und Menschen mit Behinderung ohne Grund von der Polizei kontrolliert. „Für ein Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft benötigen wir nicht mehr Überwachung, sondern eine gut ausgebildete Polizei“, sagt Lena Rohrbach.

Im politisch polarisierten Frankreich geht die Diskussion um eine KI-gesteuerte Überwachung unter. Dennoch bemühen sich in Paris NGOs, wie La Quadrature du Net, die sich für Bürgerrechte im Internet einsetzen, mit Kampagnen und Kundgebungen um mehr Aufklärung. Im EU-Parlament wandten sich 41 Abgeordnete in einem offenen Brief auch an das französische Parlament, als eine Art Protest gegen die Einführung der biometrischen Überwachung. Sie befürchten, dass andere demokratische Staaten – mit dem Verweis auf Frankreich – ebenfalls biometrische Systeme etablieren könnten: bei Großveranstaltungen, auf Flughäfen oder in Gefängnissen. Im nächsten Schritt könnte dann die bislang verbotene Gesichtserkennung etabliert werden.

Wegen der biometrischen Überwachung gehen die Olympischen Spiele in Paris schon jetzt in die Geschichte ein. Ob die Technologie in Paris nach 2025 wieder zurückgebaut wird? Die Debatte geht weiter, denn es ist durchaus möglich, dass die Olympischen Winterspiele 2030 im Südosten von Frankreich stattfinden. „Frankreich wird sich mit der



Technik als modern und sicherheitsbewusst präsentieren“, sagt die Aktivistin Natsuko Sasaki. Und sie vermutet, dass an diesem Wissen und an dieser Technik auch andere Staaten großes Interesse haben. Darunter auch Regierungen, die weit weniger Freiheit dulden.

Maßnahmen wie diese tragen offenbar dazu bei, dass die Ablehnung im Großraum Paris gegenüber Olympia wächst. Bei einer Umfrage hielten 44 Prozent der Befragten die Spiele für eine „schlechte Idee“. Das Internationale Olympische Komitee geht auf Entwicklungen wie diese öffentlich nicht ein. Dessen Präsident Thomas Bach hält die Spiele von Paris weiterhin für „einen Wendepunkt in der Geschichte: nachhaltiger, urbaner, inklusiver“. Die Wahrheit ist aber komplexer, sagt der US-amerikanische Autor und Olympia-Experte Jules Boykoff: „Seit Jahrzehnten werden die Olympischen Spiele von der Entwicklung strenger Sicherheitspraktiken begleitet. Nicht nur in autokratisch regierten Staaten wie Russland und China, sondern auch in westlichen Demokratien.“

Beispiel USA. Die Gastgeber der Olympischen Sommerspiele 1996 in Atlanta haben von Bürgerbeteiligung wenig gehalten. Der Bundesstaat Georgia und seine Hauptstadt betrachteten Olympia als Modernisierungsprogramm für Flughafen, Messezentrum und Umgehungsstraßen in wohlhabende Vororte – und natürlich als Werbebühne für Coca-Cola, dessen Firmensitz Atlanta ist. Doch fast die Hälfte der Einwohner Atlantas war in den 1990er Jahren von Armut bedroht. Für den Bau der Sportstätten mussten Hunderte Sozialwohnungen weichen. Die Politik erließ strikte Verordnungen, die vor allem wohnungslose Menschen trafen. 30 000 Personen wurden vor den Spielen aus dem Zentrum von Atlanta verdrängt. Martin Luther King III, der älteste Sohn des berühmten Bürgerrechtlers, war einer von wenigen, die zu Protest aufriefen.

## Im Westen wuchs die Skepsis wegen Olympia als Kostenfalle

Die Terroranschläge in New York und Washington 2001 sowie in Madrid 2004 ließen Sicherheitskosten für Sportgroßereignisse massiv steigen. Athen, Gastgeber der Olympischen Spiele 2004, bat die Nato um Unterstützung und richtete eine Flugverbotszone ein. Mehr als 50 000 Menschen gehörten zum Sicherheitsaufgebot. Das Gesamtbudget für Olympia erhöhte sich auf 16 Milliarden Dollar, viermal so viel wie kalkuliert. Olympia war ein Grund, warum die Finanzkrise ab 2008 Griechenland stärker belasten sollte als andere EU-Staaten.

In vielen westlichen Ländern wuchs die Skepsis gegenüber der olympischen Kostenfalle. In anderen Regionen aber betrachteten Regierungen Sportereignisse als Kennzeichen für ihren wirtschaftlichen und politischen Aufstieg. Mit den Olympischen Sommerspielen 2008 in Peking wollte die Volksrepublik unter Beweis stellen, dass sie nicht mehr bloß der günstige Produktionsstandort für westliche Massenwaren ist, sondern eigene Innovationen schaffen kann.

Im indischen Delhi nahmen 2010 rund 5000 Athleten an den Commonwealth Games teil. Im gleichen Jahr fand in Südafrika die erste Fußball-WM auf dem afrikanischen Kontinent statt. Und in Russland nutzte Wladimir Putin die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi als Machtinstrument. Die

geschätzten Kosten für das Ereignis: 40 Milliarden Dollar. Ein großer Teil wurde in die Überwachung investiert.

Als offizielle Begründung für die Sicherheitskosten wird stets Terrorbekämpfung genannt, und die Sommerspiele von Rio de Janeiro 2016 waren dafür ein weiteres Beispiel. Die Verwaltung von Rio forcierte die Bekämpfung der Kriminalität in den Favelas. Die Zahl der afrobrasilianischen Männer, die durch Polizeikugeln getötet wurden, stieg stark an. „Häufig setzen die olympischen Gastgeber auf starke Repression“, sagt Autor Jules Boykoff. „Was die Sicherheit jedoch erhöhen würde, wäre eine Bekämpfung der sozialen Ungleichheit.“

In Rio vergrößerte Olympia das Wohlstandsgefälle. Die neue Metrolinie kommt bis heute eher Stadtvierteln der Mittelschicht zugute. Wegen anhaltender Bauarbeiten und ausbleibender Kundenschaft mussten bereits vor den Spielen kleinere Geschäfte schließen. Das IOC nahm in Rio rund 5,7 Milliarden Dollar ein, fast drei Viertel davon durch den Verkauf von Medienrechten. Doch wie so oft blieb der Gastgeber weitgehend allein auf den Kosten sitzen, die auf 20 Milliarden Dollar beziffert werden. Wegen der Schuldentilgung werden Krankenhäuser, Schulen und Polizei auf Jahre hinaus mit Budgetkürzungen leben müssen.

Diese Entwicklungen führten dazu, dass sich etliche Bevölkerungen und Regierungen in westlichen Demokratien gegen die Bewerbung für Olympische Spiele entschieden haben, in Boston, Oslo, Rom oder Toronto. Die Münchner lehnten in einem Bürgerbegehren eine Bewerbung für die Winterspiele 2022 ab, die Hamburger für die Sommerspiele 2024. Das IOC wollte die wenigen Interessenten aus dem Westen zügig an sich binden. Mit einem größeren Vorlauf als üblich wurden die Sommerspiele 2024 nach Paris, 2028 nach Los Angeles und 2032 ins australische Brisbane vergeben. Keine der Stadtverwaltungen hatte ein Referendum in den Entscheidungsprozess einbezogen.

Selbst während einer globalen Katastrophe wollte das IOC nicht auf Rendite verzichten – und eine Demokratie beugte sich dem Druck. Für die Sommerspiele



2020 in Tokio hatten 60 japanische Unternehmen fast 2,5 Milliarden Dollar für Sponsoring-Rechte ausgegeben, nie zuvor hatte die Privatwirtschaft für Olympia so viel Geld aufgebracht. Der US-Sender NBC, der wichtigste Geldgeber des IOC, hatte für den Olympia-Sommer 2020 Werbezeit im Wert von einer Milliarde Dollar verkauft. Doch dann kam Corona.

Nach langem Zögern verschob das IOC die Spiele um ein Jahr. Doch 2021 musste der Notstand in Japan verlängert werden. Etliche Krankenhäuser meldeten Überlastung, die Impfkampagne ging nur langsam voran. In Umfragen sprachen sich bis zu 80 Prozent der Japaner für eine Absage oder erneute Verschiebung der Spiele aus. Dennoch fanden die Spiele statt – ohne Publikum in den neuen und aufwendig sanierten Sportstätten. Mehr als 50 000 Athleten, Betreuer und Journalisten durften sich nur in einer abgeriegelten Olympia-Zone mit eigenem Transportsystem bewegen. „Die Olympische Bewegung nimmt wenig Rücksicht auf die demokratischen Prozesse eines Landes“, sagt Jules Boykoff, Autor des Buches „Power Games“, über die politische Geschichte der Olympischen Spiele.

Und wie geht es weiter? Die französischen Gastgeber der diesjährigen Sommerspiele erinnern lieber an die wenigen positiven Beispiele der olympischen Geschichte. Zum Beispiel an die Sommerspiele 1992: Barcelona und die damals noch junge spanische Demokratie zeigten, wie wichtig die frühe Einbindung oppositioneller Gruppen war. Rund um die Spiele konnten sich katalanische Unabhängigkeitsbefürworter präsentieren. Das Katalanische wurde vorübergehend als eine offizielle Sprache des IOC eingestuft, und Spaniens König Juan Carlos begann seine Eröffnungsrede im Olympiastadion auf Katalanisch. Die Spiele von 1992 beschleunigten den Wandel Barcelonas zu einer Tourismusdestination.

Oder 2012. Es war wohl das letzte Mal, dass sich das IOC nicht für ausufernde Kosten und Umweltsünden rechtfertigen musste. London hatte für den Olympiapark eine teilweise



## Der Verlauf der Spiele in Paris könnte auch die deutsche Debatte lenken

kontaminierte Industriebrache im Osten der Stadt erneuern lassen. Sportarten wie Tennis, Reiten und Rudern wurden auf traditionsreiche Anlagen verteilt. London untersuchte die Langzeitfolgen Olympias relativ genau und ging dabei auch selbstkritisch mit Fehlern um. Ein Standard, der bis heute nicht mehr erreicht wurde.

Paris sieht sich nun in der Tradition von Barcelona und London, nicht von Atlanta und Rio. Als nachhaltiges Vorzeigeprojekt gilt das neue olympische Dorf in Seine-Saint-Denis, in den Vororten im Norden und Nordosten von Paris, gemeinhin bekannt als „Banlieue“. Das Quartier der Athleten soll bald in ein modernes Stadtviertel mit mehr als 2000 Wohnungen umgewandelt werden, auch mit Bürokomplexen und Gastronomie.

„Für Sozialwohnungen gibt es aber immer weniger Platz“, sagt die Aktivistin Natsuko Sasaki. „Viele Menschen werden sich die Mieten nicht mehr leisten können.“ Zudem veröffentlichte das Bündnis „Le Revers de la Médaille“ (die Kehrseite der Medaille) einen Bericht über Zwangsräumungen im Großraum Paris. Demnach sollen in den vergangenen zwölf Monaten rund 13 000 Menschen zum Teil in Bussen in andere Regionen gebracht worden sein, darunter viele Obdachlose, etliche von ihnen minderjährig. Serge Grouard, der Bürgermeister von Orléans, bestätigte, dass Wohnungslose

in seine Stadt gefahren wurden. Darüber hinaus soll Paris die Anmietung von sogenannten Sozialhotels für die Unterbringung von Menschen in prekären Situationen stark zurückgefahren haben. „Die Plätze werden für Touristen gebraucht, die in der Stadt viel Geld lassen sollen“, sagt Natsuko Sasaki. „Aber das sind nur die kurzfristigen Auswirkungen. Olympia wird die Ungleichheit langfristig vergrößern.“

Der wachsende Sicherheitsapparat, die soziale Verdrängung und die Gentrifizierung sind Themen, über die Organisatoren der Olympischen Spiele ungern sprechen. Zu den wichtigsten Sponsoren des IOC gehören inzwischen etliche Konzerne aus China. „Wir haben es hier mit staatlichen Unternehmen zu tun, die sich auf dem europäischen Markt kommerziell positionieren wollen“, sagt der britische Sportökonom Simon Chadwick. „Doch es geht um mehr: Diese Unternehmen sollen für ihre Regierungen auch politische Kontakte über den vermeintlich unpolitischen Sport anbahnen.“

Der Verlauf der Olympischen Spiele in Paris könnte auch Einfluss auf die Debatte in Deutschland nehmen. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat einen Beteiligungsprozess angestoßen, um mit Bürgern und Zivilgesellschaft über eine mögliche deutsche Olympia-Bewerbung zu diskutieren. Für die Sommerspiele kommt frühestens 2036 in Frage, für die Winterspiele 2030.

Ist die olympische Idee noch zeitgemäß? Die Spiele könnten in einer Demokratie wichtige Debatten in den Fokus rücken. Über Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung, über Gesundheitsförderung und Klimaschutz. Doch bislang stießen die Diskussionsveranstaltungen des DOSB auf geringes Interesse. Viele Menschen verbinden mit den Olympischen Spielen Umweltsünden, Kommerz und eine Stärkung des Sicherheitsapparats. Es sieht danach aus, dass Paris in dieser Tradition keine Ausnahme bildet.



**RONNY BLASCHKE** ist Journalist und hat fünf Bücher über politische Hintergründe im Fußball geschrieben.





# „Aus der wird nie etwas“

Die stellvertretende britische Premierministerin *Angela Rayner* stammt aus schwierigsten Verhältnissen – für ihre Partei soll die Exotin die Labour-Traditionalisten bespielen.

Von CHRISTIAN SCHNEE

**A**ngela Rayner hat eine schwierige Aufgabe. Großbritanniens stellvertretende Premierministerin in der neuen Labour-Regierung will die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern. In London, den Midlands und dem Nordosten lebt nach Zahlen der Rowntree-Stiftung ein Viertel der Bevölkerung in Armut.

Armut kennt Rayner, Jahrgang 1980, aus Bridgehall, einer Sozialsiedlung in einem Vorort Manchesters. Hier wächst sie auf. In der Wohnung der Familie gibt es kein warmes Wasser, gebadet wird bei den Großeltern. Die Mutter ist Analphabetin, manisch-depressiv und wird nach einem Suizidversuch in eine Klinik eingewiesen. Der Vater, ein Arbeitsloser, ist eines Tages weg. Für die Kinder sind die Schulmahlzeiten kostenfrei, weil es zu Hause oft nichts zu essen gibt. Rayner erzählt, sie sei immer draußen gewesen, habe in alten Bahnwagen gespielt und sich später mit gefälschtem Ausweis in die Klubs von Manchester geschummelt. Die Leute sagten, aus so einer werde nie etwas.

Mit 16 Jahren geht sie von der Schule ab, ohne Abschluss, aber schwanger. Mit dem Kind kommt Verantwortung. Sie arbeitet als Haushaltshilfe und Pflegerin. Die Großmutter hilft mit dem Kind, als die junge Mutter eine Ausbildung beginnt in Taubstummensprache und der Pflege.

Sie kandidiert für den Personalrat, engagiert sich in der Gewerkschaft. Ihr gefällt das Gemeinschaftsgefühl. Sie organisiert den Kampf gegen die Privatisierung der häuslichen Pflege, arbeitet für die Unison-Gewerkschaft und ist schließlich Obfrau der 200 000 Mitglieder im Nordwesten Englands. Hier lernt sie ihren späteren Ehemann kennen, Mark Rayner, mit dem sie zwei Kinder hat. Das Paar trennt sich 2020.

Bei den Parlamentswahlen 2015 tritt Rayner in Ashton-under-Lyne an. Sie gewinnt den Wahlkreis bei Manchester als erste Frau in 180 Jahren. Im Parlament fallen ihre langen rotblonden Haare auf, ihre überschwängliche Art, die Hemdsärmeligkeit. „Hier in der Fraktion gibt es nur wenige interessante Charaktere. Aber Angela gehört sicher dazu“, sagt die Abgeordnete Tulip Siddiq: „Sie kann eigenwillig sein, hat aber nie vergessen, woher sie kommt.“ Die Parlamentsprotokollanten weist sie an, ihre „falsche Grammatik“ in den Mitschriften nicht zu korrigieren. Die sei Teil ihrer Identität.

**DIE BOULEVARDPRESSE** macht sich über Rayners geschnürte Plateauschuhe und die High Heels mit Kung-Fu-Panda-Motiv lustig und schreibt von Shoebacca-Gate, als die Abgeordnete auf parlamentarischem Briefpapier einem Geschäft droht, das ihr keine Schuhe zum R2-D2-Thema liefern kann. „Ich liebe Schuhe, weil ich als Kind nur ein Paar hatte, schwarz und mit Stahlkappen, für das ich oft gehänselt wurde.“ Auf einer Wahlkampftour trägt sie Knobelbecher, Hosen mit Leopardendruck und Kapuzenpullover. „Unpassend“, sagen Kollegen.

Die Tories nennen sie eine „Champagnersozialistin“, als sie bei einer Mozart-Oper beim Festival in Glyndebourne gesehen wird. Sie redet von Snobs und keilt zurück: „In der ‚Hochzeit des Figaro‘ geht es um eine Frau aus der Arbeiterklasse, die einen privilegierten, begriffsstutzigen Schurken überlistet.“ Tory-Abgeordnete beklagen anonym, Rayner versuche während Parlamentsdebatten Premierminister Boris Johnson abzulenken, indem sie ihre Beine immer wieder überkreuze. Viel schwerer zu ertragen ist der Ton in

den sozialen Netzwerken. Nach Morddrohungen werden sieben Personen verhaftet. Rayners Kinder erhalten Personenschutz. Sie bekommt einen Panikknopf zur Sicherheit, und wenn die Familie ausgeht, gibt die Polizei eine Risikoeinschätzung.

In der Clique um ihren Parteivorsitzenden Starmer, ein ehemaliger Leiter der Staatsanwaltschaft mit Ausbildung in Oxford, gelte Rayner als „dümmliche Proletin“, schreibt die Journalistin Heather Stewart. Im Mai 2021 setzt der Parteichef sie als Wahlkampfkoordinatorin ab. Die Parteilinken sind empört. Um eine Rebellion abzuwenden, darf Rayner in der Fraktion das Thema „Zukunft der Arbeit“ übernehmen und in Parlamentsdebatten den Minister der Regierungskanzlei herausfordern. Die geplante Degradierung wird zur Beförderung.

Inzwischen ist Rayner stellvertretende Parteivorsitzende und arbeitet mit Starmer geräuschlos zusammen. Sie pflegt für ihn die traditionellen Wurzeln der Partei. Beide wollen den Wahlerfolg, geben dafür sozialistische Prinzipien aus der Corbyn-Ära auf. Verstaatlichungen, die von den Parteilinken gefordert werden, lehnt Rayner ab – zu teuer. Als „Prescott mit Rock“ bezeichnet sie sich. John Prescott, ein Arbeiterführer alten Schlages, hielt seinerzeit für Tony Blair den linken Flügel der Partei auf Kurs.

Angela Rayner, der Prototyp der Selfmadewoman, bleibt eine Figur, an der sich Freunde und Gegner stoßen. Eine Politikerin wie Marmite, der klassische englische Brotaufstrich aus Hefextrakt mit dem Werbeslogan: „Du liebst ihn, oder du hasst ihn.“

**CHRISTIAN SCHNEE** ist Dozent für Politik und lebt in London.





# Er ist wieder da

Eigentlich war er politisch erledigt. Jetzt steht *Donald Trump* vor dem Wiedereinzug ins Weiße Haus. Worauf müssen sich die USA und die Welt im Falle seiner Wahl einstellen?

Von STEPHAN BIERLING

**T**hey never come back, lautet eine Regel im Schwergewichtsbereich. Einmal entthront, bleibt Weltmeistern nur der Rückzug aufs Altenteil. In der amerikanischen Politik galt dies fast genauso. Während der fast 250-jährigen Geschichte der USA trat nur ein Präsident, der seine Wiederwahl verloren hatte, nochmals an: Grover Cleveland 1892. Und gewann. Trump will es ihm nachmachen. Nach Joe Bidens Debattendeckel und seinem neuen Opferstatus nach dem knapp überstandenen Mordanschlag stehen die Chancen dafür besser denn je.

Dass Trump politisch nicht totzukriegen ist, ist ein Mysterium der amerikanischen Politik. Seine erste Amtszeit war konfus, seine Politik erratisch, immer wieder wurde er innen- und außenpolitisch verhaltensauffällig. Etwa, als er Nordkoreas Diktator Kim Jong-un für dessen „wunderbare Briefe“ mit einer Liebeserklärung bedachte, Rechtsextremisten als „feine Leute“ lobte oder auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie seinen Mitbürgern riet, Desinfektionsmittel gegen das Virus zu schlucken.

Schlimmer noch: Im Wahllokal war er ein „loser“, nach seinem Sieg gegen die überforderte Hillary Clinton 2016 verlor er 2018 das Repräsentantenhaus, 2020 den Senat und die Präsidentschaft. Gegen Biden unterlag Trump sogar mit 4,5 Prozentpunkten, krachender war im 21. Jahrhundert nur ein Kandidat gescheitert: John McCain gegen Barack Obama 2008. Doch statt wie dieser dem Sieger zu gratulieren, leugnete Trump seine Niederlage und hetzte am 6. Januar 2021 einen Mob zum Sturm auf den Kongress auf. Dafür kassierte er sein zweites Amtsenthebungsverfahren – und damit so viele wie seine 45 Vorgänger seit 1789 zusammen.

Zwei Jahre lang schmolte Trump in seinem Luxushotel Mar-a-Lago, er musste zugeben, Regierungsdokumente entwendet zu haben, und setzte den sicher geglaubten Sieg der Republikaner bei den Zwischenwahlen in den Sand, weil er unqualifizierte Kandidaten ins Rennen schickte. Anfang 2023 sah es tatsächlich danach aus, als ob Trump Geschichte und Floridas Gouverneur Ron DeSantis die Zukunft der Partei sei. Selbst sein Haus- und Hof-TV-Sender Fox News ließ den Ex-Präsidenten fallen. Aber der kämpfte sich zurück. Mit jedem der vier Strafverfahren, das im vergangenen Jahr gegen ihn eröffnet wurde, schlossen sich die Reihen hinter ihm.

Denn mit seinem animalischen Gespür für Stimmungen versteht Trump drei Wahrheiten heutiger Politik in den USA besser als seine Gegner. Erstens: Was zählt, sind Einschaltquote und Klickzahlen. Wer die Nachrichten dominiert in Fernsehen und sozialen Medien, saugt allen Sauerstoff von seinen Rivalen ab. Und Schlagzeilen produzieren kann Trump besser als jeder andere. Zweitens: Nicht Hoffnung oder Liebe, sondern Angst ist die stärkste menschliche Emotion. Sie zu schüren gegen Eliten, Migranten und Muslime, versteht der Ex-Präsident wie kein anderer. Und drittens: Es ist egal, ob die Leute einen mögen. Es zählt allein, dass sie die andere Seite hassen. Gegner zu dämonisieren und Hohn und Spott über sie auszuschütten, ist Trumps Markenkern. Erstaunlich locker sicherte er sich erneut die Nominierung seiner Partei.

Gewinnt Trump am 5. November die Wahl, wird er dort weitermachen, wo er am 6. Januar 2021 aufgehört hat: mit einem Generalangriff auf die Grundfesten der amerikanischen Demokratie. Schon in seiner ersten Regierungszeit wurde er mit zunehmender Dauer nicht maßvoller und staatsmännischer, sondern radikaler und autoritärer. Nicht das Amt veränderte Trump, wie von vielen erhofft, sondern Trump veränderte das Amt. Das verheißt nichts Gutes für die USA und Europa.

2016 war Trump genauso wie der Rest der Welt von seinem Wahlsieg überrascht, nicht einmal eine Siegesrede hatte er vorbereitet. Da er kaum jemanden außerhalb des Fernsehgewerbes und des Golfklubs für Milliardäre kannte, musste er die wichtigsten Regierungsjobs mit altgedienten Parteigranden und

**Mit seinem Gespür für Stimmungen versteht Trump drei Wahrheiten heutiger Politik in den USA besser als seine Gegner**

Ex-Generälen besetzen. Und die sorgen dafür, dass viele seiner gefährlichsten Ideen nicht Realität wurden – bisweilen mit dubiosen Mitteln. So klaute sein Wirtschaftsberater Gary Cohn eine Anordnung vom Präsidenten-Schreibtisch, mit der dieser den Handelsvertrag mit dem Verbündeten Südkorea kündigen wollte, bevor Trump sie unterzeichnen und damit in Kraft setzen konnte.

Auf solche „adults in the room“, also erfahrene Politprofis, könnte man 2025 nicht mehr zählen. Trump hat bereits das überragende Thema für eine neue Amtszeit ausgegeben: Es lautet „retribution“ – Vergeltung – an allen, die ihm angeblich Unrecht angetan haben in den vergangenen Jahren. Nach einem Wahlsieg würde sich Trump wohl mit Hyperloyalisten umgeben wie dem Chinafeind Robert Lighthizer als Handelsbeauftragtem, dem wegen Meineids verurteilten Russland-Kollaborateur General Michael Flynn als Außenpolitikberater, dem Globalisierungshasser Peter Navarro als Wirtschaftsminister (bis 17. Juli zu erreichen im Bundesgefängnis Miami) oder sogar Stephen Bannon (derzeitige Anschrift: Federal Correctional Institution, Danbury) als Chefstrategen. Wichtiger noch: Rechte Stiftungen wie die Heritage Foundation erstellen Listen von bedingungslosen Trump-Fans für die 4000 Stellen, die ein neuer Präsident besetzen darf. Getrieben wird Trump auch von der Wut auf den auf Recht und Verfassung verpflichteten Verwaltungsapparat, den er regelmäßig als „tiefen Staat“ verunglimpft. Über eine Sonderverordnung, das sogenannte Schedule F, will er Berufsbeamte feuern und ihre Stellen mit Gefolgsleuten füllen. Dafür werden, berichtete das Onlinejournal *Axios*, weitere 50 000 Make-America-Great-Again-Anhänger vorbereitet.

Ultimatives Ziel der Trumpisten ist die Konzentration der Macht im Weißen Haus. Ihr Guru lechzt danach. Während seiner ersten Amtszeit behauptete er schon mal, Artikel II der Verfassung erlaube ihm, „als Präsident zu tun, was ich will“. Und im Wahlkampf 2023/2024 spielte er mit dem Gedanken, im Falle

## **Ultimatives Ziel der Trumpisten ist die Konzentration der Macht im Weißen Haus – der Guru lechzt danach**

eines erneuten Einzugs ins Weiße Haus „Diktator an Tag eins“ zu sein. Rechtsprofessoren widersprachen Trump unisono. Die Gründerväter der USA hatten 1787 die Gewaltenteilung ja gerade deshalb zum Kern des Regierungssystems erhoben, weil sie panische Angst vor einem Amtsinhaber mit monarchischen Gelüsten hatten. Unter Trump 2 droht den USA das Aushebeln dieses heiligen Prinzips und Schritt für Schritt das Abdriften in einen autoritären Staat. Nicht umsonst feiern erzkonservative Republikaner Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán als Vorbild. Das Oberste Gericht würde Trump dabei kaum in den Arm fallen. Am 1. Juli erteilten sie ihm nachträglich totale Immunität vor Strafverfolgung für alle Amtshandlungen.

Für den Westen wären die Folgen verheerend. Seit 1945 sind die USA sein demokratisches Flaggschiff. Kippte die älteste Demokratie der Erde, wäre das der größte vorstellbare Triumph für die Diktatoren in Moskau und Peking. Seit Jahren diffamieren sie den Westen als

historisches Auslaufmodell – und eine Wiederkehr Trumps wäre dafür Indiz Nummer eins. Schon 2016 knallten in der Duma die Krimsektorkorken, als sein erster Wahlsieg verkündet wurde. Auch machtpolitisch verlöre der Westen sein Rückgrat. Trump würde noch stärker auf Unilateralismus, Nationalismus und Isolationismus setzen als in der ersten Amtszeit. Die Nato stünde ohne ihren Sicherheitsanker da und die Ukraine ohne ihren mit Abstand größten militärischen Unterstützer. Die Strafzölle gegen chinesische und europäische Importe würden ausgeweitet. Mit Trump im Weißen Haus dürfte der Multilateralismus abgelöst werden durch eine Mano-a-Mano-Politik starker Männer (Frauen sind in seinem Weltbild nur Staffage oder Sexspielzeug). Internationale Politik verkäme zu einer Geschäftsbeziehung, in der die USA als stärkste Wirtschafts- und Militärmacht des Planeten ihre Interessen rücksichtslos durchsetzen würden.

Der größte Verlierer bei alledem: Deutschland. Wie keine andere Nation profitiert es durch Frieden, Freiheit und Wohlstand von der liberalen internationalen Ordnung, die Washington seit 1945 garantiert. Fallen die USA aus, steht niemand bereit, den Westen und insbesondere den europäischen Hühnerhaufen, auch als EU bekannt, zu organisieren – nicht bei der Verteidigung der Ukraine, nicht bei der Nahostpolitik, nicht gegenüber China. Deutschlands Ampelkoalition ist zerstritten und ihr Kanzler führungslahm, Emmanuel Macron ist infolge seines Parlamentswahl-Harakiris ein „dead man walking“, Großbritannien gibt seit dem Brexit-Referendum 2016 eine Shakespeare-Tragödie in sechs Premierminister-Akten. Trumps Rückkehr ins Weiße Haus würde die europäische Schwäche schonungslos aufdecken und könnte nichts weniger einläuten als das Ende des Westens.

**STEPHAN BIERLING lehrt Internationale Politik an der Uni Regensburg. Im September erscheint sein neues Buch „Die Unvereinigten Staaten“ (C. H. Beck).**

# Handelsblatt KI-Briefing



Von  
**Larissa Holzki**  
und ihrer  
**KI-Stimme**

## Das Handelsblatt KI-Briefing – mit KI über KI

Bleiben Sie dran an der KI-Transformation:  
Hören Sie die wichtigsten Nachrichten rund um  
Künstliche Intelligenz und was sie für Wirtschaft  
und Arbeitswelt bedeuten. Ein Podcast von  
Larissa Holzki – gesprochen von ihrer KI-Stimme.  
**Jeden Freitag ab 15 Uhr.**



**Jetzt Reinhören:**  
[handelsblatt.com/audio/ki-briefing](https://handelsblatt.com/audio/ki-briefing)



Und überall, wo es Podcasts gibt.



**Handelsblatt**  
Substanz entscheidet.

A portrait of Miriam Kosmehl, a woman with long dark hair and glasses, wearing a maroon dress. She is gesturing with her hands as if speaking. The background is a solid light blue color.

„ Putin hat selbst  
gesagt, dass er nicht  
verhandeln will “

Das Gespräch führte  
ALEXANDER  
MARGUIER

Russlandexpertin *Miriam Kosmehl*, *Roderich Kiesewetter* (CDU) und *Ralf Stegner* (SPD) streiten über deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine, über eine diplomatische Lösung des Krieges – und über den Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland.

Herr Stegner, Olaf Scholz wurde von Ihrer Partei im Europawahlkampf als Friedenskanzler plakatiert. Das Ergebnis waren 13,9 Prozent für die SPD. Nehmen die Deutschen dem Kanzler seine Friedensbotschaft nicht ab? Oder sind sie generell nicht mehr so interessiert am Ukrainekrieg?

*Ralf Stegner:* Ich glaube, dass man aus den Plakaten zum Thema Frieden nicht wirklich etwas auf das Wahlergebnis ableiten kann. Ich will das Ergebnis nicht schönreden, es hat mit den Streitereien in der Ampelkoalition und auch mit vielen anderen Dingen zu tun. Die Zeiten sind schwierig. Aber meine Erfahrung, was die Haltung sehr vieler Menschen



gegenüber dem Bundeskanzler angeht, ist ganz anders, als von Ihnen geschildert. Da kommen Leute auf mich zu, die sagen, sie hätten bisher immer CDU oder FDP oder die Grünen gewählt, und wünschen sich, Olaf Scholz möge bei seinem besonnenen Kurs im Ukrainekrieg bleiben. Denn einerseits unterstützen wir die Ukraine, andererseits achten wir aber auch darauf, dass Deutschland und die Nato nicht Kriegsteilnehmer werden. Bei alledem stimmen wir uns eng mit dem amerikanischen Präsidenten ab. Und das ist eine Position, die von der Mehrheit der Bevölkerung ganz deutlich geteilt wird.

**Ursprünglich hatte Scholz es abgelehnt, dass die Ukraine mit deutschen Waffen auf Ziele in Russland feuert. Dann kam Ende Mai plötzlich ein Sinneswandel, und nun geht es also doch. Vielleicht sind die Wähler ja auch einfach irritiert von der immer wiederkehrenden Neubewertung durch den deutschen Bundeskanzler.**

*Stegner:* Nein, das kann man so nicht sagen. Man kann die eine oder andere Entscheidung sicherlich noch besser erklären. Aber hier ging es darum, dass Charkiw, also eine ukrainische Stadt in der Größenordnung von München, sich verteidigen können muss. Und weil die Angriffe unmittelbar in Grenznähe zu Russland erfolgen, war es richtig zu sagen, dass sich die Ukrainer dagegen auch mit Waffen auf russischem Territorium zur Wehr setzen dürfen. Es entspricht eben genau nicht dem, was die CDU gefordert hat, nämlich dass der Krieg nach Russland getragen werden müsse. Im Kern gilt weiterhin: Wir schauen uns die aktuelle Lage an, wir wägen das ab, wir diskutieren das mit unseren amerikanischen Verbündeten. Statt immer nur zu sagen: Gebt den Ukrainern alles an Waffen, was sie wollen. Das ist nicht unsere Position.

**Herr Kiesewetter, Sie sind ein vehementer Befürworter von Waffenlieferungen aus dem Westen an die Ukraine. Insofern müssen Sie Olaf Scholz' Zustimmung ja begrüßt haben, dass jetzt auch auf Ziele in Russland geschossen werden kann. Oder kam das Ihrer Ansicht nach viel zu spät?**

*Roderich Kiesewetter:* Es geht nicht um Waffenlieferungen als Selbstzweck, sondern um das Ziel, dass die Ukraine in ihren Grenzen von 1991 bestehen kann und die Chance hat, dass die Stärke des Rechts – nämlich das, was das Territorium und die Souveränität der Ukraine ausmacht – bestehen bleibt. Und dazu sind die Waffenlieferungen leider ein notwendiges Mittel. Russland darf sich nicht durchsetzen mit seiner These, wonach das Recht des Stärkeren gilt. Denn Russland ist eingebunden in eine Allianz mit China, mit dem Iran und mit Nordkorea. Insofern ist die Entscheidung des Kanzlers völlig richtig. Sie kam allerdings zu spät. Denn es ist völlig legitim, dass der Angegriffene den Krieg auf das Territorium des Aggressors vorträgt.

**Herr Stegner, Sie haben im März in einem Cicero-Interview zum Ukrainekrieg gesagt, die westliche Militärlogik, wonach man nur genug Waffen liefern müsse, um Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen, sei erkennbar gescheitert. Auf welcher Grundlage schlagen Sie stattdessen Verhandlungen mit Putin vor?**

**Miriam Kosmehl**  
ist seit 2017 Osteuropaexpertin bei der Bertelsmann Stiftung. Von 2012 bis 2017 leitete sie das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kiew. Zuvor arbeitete sie für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die OSZE und für die Deutsche Bank in Moskau.

*Stegner:* Diplomatie heißt in dem Fall für mich nicht, dass man sich mit Putin an einen Tisch setzt. Denn dass er nicht verhandeln will, ist ja offenkundig. In welche Richtung es gehen kann, das haben wir bei der Ukraine-Friedenskonferenz Mitte Juni in der Schweiz gesehen. Es war ein kleiner Anfang beim Versuch, mit der Völkergemeinschaft Druck auszuüben auf Russland, damit Putin sich bewegt und verhandlungsbereit wird. Und im Gegensatz zur Waffendiskussion, die selbst Leute führen, die einen Regenschirm nicht von einem Gewehr unterscheiden können, kann Diplomatie nur hinter verschlossenen Türen erfolgreich sein, weil die Ukraine zu Recht als souveräner Staat in der Öffentlichkeit immer sagen würde: Wir haben über die Konditionen für einen Waffenstillstand selbst zu entscheiden. Das ist mühselig, das dauert lange. Aber ich bleibe dabei: Die Lieferung von immer mehr Waffen hat eben nicht zu einer Beilegung des Krieges geführt. Putin verfügt ohnehin über mehr Soldaten als die Ukraine, und insofern ist internationaler Druck nötig. Damit meine ich zum Beispiel, dass wir versuchen, auf Länder wie China Einfluss zu nehmen. Und das geschieht meiner Meinung nach zu wenig.

**Frau Kosmehl, beide Seiten beharren immer noch auf Maximalziele. Das heißt, die Ukraine verlangt einen Abzug der russischen Truppen aus allen besetzten Gebieten, aus der Ostukraine und von der Krim. Und Putin wiederum verlangt umgekehrt die Anerkennung der besetzten Gebiete und eine Garantie, dass die Ukraine nicht in die Nato geht. Ist vor dem Hintergrund dieser Forderungen überhaupt eine Verhandlungslösung möglich?**

*Miriam Kosmehl:* Putin hat selbst gesagt, dass er nicht verhandeln will, solange der Ukraine die Munition ausgeht. Sein Vorschlag, den er anlässlich der Friedenskonferenz in der Schweiz gemacht hat, widerspricht ohnehin allen Prinzipien der UN-Charta. Er will nämlich sämtliche Territorien sichern, die er unter Verstoß gegen das Gewaltverbot der Vereinten Nationen erlangt hat – und noch darüber hinaus. Und er will über



die Bündniszugehörigkeit der Ukraine bestimmen, was auf deren komplette Unterwerfung hinausläuft. Übrigens hat der frühere sicherheitspolitische Berater von Bundeskanzlerin Merkel einmal gesagt, ein Friedensvertrag mit Putins Unterschrift sei das Papier nicht wert. Wir haben es also mit jemandem zu tun, der andere Ziele hat. Deshalb kann man Verhandlungen nur bewirken über ein Kosten-Nutzen-Kalkül. Putin wird erst dann verhandeln, wenn er fürchtet, den Krieg zu verlieren oder wenn die Kosten für den Krieg zu hoch werden. Wir haben bisher immer erlebt, dass Russland eskaliert. Warum drehen wir dieses Muster nicht um und kommunizieren unzweideutig, dass wir die Ukraine selbstverständlich mit allem unterstützen, was der Westen hat, wenn die Angriffe auf zivile Infrastruktur weitergehen? Also auch mit Taurus.

**Herr Kiesewetter, was das angeht, haben Sie einmal gesagt, der Krieg müsse nach Russland getragen werden; russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssten zerstört werden. Das ist Ihnen als Eskalationsrhetorik vorgehalten worden.**

*Kiesewetter:* Ich habe das in der Tat schon im Februar gefordert, und mit amerikanischer und deutscher Hilfe ist das auf Bitten der Ukraine hin jetzt auch erfolgt. Es handelt sich allerdings nicht um eine Eskalation vonseiten des Westens. Vielmehr hat Russland unsere bisherige Zurückhaltung nicht genutzt, um einzulenken. Jedes Mal, wenn wir für uns selbst rote Linien gezogen und verkündet haben, bestimmte Waffensysteme nicht zu liefern, hat Putin das ausgenutzt. Ich stimme Ihnen in diesem Punkt zu, Herr Stegner: Wir haben viel zu viel öffentlich darüber gesprochen, was wir nicht wollen oder vielleicht nicht können. Und als dann tatsächlich eine Zeit lang keine Artilleriemunition und keine Panzer an die Ukraine geliefert wurden, ging Russland prompt in die Offensive. Unsere bisherige Herangehensweise nach dem Motto, wir beobachten das Ganze aus dem Homeoffice und finanzieren immer nur das Nötigste, hat Tausende Opfer auf ukrainischer Seite gefordert.

## „Es ist verantwortungslos, immer nur markige Worte rauszuhauen“

RALF STEGNER

**Sie sehen also keine Verhandlungsbereitschaft bei Putin?**

*Kiesewetter:* Es ist ja schon verhandelt worden. Denken Sie beispielsweise an das Getreideabkommen. Kaum war dieses Abkommen geschlossen, haben die Russen die Auslieferungseinrichtungen für Getreide in Odessa zerstört. Und als der ukrainische Präsident Selenskyj noch im Jahr 2022 angeboten hatte, auf die Krim und auf die Gebiete in der Ostukraine zu verzichten ebenso wie auf eine Nato-Mitgliedschaft, hat Putin das mit dem Massaker von Butscha und mit der Zerstörung von Mariupol vom Tisch gewischt. Von der russischen Seite war das ein sehr klares Signal: Wir haben schon 18 Prozent des Landes, und den Rest holen wir uns auch noch. Es muss verhindert werden, dass Russland mit dieser Methode zum Rollenvorbild wird für Länder wie Serbien, den Iran oder China. Nicht ohne Grund ist China der Friedenskonferenz in der Schweiz ferngeblieben.

*Stegner:* Herr Kiesewetter, einerseits behaupten Sie, alles, was Putin sagt, sei Propaganda. Andererseits nehmen Sie

diese Propaganda zum Nennwert. Das passt wirklich nicht zusammen. Übrigens ist es vor Friedensschlüssen nie so, dass öffentliche Erklärungen in irgendeiner Form hilfreich sind. Ganz davon abgesehen: Wenn Herr Kiesewetter sich irrt oder ich selbst mit meiner Einschätzung danebenliege, ist das nicht schön. Wenn aber der Bundeskanzler sich irrt, dann ist das ein richtiges Problem, denn er trägt die Verantwortung für sämtliche Eskalationsrisiken – wie übrigens amerikanische Präsidenten auch. Denken Sie mal an die Kubakrise von 1962, als die Menschheit so nah an einem Dritten Weltkrieg stand wie nie zuvor. Die gesamte Öffentlichkeit und das amerikanische Militär waren sich damals einig darin, dass auf die beabsichtigte Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba militärisch reagiert werden müsse. Kennedy hat sich daran aber nicht gehalten – sondern gesagt, er habe aus dem Ersten Weltkrieg gelernt, sich in die Perspektiven der gegnerischen Seite hineinzuzusetzen. Hätte er anders gehandelt, säßen wir heute wahrscheinlich nicht hier.

**Sie nehmen Putins Drohungen mit einem Atomschlag also ernst?**

*Stegner:* Ich kann nur sagen: Den Gegner im Unklaren lassen, das ist im Grunde durchaus richtig. Bezogen auf das Risiko eines nuklearen Dritten Weltkriegs ist es allerdings Dummheit. Zu glauben, man könne die Atommacht Russland mit dem Kriegsverbrecher Putin an der Spitze militärisch handlungsunfähig machen, ist völlig illusorisch und führt in die Irre. Und das Schlimmste daran: Es übersieht die Eskalationsrisiken. Es ist verantwortungslos, immer nur markige Worte rauszuhauen. Deswegen haben wir eine Verpflichtung, daran zu arbeiten, dass es auch Alternativen gibt. Unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mütznich ist heftig kritisiert worden, weil er gewagt hatte zu sagen, man dürfe nicht nur darüber reden, wie ein Krieg am besten geführt wird, sondern auch, wie er beendet werden kann. Das ist ihm als Appeasement ausgelegt worden. Was für ein absurder Vorwurf!

*Kiesewetter:* Rolf Mützenich hat gesagt, man müsse den Konflikt „einfrieren“. Das ist es, was man ihm vorwirft. Denn nach der russischen Besetzung der Krim im Jahr 2014 wurde der Konflikt ja auch „eingefroren“. Und die Folgen davon erleben wir heute in aller Brutalität.

**Herr Kiesewetter, Sie haben immer wieder behauptet, bei den wiederholten Atomdrohungen von Putin handle es sich um reine Einschüchterung. Was macht Sie da so sicher?**

*Kiesewetter:* Schweden und Finnland sind von Russland nuklear bedroht worden im Zuge ihrer Debatte über einen möglichen Nato-Beitritt; Bulgarien ebenso, weil das Land sehr viel Artilleriemunition an die Ukraine geliefert hat. Passiert ist, dass Russland all seine Soldaten von der finnischen Grenze abgezogen hat, nachdem Finnland der Nato beiträt. Es ging also um die Verunsicherung der Bevölkerung. Unser Bundeskanzler hat die Frage der nuklearen Bedrohung im April 2022 intensiv angesprochen. Aber

**Roderich Kiesewetter**  
ist seit 2009  
direkt gewählter  
Bundestagsabgeordneter  
für den Wahlkreis  
Aalen – Heidenheim.  
Der Oberst a.D. der  
Bundeswehr ist Obmann  
der Unionsfraktion im  
Auswärtigen Ausschuss  
und war von 2011 bis  
2016 Präsident des  
Reservistenverbands.



es war auch unser Bundeskanzler, der im September desselben Jahres nach seiner Chinareise davon sprach, die nukleare Bedrohung sei gebannt. Putin weiß sehr genau, dass er im sogenannten Globalen Süden allen Zuspruch verlieren würde, wenn er Nuklearwaffen einsetzen würde. Er weiß, dass er sich damit international komplett isolieren würde. Natürlich müssen wir eine nukleare Eskalation verhindern. Aber wir dürfen deshalb nicht aus Angst bestimmte Einschränkungen für die Ukraine beschließen.

**Etliche ehemalige Generäle der Bundeswehr warnen ausdrücklich vor einem Atomkrieg.**

*Kiesewetter:* Wenn zum Beispiel der frühere Generalinspekteur Harald Kujat dazu rät, wir sollten die zwischen Deutschland und Russland gelegenen Länder nur aus russischer Perspektive betrachten, halte ich das für fatal und für russische Propaganda. Denn er spricht über Länder, die früher mal Kolonialobjekte Preußens, Österreich-Ungarns und Russlands waren. Dort hört man Sätze wie die von Kujat natürlich mit allergrößter Sorge. Ich glaube übrigens, dass auch Putin kein Interesse daran hat, als Auslöser eines Atomkriegs in die Geschichte einzugehen.

*Stegner:* Ich bin kein Pazifist – wir haben unsere Demokratie nur, weil Nazi-Deutschland von den Alliierten militärisch besiegt worden ist. Und trotzdem halte ich es für ungehörig, dass Leute wie Rolf Mützenich als Putin-Freunde oder Appeasement-Politiker denunziert werden, nur weil sie auf eine friedliche Lösung aus sind. Und ich glaube, die Bevölkerung sieht das mehrheitlich ganz genauso.

*Kosmehl:* Eine Sache, die Sie außer Acht lassen, ist der Zeitfaktor. Die Ukraine hat eben nicht viel Zeit. Herr Stegner, Sie haben ja selbst geschildert, was dieser Abnutzungskrieg bedeutet. Und „Besonnenheit“ ist ein Wort, das so positiv klingt. Ich könnte aber genauso gut sagen: Diese Zurückhaltung ist exakt das falsche Signal, weil es die furchtbare Situation der Ukraine verlängert. Und was einen möglichen Einsatz von russischen

Atomwaffen angeht, müssten ja auch die russischen Truppen auf solch einen taktischen Nuklearschlag vorbereitet sein. Das kann ich allerdings nicht erkennen.

**Vor kurzem haben die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Ukraine offiziell begonnen. Dabei ist das Land in einen Krieg verwickelt, und die Wirtschaft liegt am Boden. Ist es da nicht reine Symbolpolitik, jetzt über einen EU-Beitritt zu verhandeln?**

*Kosmehl:* Ich sehe das nicht als Symbolpolitik. Vielmehr hat es dahingehend eine Kehrtwende in der EU gegeben, nicht mehr künstlich zu unterscheiden zwischen Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. Und es spielt natürlich eine Rolle, dass es sich als unrealistisch erwiesen hat, Stabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft ohne eine Einbindung in die Strukturen der EU haben zu können. Erweiterung hat nun auch eine sicherheitspolitische Perspektive. Was die Wirtschaft in der Ukraine angeht, ist klar, dass die Ukraine ein Problem geringer Produktivität gehabt hat. Aber sie verfügt gleichzeitig über Schlüssel-sektoren wie Informationstechnologie oder Landwirtschaft mit hoher Produktivität. Und sie hat Potenziale im Maschinenbau, in der Elektronik, in alternativen Energien wie Wind und Solar. Außerdem verfügt sie über Seltene Erden. Die Ukraine könnte also einen wirtschaftlichen Aufholprozess schaffen nach dem Vorbild von Ländern wie Rumänien, Ungarn oder Polen. Natürlich unter anderen Bedingungen. Und nur bei Sicherheitsgarantien.

**Herr Stegner, wann könnte die Ukraine frühestens Teil der EU sein?**

*Stegner:* Ich verstehe, dass man solche Signale geben will. Und ich bin sicher, dass Teil einer Friedenslösung immer auch Sicherheitsgarantien sein müssen. Das vorweg. Ich halte aber überhaupt nichts davon, Versprechungen zu machen, die man nicht einhalten kann. Wir haben den Westbalkanländern vor mehr als zehn Jahren versprochen, dass sie in die EU kommen. Das ist nicht passiert. Und da sind Länder dabei, die viel

A portrait of Ralf Stegner, a German politician, wearing a dark blue suit jacket over a light blue checkered shirt and glasses. He is gesturing with his hands while speaking. The background is a solid green color.

**Ralf Stegner**  
ist seit 2021 Mitglied  
des Bundestags  
und vertritt dort  
den Wahlkreis  
Pinneberg. Zuvor  
war er von 2003 bis  
2005 Finanzminister  
und von 2005 bis  
2008 Innenminister  
des Landes  
Schleswig-Holstein.  
Er ist Mitglied  
des Auswärtigen  
Ausschusses und  
gehört der SPD an.

näher an der EU sind als die Ukraine. Ein Nato-Beitritt ist übrigens noch weiter entfernt, weil die Aufnahmebedingungen noch komplizierter sind. Dahingehend Versprechungen zu machen, wird dazu führen, dass es Enttäuschung über den Westen gibt. Ich finde diese Art von Symbolpolitik gefährlich, weil man Hoffnungen schürt, die sich am Ende nicht erfüllen lassen.

**Herr Kiesewetter, aus Ihrer Sicht ist eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato – Zitat – „für unsere Sicherheit essenziell und nicht verhandelbar“. Haben die Nato-Pläne für die Ukraine nicht umgekehrt überhaupt erst dazu geführt, dass Russland dort einmarschiert ist? Immerhin gibt es ernst zu nehmende Stimmen, die behaupten, Putin habe sich eine Pufferzone in der Ostukraine schaffen wollen.**

*Kiesewetter:* Dieses Denken in Pufferzonen ist nicht nur in Russland verbreitet, das gab es auch bei uns in der



sicherheitspolitischen Debatte. Egon Bahr hat noch im Jahr 2014 gesagt, die Ukraine könne nie ganz Westen oder ganz Osten sein, sondern immer dazwischen. Herr Stegner, was für konkrete Versprechungen wollen wir der Ukraine denn machen? Dieses Land stellt sich gerade der zweitstärksten Militärmacht der Welt entgegen, es will in die Europäische Union, will in die Nato. Und wir sollen jetzt also sagen, dass das ein irreales Versprechen ist? Auf diese Weise produzieren wir doch nur Flucht, weil die Nato die einzige Sicherheit für das Land ist. Russland macht ja eines ganz perfide: Die allermeisten Kriegshandlungen richten sich gegen Schulen, gegen Krankenhäuser, gegen Wohnblöcke, gegen Kirchen, gegen Kultureinrichtungen, gegen Kindergärten und die Infrastruktur. Das zerstört den Zusammenhalt der Gesellschaft. Hinzu kommt, dass mehr als vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer inzwischen nach Europa gegangen sind, weil sie nicht wissen, wie es für sie in ihrer Heimat weitergeht. Kurzum: Wenn die Ukraine nicht die Perspektive hat, Teil der Europäischen Union zu werden und langfristig Sicherheitsgarantien auf dem Niveau einer Nato-Mitgliedschaft zu bekommen, dann wird die Ukraine zerfallen, weil die eigene Bevölkerung dieser Zukunft nicht traut.

**Herr Stegner, wie ist es denn um die Solidarität der Deutschen mit geflüchteten Ukrainern und insbesondere Ukrainerinnen hierzulande bestellt? Die Beschäftigungsquoten sind im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr niedrig. Und dass Ukrainer direkt ins Bürgergeld kommen, dürfte auch bei etlichen SPD-Wählern nicht so gut ankommen. War die Sache mit dem Sofort-Bürgergeld ein Fehler? Wie soll es jetzt weitergehen, ohne in eine Neidebatte zu verfallen?**

*Stegner:* Dass wir beim Flüchtlingsthema generell etwas tun müssen, ist unstrittig. Was die Ukrainer angeht, war es allerdings in der Kriegssituation völlig vernünftig zu sagen: Wir helfen euch sofort; wir zahlen Bürgergeld, damit die Kommunen das nicht übernehmen müssen. Also letztlich auch, um zu

vermeiden, dass die öffentliche Meinung sich gegen sie kehrt. Der Vorschlag von Alexander Dobrindt, Ukrainer zurückzuschicken, wenn sie in Deutschland nicht arbeiten, ist wirklich an Schäbigkeit nicht zu überbieten. Das erkennt man auch an den begeisterten Reaktionen im Wagenknecht-Lager und bei den Rechtsradikalen. Schauen Sie doch nur auf die Umfragen in manchen ostdeutschen Ländern, wo AfD und das Wagenknecht-Bündnis gemeinsam mitunter auf mehr als 50 Prozent kommen. Das ist das Ergebnis, wenn man Ressentiments schürt. Wenn wir soziale Sicherheit gegen äußere Sicherheit ausspielen, gewinnen immer nur die Populisten.

**Herr Kiesewetter, wie erklären Sie es den deutschen Steuerzahlern, dass fahnenflüchtige Ukrainer in Deutschland Anspruch auf Bürgergeld haben? Während wir gleichzeitig den ukrainischen Abwehrkampf mit Milliardenbeträgen unterstützen.**

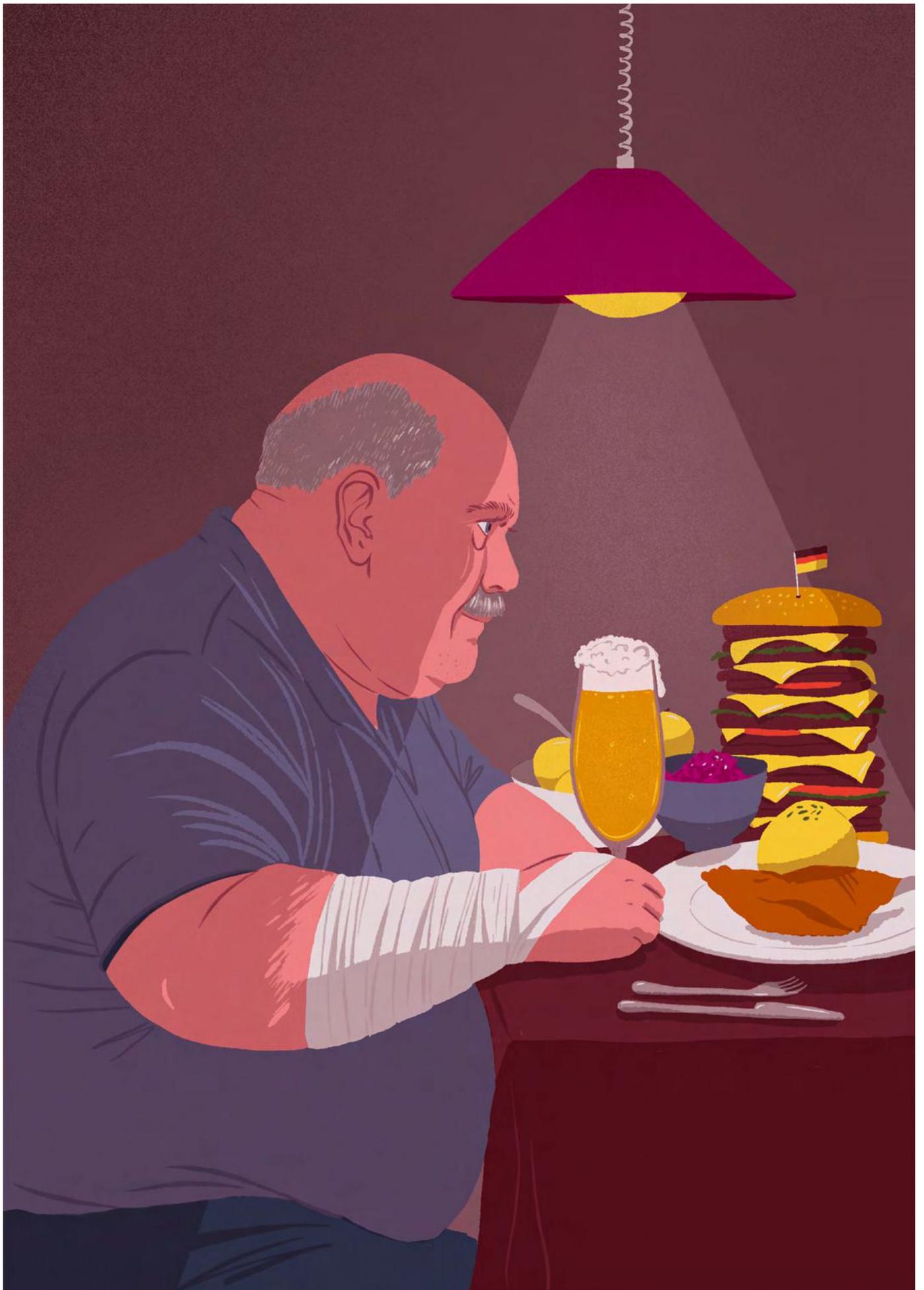
**„Es ist Putins Ziel, radikalen Parteien hierzulande Aufwind zu verschaffen“**

MIRIAM KOSMEHL

*Kiesewetter:* Fahnenflüchtig wären sie nur, wenn sie die Armee im Krieg verlassen hätten und hierhergekommen wären. Das ist eher die Ausnahme. Aber es gibt in der Tat hierzulande etliche Ukrainer, die sich dem Militärdienst entziehen. Deshalb ist es ganz wichtig, dass Kiew wehrfähigen Auslandsukrainern per Gesetz die Chance gibt, zumindest im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zu dienen. Das machen vor Ort ja auch Frauen, die ihre Kinder täglich zur Schule bringen. Die fegen die Scherben weg. Es gibt auch Versehrte, die versuchen mitzuhelfen. Insofern kann ich mir durchaus vorstellen, dass wir sagen: Diejenigen Ukrainer, die nach der russischen Invasion 2022 nach Deutschland gekommen sind, um sich dem Wehrdienst zu entziehen, sollten faire Anreize erhalten, zumindest bei der zivilen Verteidigung zu helfen oder sich anderweitig einzubringen – gleichzeitig sichern wir Ausrüstung und Ausbildung.

**Frau Kosmehl, schürt CSU-Landesgruppenchef Dobrindt generell Ressentiments gegenüber ukrainischen Flüchtlingen, wenn er fordert, arbeitslose Ukrainer abzuschieben? Sind solche Sätze am Ende Wasser auf die Mühlen von Putin?**

*Kosmehl:* Selbstverständlich. Zumal vor dem Hintergrund, dass Russland einen hybriden Krieg gegen uns führt, bei dem die Instrumentalisierung von Migration eine ganz große Rolle spielt. Es ist ja Putins Ziel, radikalen und rechtspopulistischen Parteien hierzulande Aufwind zu verschaffen. Und Dobrindt spielt ihm in die Hände mit seinem vermeintlichen Problemlösen. Was viele nicht wissen: Die Generation, die in den 1990er Jahren in der Ukraine geboren wurde, wollte man eigentlich schützen – ganz einfach, weil diese Alterskohorte relativ klein ist. Deshalb waren sie bis zur Altersgrenze von 27 Jahren grundsätzlich von der Wehrpflicht befreit. Das hat man jetzt im Krieg und wegen des Mangels an Soldatinnen und Soldaten auf 25 Jahre herabgesetzt. Viele dieser Männer, über die wir reden, waren also gar nicht wehrpflichtig und konnten insofern gar nicht in die Situation kommen, fahnenflüchtig zu sein. ●





KAPITAL

Um die deutsche  
Wirtschaft vor dem  
Niedergang zu  
bewahren, wären  
radikale Reformen  
notwendig.

Von  
THOMAS  
MAYER

Illustrationen  
MARIE  
WOLF

# Agenda 2030 – eine Utopie



**D**ie deutsche Wirtschaft fährt gegen die Wand. Wahrscheinlich ist das nicht zu ändern. Sagt der Ökonom in mir, der Praktiker der „dismal science“, der „düsteren Wissenschaft“, wie Thomas Carlyle sie nannte. Politiker wüssten, was sie tun müssten, aber nicht, wie sie dann wiedergewählt würden, klagte der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Heute scheinen sie nicht mal mehr zu wissen, was zu tun wäre. „Du hast keine Chance“, sagt der Atlantikschwimmer in Herbert Achternbuschs Film. Und stürzt sich in die Fluten mit den Worten „aber nutze sie“. Nutzen wir unsere Chancenlosigkeit also für eine Utopie: Wie müsste eine „Agenda 2030“ aussehen, die das Land auf die Beine bringt, wie es die „Agenda 2010“ schon einmal geschafft hat?

Damals, im Jahr 2002, war Deutschland der „kranke Mann Europas“, mit hoher Arbeitslosigkeit und schwachem Wirtschaftswachstum, die auf einen verharzten Arbeitsmarkt, einen wuchernden Sozialstaat und ein dysfunktionales Steuersystem zurückzuführen waren. Die Regierung Gerhard Schröders machte den Arbeitsmarkt geschmeidiger, stützte den Sozialstaat und senkte die Steuern. Das Ergebnis war ein kleines Wirtschaftswunder.

**20 JAHRE SPÄTER** herrscht zwar Fachkräftemangel, doch der Sozialstaat ist noch fetter. Das Steuersystem ist mindestens so dysfunktional wie damals, das Bildungssystem steckt in der Krise, die Zuwanderung ist außer Kontrolle, die öffentliche Infrastruktur marode, im Euro-Raum bahnt sich eine weitere Staatsschuldenkrise an, die Welt ist feindlicher und das Land unfähig, sich zu verteidigen. Keine Frage: Die Lage ist vertrackter. Eine Agenda 2030 müsste daher deutlich umfangreicher sein und schnell kommen.

Wenn so viel im Argen liegt, ist die erste Frage: Wo sollen die Aufräumarbeiten bloß beginnen? Die Antwort ergibt sich aus der Erkenntnis, dass der fette Sozialstaat die Wirtschaft erdrückt und damit den Ast absägt, auf dem er eigentlich sitzen will. Eine Schlankheitskur würde ihn auf seinen Kern beschränken, die Wirtschaft entlasten und ihn wieder bezahlbar machen. Jede Diät

## **Der fette Sozialstaat erdrückt die Wirtschaft und sägt den Ast ab, auf dem er eigentlich sitzen will**

braucht ein Konzept. Hier heißt es: Eigenverantwortlichkeit zum Prinzip zu erheben und Hilfe auf Nothilfe in unverschuldeten Härtefällen zurückzustufen. Der Dschungel der Sozialtransfers muss gerodet und durch eine einheitliche, das Existenzminimum sichernde „Sozialhilfe“ ersetzt werden. Und zwar für alle, vom Asylbewerber über die Arbeitsunfähigen bis zum Rentner. Der Sozialstaat sorgt dafür, dass sie essen, trinken, wohnen und sich kleiden können. Hinzu kommt ein kleines Taschengeld

für persönliche Bedürfnisse. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Beim Schreiben dieser Zeilen wappne ich mich für den Shitstorm, den ich auf mich ziehen werde. Zu meiner Verteidigung führe ich an, dass diese Dimensionierung des Sozialstaats nicht auf meinem Mist gewachsen ist, sondern von Ludwig Erhard stammt. Das zwölfte Kapitel seines Buches „Wohlstand für alle“

trägt die Überschrift „Versorgungsstaat – der moderne Wahn“. Dort warnt er davor, dem Einzelnen die Selbstvorsorge und Eigenverantwortung durch staatliche Versicherung abzunehmen. „Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie Feuer und Wasser.“ Die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die um sich greifende Kollektivierung der Lebensplanung, die weitgehende Entmündigung des Einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Kollektiv oder Staat führten schlussendlich zum „sozialen Untertan“. Der könne sich zwar über die bevormundende Garantie seiner materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat freuen, erlebe aber auch die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit. „Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen.“

Was Erhard schon 1957 aufstieß, verursacht heute Magengeschwüre. Damals gab es keine Antibabypille, und die Leute bekamen noch Kinder. Das ist heute anders. Nach Prognosen der Weltbank wird die Zahl der deutschen Erwerbsbevölkerung (definiert als Menschen im Alter von 15 bis 65 Jahren) zwischen 2020 und 2030 um 7 Prozent schrumpfen. Dagegen wird die Zahl der Rentner (Personen im Alter von 65 Jahren und mehr) um 20 Prozent steigen. Konnten sich im

Jahr 2020 noch drei Erwerbspersonen die Versorgung eines Rentners teilen, werden es 2030 nur noch zwei sein. Die zwei müssten um die Hälfte produktiver werden, um so viel zu leisten wie früher drei. Doch seit sieben Jahren fällt die Produktivität pro Kopf ohne Aussicht auf Besserung. Renten und Beamtenpensionen werden in ihrer heutigen Form bald nicht mehr bezahlbar sein und müssen abgespeckt werden: weniger ab einem höheren Alter.

„POLITISCH VERFOLGTE genießen Asylrecht“, heißt es in Artikel 16a, Absatz 1 des Grundgesetzes. „Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist“, heißt es in Absatz 2. Zu Erhards Zeiten schloss der Ostblock seine Bürger ein. Reisemöglichkeiten von Westasien und Afrika nach Europa waren dünn gesät und teuer. Nur wenige schafften es, unter Berufung auf Artikel 16a nach Deutschland zu kommen.

Mit der Globalisierung hat sich das geändert. Eine neue Völkerwanderung ist im Gange. Die Mühseligen und Beladenen der Welt zieht es nach Europa, wo der deutsche Sozialstaat sie besonders erquickt. Das überfordert ihn. Wir schaffen es nicht. Es wäre dringend nötig, die Migrationspolitik wieder mit dem Grundgesetz in Einklang zu bringen. Wer in Deutschland Arbeit findet und produktiver ist als der deutsche Durchschnitt, ist willkommen. Wer nachweisen kann, dass er politisch verfolgt wird, dem wird geholfen. Mehr kann sich der Sozialstaat nicht leisten. Um ihn zu schützen, müssen (leider) wieder die Grenzen kontrolliert werden, solange das europäische Asylregime nicht funktioniert.

Grundversorgung muss als Prinzip auch bei der öffentlichen Kranken- und Arbeitslosenversicherung wieder gelten. Wer mehr will, sollte privat vorsorgen. Dafür gibt es schon private Krankenversicherungen. Und die Gewerkschaften könnten sich nicht nur um ihre Streikkassen, sondern auch um eine über die Grundversorgung hinausgehende Arbeitslosenversicherung kümmern.

mehr als 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Dabei gehören die Deutschen zu den reichsten Völkern der Welt, und der Arbeitsmarkt brummt. Doch das wird nicht so bleiben, wenn der fette Sozialstaat der öffentlichen Hand weniger als 5 Prozent des BIP für Investitionsausgaben übrig lässt.

Werden die durch die Schlankheitskur des Sozialstaats freikommenden Mittel zur Reform des Steuersystems – mit Absenkung der Last und Entschlackung der Vorschriften – eingesetzt, stärkt dies die Wachstumskräfte. Aber das wird nicht reichen. Die Wirtschaft erstickt an der Staatsbürokratie. Diese muss ebenso kräftig gestutzt werden. Dafür muss die Politik zu den Wurzeln erhardischer Ordnungspolitik zurückkehren.

**DAS GRUNDÜBEL** des Selbstverständnisses heutiger Politiker ist, dass sie meinen, sie hätten von den Wählern einen Auftrag zur „Gestaltung“ bekommen: der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Lebens der Bürger. Zur Durchführung dieses Auftrags entwickeln sie mit eilfertigen „Experten“ detaillierte Vorschriften für alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche. Zur Umsetzung und Überwachung schaffen sie ein Bürokratiemonster und überlasten das Rechtssystem. Die Gängelung erzeugt Frust, aus dem findige Politikunternehmer

das Geschäftsmodell des wider das System wetternden Volkstribuns entwickeln. „Macht kaputt, was euch kaputt macht“, skandierten die 68er. Ihren im „Establishment“ angekommenen Nachfahren schallt nun das Echo der „Populisten“ entgegen: „Altparteien!“, „Lügenpresse!“ und: „Wir sind das Volk!“

Notwendig ist daher eine Neuauflage der Ordnungspolitik, die darin besteht, Regeln aufzustellen, die allen die Verfolgung ihrer Ziele erlauben, solange dies nicht die Freiheit anderer beeinträchtigt.



Die Abspeckung des Sozialstaats setzt Mittel frei, die zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen sowie zu öffentlichen Investitionen verwendet werden können. Das ist nicht wenig. 46 Prozent der Ausgaben allein des Bundes, also rund 218 Milliarden Euro, sind dieses Jahr für die soziale Sicherung, Familie und Jugend und die Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Dazu kommen die Sozialausgaben der Länder, Gemeinden und „Sozialversicherungsträger“. Laut OECD machen deutsche Sozialausgaben





Solche Regeln sind abstrakt und negativ formuliert, sodass alles erlaubt ist, was nicht verboten ist. So wird die Verfolgung individueller wirtschaftlicher Ziele, wie schon von Adam Smith genial beschrieben, zum „Positivsummenspiel“:

„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, des Brauers oder des Bäckers erwarten wir unser Abendessen, sondern von ihrer Rücksicht auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Menschlichkeit, sondern an ihre Eigenliebe, und sprechen mit ihnen nie über unsere eigenen Bedürfnisse, sondern über ihre Vorteile. Niemand außer einem Bettler scheut sich, sich hauptsächlich auf das Wohlwollen seiner Mitbürger zu verlassen. Selbst ein Bettler ist nicht völlig davon abhängig. Die Wohltätigkeit wohlgesinnter Menschen versorgt ihn zwar mit dem gesamten Fonds seines Lebensunterhalts. Aber obwohl dieses Prinzip ihn letztlich mit allen lebensnotwendigen Dingen versorgt, die er braucht, kann es ihn nicht so versorgen, wie er sie braucht. Der größte Teil seines gelegentlichen Bedarfs wird auf dieselbe Weise gedeckt wie der anderer Menschen: durch Verträge, durch Tausch und durch Kauf. Mit dem Geld, das ein Mensch ihm gibt, kauft er Nahrung. Die alten Kleider, die ihm ein anderer schenkt, tauscht er gegen andere alte Kleider, die ihm besser passen, oder gegen Unterkunft, oder gegen Nahrung, oder gegen Geld, mit dem er je nach Gelegenheit entweder Nahrung, Kleider oder Unterkunft kaufen kann.“

**ORDNUNGSPOLITIK** ist die für eine funktionierende Wirtschaft notwendige geistige Infrastruktur. Darüber hinaus braucht es aber auch physische Infrastruktur, von den Straßen bis zur Bildung. Wo möglich, sollte diese von der Privatwirtschaft, wo nötig, muss sie vom Staat hergestellt werden. Die Demarkationslinie zwischen

beiden kann dort gezogen werden, wo die Zahlungsbereitschaft der Konsumenten fehlt, weil das Gut allen zugutekommt, wo die Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern nur schwer oder überhaupt nicht möglich ist und wo der Nutzen mit steigendem Konsum größer wird. Saubere Luft ist ein Beispiel für die erste, öffentliche Sicherheit für die zweite und Bildung für die dritte Kategorie. Der Staat

## Die Bundesregierung verschleppt die Aufstellung einer Bilanz nach den Regeln der doppelten Buchführung

ist gefragt, indem er Luftverschmutzung besteuert oder verbietet, öffentliche Sicherheit für alle gewährleistet und durch ein Basisangebot an Bildung die Nachfrage nach mehr Bildung anregt (die auch von konkurrierenden privaten Anbietern befriedigt werden kann).

Ein besonders vernachlässigter Teilbereich der öffentlichen Sicherheit ist die Verteidigung gegen Aggression von außen. Wenn du Frieden willst, rüste für den Krieg, wussten schon die Römer.

Aufrüstung im Rahmen der Nato ist daher das Gebot der Stunde. Dazu gehört auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Dabei können und sollen die Wehrpflichtigen nicht die Berufssoldaten ersetzen, sondern deren Kampfkraft ergänzen und – vor allem – die Wehrhaftigkeit der Bevölkerung stärken.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind gewaltig. Steuererhöhungen zu ihrer Finanzierung sind der falsche Weg. Bleiben also nur Verschuldung oder Einsparungen. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Politiker der roten und grünen Parteien eine Abschaffung der Schuldenbremse fordern. Aus ökonomischer Sicht ist die Schuldenbremse kein intelligentes Instrument, um die Politik dazu zu bringen, den Staat nicht finanziell zu ruinieren. Der Königsweg wäre die Aufstellung einer Bilanz nach den Regeln der doppelten statt der veralteten „kammalistischen“ Buchführung. Solange die staatlichen Aktiva die Schulden übersteigen – und der Staat ein angemessenes Nettovermögen aufweist –, könnten Investitionen auch durch Neuverschuldung finanziert werden.

Doch die Bundesregierung verschleppt die Einführung einer ordentlichen Bilanzierung seit Jahren. Ein Grund dafür könnte sein, dass erste Versuche in ein paar Bundesländern schlecht ausfielen. Für die Testkandidaten wurden negative Nettovermögen ermittelt.

Der zweite Grund könnte sein, dass der Bund noch viel schlechter abschneiden würde als die schon unterkapitalisierten Länder, die deutlich mehr Aktiva in Form von Ländereien, Gebäuden und Beteiligungen an Firmen besitzen. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds betrug das Nettovermögen des Bundes im Jahr 2021 minus 1,1 Billionen Euro, das des gesamten deutschen Staates minus 130 Milliarden Euro.



Solange die Überschuldung des Staates andauert, gibt es keinen guten Grund, die Schuldenbremse abzuschaffen. Ökonomisch mag sie fragwürdig sein, politisch-ökonomisch ist sie jedoch unverzichtbar. Denn sie zwingt die Politiker, ihre Ausgabenwünsche an die wirtschaftliche Realität anzupassen. Was für jeden Bürger gilt, muss auch für unsere dienstwagenverwöhnte Politikerkaste gelten.

**EINE AGENDA 2030** wäre nicht vollständig, wenn sie nicht eine Reform der Europäischen Währungsunion miteinbezüge. Ursprünglich sollte der Euro nach dem Vorbild der D-Mark als harte Währung mit einer unabhängigen Zentralbank und soliden Staatsfinanzen der Teilnehmerländer aufgestellt werden. Dieses Modell ist gescheitert. Die Europäische Zentralbank hat sich zum Kreditgeber der letzten Instanz für Eurostaaten gewandelt, die aufgrund ihrer maroden Finanzen den Zugang zum Finanzmarkt verloren haben. Die fiskalpolitischen Aufnahmekriterien wurden teilweise umgangen, der Stabilitätspakt wurde aufgeweicht.

Frankreich hat sich um den Pakt nie gekümmert – im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2023 betrug das Haushaltsdefizit des französischen Staates 4,2 statt der maximal erlaubten 3,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und Italien konnte ihn trotz Anstrengung nicht einhalten – sein Haushaltsdefizit betrug in dieser Zeit 3,8 Prozent. Nur Deutschland gab den Musterschüler – mit einem durchschnittlichen Defizit von 1,4 Prozent. Viele Politiker begreifen nicht, dass Deutschland damit den Euro auf fiskalischer Seite verankert hat.

In Frankreich und Italien werden die Schulden wohl auch in Zukunft unbremst weiter steigen, und in Deutschland wird von neunmalklugen Ökonomen und kurzfristigen Politikern an der Schuldenbremse gesägt. Statt in die

Fußstapfen der D-Mark ist der Euro in die Fußstapfen der italienischen Lira getreten. Die italienische Währung wurde durch hemmungslose Staatsverschuldung heruntergewirtschaftet. Vom Zerfall des Bretton-Woods-Währungssystems im Jahr 1971 bis zum Eintritt in den Euro stieg der Wert der D-Mark in Lira gerechnet um mehr als das Fünffache.

## Die Schaffung einer digitalen Zentralbankwährung sollte man zur Absicherung und Härtung des Euros nutzen

Die bevorstehende Schaffung einer digitalen Zentralbankwährung sollte man zur Absicherung und Härtung des Euros nutzen. Der erste Schritt wäre die Schaffung einer Bankeinlage, die vollständig durch Zentralbankgeld gedeckt ist. Wenn die angemessene Geldmenge erreicht ist, würde die Zentralbank das Volumen der sicheren Einlage einfrieren und es dem Markt überlassen, den Wechselkurs zwischen dieser und den normalen Bankeinlagen zu bestimmen. Sichere Einlagen sollten auf der Bilanz der EZB konsolidiert und mittels

Distributed-Ledger-Technologie transferierbar gemacht werden.

Staatsanleihen würden als Deckungsstock für Papiergeld und den digitalen Euro auf der Bilanz der EZB festgelegt. Dadurch würde sich die am Markt ausstehende Staatsverschuldung im Euroraum von rund 87 Prozent auf schätzungsweise 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verringern. Die Fiskalpolitik könnte weiter zur wirtschaftlichen Stabilisierung eingesetzt werden, aber die Regierungen müssten die langfristige Tragfähigkeit der Schulden sicherstellen. Die Zentralbank würde nicht als Kreditgeber der letzten Instanz für die Regierungen fungieren, da Zahlungsausfälle von Staaten im Vergleich zum bestehenden System besser zu bewältigen wären. Die Seigniorage, der Gewinn aus der Geldschöpfung, würde aus einem stetigen Anstieg der Geldmenge abgeleitet und den Nutzern (statt des Staates) als Gelddividende ausgezahlt. Wettbewerb zwischen der öffentlichen Papier- und Digitalwährung und privatem Geld (wie dem Kreditgeld der Banken oder privaten Kryptowährungen) würde sicherstellen, dass die Gewinne aus der Geldschöpfung begrenzt bleiben.

Auf der von Thomas Morus beschriebenen Insel Utopia sind alle Menschen gleich und ordnen sich gern dem gesellschaftlichen Interesse unter. Privateigentum und Geldwirtschaft sind die Wurzel allen Übels und daher abgeschafft. Wie wir heute wissen, schafft diese Utopie die Hölle auf Erden. Die hier skizzierte Agenda 2030 ist eine Gegenutopie. Den Himmel auf Erden kann sie jedoch nicht versprechen.



**THOMAS MAYER** ist Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute.



DANIEL STELTER  
SAGT IHNEN ...

# Wohin mit Ihrem Geld?



## Wetten auf ein Wunder

**N**och vor zwei Jahren war der US-amerikanische Chiphersteller Nvidia an der Börse mit 400 Milliarden Dollar bewertet. Heute ist das Unternehmen mehr als drei Billionen Dollar wert und damit das wertvollste Unternehmen der Welt.

Eine Aktie, die schon vor zwei Jahren hoch bewertet wurde, wird heute noch viel höher bewertet. Und mit ihr der ganze Markt. Gut 20 Prozent des Kursanstiegs des amerikanischen S&P 500 Index seit Oktober 2023 ist allein auf die Kursexplosion bei Nvidia zurückzuführen. Rechnet man die Zuwächse weiterer Chipanbieter wie Broadcom und Qualcomm hinzu, steht der Sektor für fast ein Drittel der

Kursgewinne in dem amerikanischen Leitindex.

Die Börse wettet also darauf, dass die Revolution der Künstlichen Intelligenz den Anbietern der erforderlichen Infrastruktur fantastische Gewinne bereiten wird. Ähnlich wie bei den Verkäufern von Schaufeln während des Goldrauschs in Kalifornien 1849, die meist mehr profitierten als die Goldsucher selbst, könnte es auch diesmal so sein, dass die Unternehmen, die die Technik liefern, mehr damit verdienen als jene, die sie nutzen.

Deshalb macht es zumindest stutzig, dass auch die größten Kunden von Nvidia und Co. so an der Börse zugelegt haben: Weitere 25 Prozent der Kursgewinne seit Oktober gehen auf das Konto der Fab Five (Microsoft, Alphabet, Amazon, Apple und Meta). Und auch die sind alle mehr oder weniger stark auf das Versprechen derselben Technologie zurückzuführen, die Nvidia und den Halbleiterunternehmen Auftrieb gegeben hat: Künstliche Intelligenz, kurz KI.

Allen Aktien ist gemein, dass die Gewinne zwar gestiegen sind, vor allem aber die Bewertungen deutlich zugelegt haben. Die Börse erwartet also, dass sowohl die Lieferanten der Schaufeln wie auch die Goldgräber in Zukunft deutlich höhere Gewinne machen. Zugegeben, der Vergleich hinkt, ist doch die Entwicklung der Software ein deutlich planbareres Geschäft als das Auffinden von Goldnuggets in Bergbächen.

Dies ändert aber nichts daran, dass man bezweifeln muss, dass die Rechnung aufgeht. Zum einen sind die Umsätze der einen die Kosten der anderen. Zum anderen werden nicht alle Anbieter von Künstlicher Intelligenz überleben. Und selbst wenn der Markt sich konsolidiert, dürften die Margen unter Druck geraten. Spätestens dann sinkt die Nachfrage nach Schaufeln und der Markt für Gebrauchschaufeln wird überschwemmt.

Für diese Skepsis sprechen auch Studien, die aufzeigen, wie gering die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen

Produktivität – und damit letztlich das Gewinnpotenzial – aufgrund von Künstlicher Intelligenz ist.

Was bleibt, ist auf die vermutlichen Gewinner zu setzen. Während es noch völlig offen ist, welche KI-Anwendung sich durchsetzt und Gewinne erzielt, stehen die Chancen für Nvidia wohl nicht schlecht. Doch selbst das ist keine Garantie für Gewinne. Man denke nur an das Nvidia der 1990er Jahre: Cisco. Das unstrittig sehr erfolgreiche Unternehmen hat den Aktionären seit dem Höchststand im Jahr 2000 keine große Freude gemacht. Obwohl sich die Gewinne fast verfünffacht haben, liegt der Preis der Aktie noch immer rund 40 Prozent unter dem damaligen Niveau.

Sie wollen dennoch an dem Boom der Künstlichen Intelligenz verdienen? Dann kaufen Sie die ultimativen Schaufel-Lieferanten: die Stromerzeuger. Eine einzige Suchanfrage auf ChatGPT von OpenAI kann 50- bis 90-mal mehr Strom verbrauchen als eine herkömmliche Google-Suche. Goldman Sachs schätzt, dass allein in Europa der Strombedarf im Laufe des kommenden Jahrzehnts um über 40 bis 50 Prozent steigen könnte.

**DANIEL STELTER** ist Makroökonom, Strategieberater und Buchautor. Wöchentlich erscheint sein Podcast „beyond the obvious“. In Cicero schreibt er jeden Monat über das Thema Geldanlage.



# Der Chefaufklärer

CDU und CSU nehmen in einem Untersuchungsausschuss Habecks Atomkraft-Akten ins Visier. Der bayerische Bundestagsabgeordnete *Andreas Lenz* führt ihn als Obmann an.

Von DANIEL GRÄBER

**W**ie man den von der Unionsfraktion im Bundestag eingesetzten Untersuchungsausschuss zur Atomkraftentscheidung der Bundesregierung bewertet, hängt davon ab, wie man zu dieser Entscheidung steht. Denn die Hintergründe des monatelangen Ringens um das Schicksal der letzten deutschen Kernkraftwerke akribisch aufzuklären, ergibt nur dann Sinn, wenn man dessen Ergebnis für einen Fehler hält. Insofern ist Andreas Lenz der richtige Mann für diese Aufgabe.

„Ich habe den Beschluss zum vorgezogenen Ausstieg aus der Kernkraft 2011 falsch gefunden“, sagt der 43 Jahre alte CSU-Abgeordnete, der 2013 zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurde. „Es war nicht die glücklichste Entscheidung von Angela Merkel. Ich hielt es damals für Aktionismus, der eines seiner kurzfristigen Ziele, die Landtagswahl in Baden-Württemberg nicht zu verlieren, verfehlt hat.“

Dass CDU und CSU in Reaktion auf die von *Cicero* freigelegten Regierungsakten zur Atomkraftentscheidung von 2022 das schärfste Schwert der Opposition zücken, um noch mehr Akten zu bekommen, zeigt, dass man in der Fraktion mehrheitlich ähnlich denkt. Die Union will die Ära Merkel nicht nur in der Migrations-, sondern auch in der Energiepolitik überwinden.

Jens Spahn war einer derjenigen, die sich intern für den Untersuchungsausschuss starkgemacht hatten, nachdem unsere Titelgeschichte der Mai-Ausgabe über Anti-Atom-Manipulationen in Grünen-Ministerien für Furore gesorgt hatte. Friedrich Merz zögerte zunächst, war dann aber dafür. Doch in den Ausschuss selbst, darüber war man sich in der

Fraktionsführung einig, sollte niemand aus der ersten Reihe. Gesucht wurde jemand, der sich voll auf diese Aufgabe konzentrieren kann und der die Chance verdient, sich dadurch zu profilieren. Gefunden wurde Andreas Lenz.

Im Bundestagsausschuss für Klimaschutz und Energie beschäftigt sich Lenz schon lange mit energiepolitischen Themen. „Ich arbeite mich gerne in komplexe Dinge ein. Und die Energiethemata sind sehr komplex“, sagt Lenz, der vor seiner Karriere als Berufspolitiker eine Bankausbildung und ein betriebswirtschaftliches Studium absolviert hat.

Zur CSU kam er über die Kommunalpolitik, trat der Jungen Union bei und engagierte sich ehrenamtlich im Kreistag des oberbayerischen Landkreises Ebersberg. Als sich sein Wahlkreisvorgänger aus Altersgründen aus dem Bundestag zurückziehen wollte, kandidierte Lenz zum ersten Mal. Er war 32 Jahre alt und gewann das Direktmandat, was ihm seitdem zwei weitere Male gelungen ist.

**ALS OBMANN** der Unionsfraktion übernimmt Lenz im Untersuchungsausschuss die Rolle des Chefermittlers. Zur ersten Sitzung trafen sich die elf Mitglieder bereits Anfang Juli. Richtig los geht es nach der Sommerpause. Die Beweisangebote zielen auf die volle Breite. Neben den uns auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes zugänglich gemachten Akten des Wirtschafts- und Umweltministeriums sollen auch alle relevanten Unterlagen anderer Ministerien (inklusive Kanzleramt) und nachgeordneter Behörden wie der Bundesnetzagentur vorgelegt werden. Das verspricht detaillierte Einblicke in den koalitionsinternen Streit, ob die letzten deutschen

Kernkraftwerke trotz Ukrainekrieg und Energiekrise wirklich abgeschaltet werden sollten. Der Ausschuss kann zudem Zeugen laden, vom Beamten bis zum Bundeskanzler.

Doch was ist das Ziel dieses aufwendigen parlamentarischen Prozesses? „Im Zentrum steht die Frage: Wie und aufgrund welcher Faktengrundlage wurde die Entscheidung gegen eine längere Laufzeit getroffen? Andere Länder um uns herum hatten die Kraft, ihre Ausstiegsbeschlüsse zu revidieren“, sagt Lenz. „Warum ist das uns in Deutschland nicht gelungen, obwohl wir mit die sichersten Kernkraftwerke der Welt haben oder hatten?“

Den Vorwurf in Richtung der mitregierenden Grünen, sie hätten die Öffentlichkeit und ihre Koalitionspartner getäuscht und die Entscheidungsfindung mit Falschinformationen manipuliert, formuliert Lenz noch nicht in voller Gewissheit, sondern erst mal nur als Verdacht. „Wir stehen ganz am Anfang des Aufklärungsprozesses. Vielleicht gelingt es den Grünen und anderen involvierten Stellen ja auch, diesen Verdacht zu entkräften.“

Bei der Bevölkerung, da ist sich Lenz sicher, überwiegt inzwischen das Unverständnis über den deutschen Anti-Atomkurs. „Das erlebe ich zum Beispiel, wenn Schulklassen aus meinem Wahlkreis zu Besuch nach Berlin kommen. Erst jetzt im Juli fragte mich wieder ein Schüler: Warum haben wir unsere Atomkraftwerke stillgelegt?“ Lenz' Antwort: „Das werden wir herausfinden.“

**DANIEL GRÄBER** leitet das Ressort Kapital bei *Cicero*.



# Meister der Tomaten und Gewürze

Thomas Zeisner mischt mit seinem Unternehmen in der vierten Generation Saucen. Deutschlands frühester Ketchup-Hersteller exportiert sogar in die USA.

Von JOERG HELGE WAGNER

**K**etchup-König lässt er sich nicht gerne nennen. „Das habe ich als Schüler dauernd hören müssen“, sagt Thomas Zeisner, Inhaber des gleichnamigen Saucenherstellers in Grasberg bei Bremen. 1967, als sein Vater Günther das Unternehmen aus der Bremer Innenstadt auf einen Bauernhof im Umland verlegte, hatte Grundschüler Thomas noch ein anderes Problem: Außer „Ketchup-König“ verstand er nicht viel von dem, was seine Klassenkameraden sagten. Denn die sprachen Plattdeutsch wie die meisten Mitarbeiter in Vaters Saucenfabrik, meist ungelernete ehemalige Landwirtschaftshelfer.

Nach dem BWL-Studium in Münster war für Thomas Zeisner klar: „Bloß nichts mit Tomaten und Gewürzen!“ So landete er im 25 Kilometer entfernten Zeven im Management von Nordmilch, heute bekannt als Deutsches Milchkontor (DMK). Vielleicht wäre er dort geblieben, hätte seine Frau Patricia ihn nicht bedrängt, es mit dem Familienbetrieb doch wenigstens zu versuchen.

Längst habe er dieses „Ketchup-Grundrauschen im Bauch“, sagt der schlanke 63-Jährige in seinem großzügigen Büro mit Blick auf Wiesen und Weiden. Moderne schwarze Drehsessel und helles Wurzelholz dominieren – für die norddeutsche Tiefebene geradezu stylish. Hinter zwei mannshohen Schranktüren verbirgt sich eine Marotte des Chefs: zig Saucenflaschen aus diversen Ländern, in die auch Zeisner längst exportiert. Einen dritten Schrank befüllt Thomas Zeisner gerade: „Supermärkte anschauen ist mein heimliches Hobby“, gesteht er mit schelmischem Grinsen. Eigentlich geht es um Marktbeobachtung, denn Zeisner ist sein eigener Marketing-Chef. „Der

Wettbewerb im Foodbereich ist chilischarf“, sagt er, nun ganz ernst.

Urgroßvater Waldemar begann in Bremen 1902 mit dem Import von englischer Worcester-Sauce. „Doch bald tat er, was jeder gute hanseatische Kaufmann tut“, erzählt der Urenkel: „Er probierte aus, ob er das nicht selbst herstellen kann.“ Der gelernte Apotheker konnte. Sein Sohn stellte ab 1935 als Erster in Deutschland Ketchup her. Abnehmer hat man inzwischen sogar in den USA und Australien. Wichtigster Markt in Europa ist neben Norddeutschland die Frittenhochburg Belgien: „Da sind wir mit 25 Prozent Marktanteil die Nummer zwei“, sagt Zeisner. „Und in den USA sind wir seit 30 Jahren unter den Top 20.“

**DER SPRUNG INS MUTTERLAND** des Ketchups war eher Zufall als geplante Expansionsstrategie, räumt Zeisner ein. „Ein Importeur deutscher Lebensmittel aus San Francisco hatte einfach mal eine Palette bestellt, der suchte neue Lieferanten.“ Die nächste Charge war dann schon ein ganzer Container, rund 20000 Flaschen.

Fast 15 Millionen Euro Umsatz macht der Familienbetrieb im Jahr. Ein Drittel davon in Supermärkten und Einzelhandel, ein Drittel in Großhandel, Restaurants und Großküchen, der Rest des Umsatzes kommt von Lieferungen in 1100-Kilo-Containern an industrielle Kunden, vor allem Fertiggerichte-Hersteller.

Zeisner exportiert zwar über die Ozeane, ist aber ein kleines Unternehmen. Das Mixen der Gewürze übernimmt auf dem ehemaligen Heuboden mithilfe von computergesteuerten Waagen ein gelernter Koch. Laut und sehr warm ist es hier, doch es duftet auch

nach Curry, Paprika, Nelken, Sternanis. Alles ist durchgetaktet; zwei Mitarbeiter am Band greifen ein, wenn es irgendwo hakt. „Wir sind keine Manufaktur“, betont der Chef. Nicht mehr als 25 Menschen (inklusive Gärtner) halten den Betrieb am Laufen.

Die kleine Belegschaft ist eingespielt. Zeisner will deshalb gar nicht viel wachsen. Ansprechbar will er sein, auch für die beiden Azubis. Zweimal im Jahr führt er persönlich Mitarbeitergespräche. „Als Unternehmer muss man nicht nur auf seine Leute hören, sondern sie erst einmal zu Wort kommen lassen“, lautet sein Credo. Und: „Die beste Idee hat recht.“ Das gelte bei seinen wöchentlichen „Z-Meetings“ mit den Verantwortlichen für Betrieb, Verwaltung und Qualitätssicherung. Technikmessen etwa finde er „total spannend“, sagt Zeisner, aber bei der Anschaffung einer neuen Maschine habe der Betriebsleiter das letzte Wort.

Manches wiederum ist reine Geschmackssache, etwa Zeisners eigenes Lieblingsprodukt. „Die Ungarische Sauce“, kommt es wie aus der Spritzflasche, „dafür können Sie mich nachts wecken.“

JOERG HELGE WAGNER ist Wirtschaftsredakteur beim *Weser-Kurier* in Bremen.

## MYTHOS MITTELSTAND

Was hat Deutschland, was andere nicht haben? Den Mittelstand! Cicero stellt in jeder Ausgabe einen mittelständischen Unternehmer vor.

# Wenn es fürs Treppchen nicht mehr reicht

Von  
THOMAS DUDEK

Das Sportfördergesetz löst nicht die Strukturprobleme, unter denen Trainer und Athleten leiden. So wird das nichts mit Deutschlands Rückkehr an die Weltspitze.

**C**itius, altius, fortius – schneller, höher, stärker“ lautet die traditionelle Devise der Olympischen Spiele. Vorgeschlagen 1894, kurz vor den ersten Spielen der Neuzeit in Athen, und erstmals offiziell verwendet 1924 während der Olympischen Sommerspiele in Paris.

Nun, 100 Jahre später, findet in der französischen Hauptstadt erneut eine Sommerolympiade statt. Doch für viele der mehr als 400 deutschen Athleten, die vom 26. Juli an bei den Wettbewerben antreten werden, dürfte eher ein anderes Motto gelten, welches ebenfalls mit den Olympischen Spielen in Verbindung gebracht wird: „Dabei sein ist alles.“ Diesen Eindruck kann man jedenfalls gewinnen, wenn man sich die Ergebnisse deutscher Athleten bei den Großsportereignissen der vergangenen Jahre anschaut. Noch bei den Olympischen Spielen in Peking 2008 holten diese insgesamt 41 Medaillen, davon 16 goldene. Herauskam ein bemerkenswerter fünfter Platz im Medaillenspiegel. Bei den Spielen in Tokio, die wegen der Corona-Pandemie nicht 2020, sondern 2021 ausgetragen wurden, reichte es im Medaillenspiegel nur noch für den neunten Platz. Zehn Goldmedaillen waren für eine bessere Platzierung nicht ausreichend, obwohl

deutsche Athleten insgesamt 37 Medaillen holten und somit nur vier weniger als 2008 in Peking.

Der bisher absolute Tiefpunkt war jedoch bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft im vergangenen Jahr erreicht. Einige deutsche Athleten wie der Geher Christopher Linke haben bei den Wettkämpfen in Budapest zwar deutsche Rekorde aufgestellt, doch für den Sprung aufs Treppchen reichte es nicht. Es waren die ersten Weltmeisterschaften, bei denen deutsche Leichtathleten kein einziges Edelmetall gewinnen konnten. „Die Weltspitze hat sich signifikant weiterentwickelt. Selbst ein deutscher Rekord reicht nicht zur Medaille“, stellte damals Jörg Bügner, Sportdirektor beim Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV), ernüchtert fest und räumte ein, dass man in vielen Disziplinen den Anschluss an die Weltspitze verloren habe. „Die Weltspitze ist deutlich breiter geworden“, sagte damals DLV-Präsident Jürgen Kessing und verwies dabei auf den Medaillenspiegel. Bei den Weltmeisterschaften in Budapest haben sich 46 Länder in den Medaillenspiegel eingetragen.

Der enttäuschenden Bilanz ließ Kessing auch gleich eine Forderung an die Bundespolitik folgen. „Ich glaube, wir hatten mal einen Präsidenten, der sprach von einem Ruck, der durch Deutschland gehen muss“, sagte der Funktionär im vergangenen Sommer und erinnerte dabei an die gesellschaftliche Bedeutung des Breitensports, vor allem in Bezug auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Seine Schlussfolgerung, die mit dem Bund den Hauptförderer des deutschen Sports im Blick hatte: „Ich würde gerne die ein oder andere Milliarde in den Sport reinstecken.“

Doch so berechtigt Kessings Verweise auf die gesellschaftliche Rolle des Sports und die Nachwuchsarbeit auch sein mögen: Es ist fraglich, ob mehr Geld tatsächlich ein Garant für mehr Medaillen bei Olympischen Spielen oder Welt- und Europameisterschaften ist. „Wenn wir mit Steuerzahlermitteln viel Geld ausgeben, um den Sport zu fördern, muss am Ende auch etwas herauskommen“, sagte 2015 der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière. „So hart, wie es klingt: Medaillen und Spitzenplätze sind das Ziel der Spitzensportförderung. Am Ende der Operation sollen mehr Medaillen stehen als jetzt.“

De Maizière ist seit seinem Abschied aus der Bundespolitik 2018 pikanterweise Vorsitzender der Ethikkommission des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) und ließ den Worten auch Taten folgen. Seit 2015 steigen die Zuwendungen des Bundes für den Spitzensport fast kontinuierlich an. Während 2013 die olympischen Sportverbände noch mit 51,16 Millionen Euro gefördert wurden, waren es 2023 bereits 95,28 Millionen Euro. Insgesamt förderte im vergangenen Jahr das zuständige Bundesinnenministerium den Spitzensport mit 300 Millionen Euro. Womit die



öffentliche Förderung des Spitzensports jedoch nicht endet. Die Kommunen stellen die Sportstätten bereit, die Bundesländer organisieren den Schulsport, und Athletinnen und Athleten haben die Möglichkeit, bei der Polizei, dem Zoll oder der Bundeswehr den Leistungssport mit einem Job zu kombinieren.

**DIE SPORTFÖRDERUNG ZU REFORMIEREN**, wird seit 2016 versucht, zunächst mit der gescheiterten Leistungssportreform und seit 2021 mit dem von der Ampelkoalition geplanten und im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Sportfördergesetz, das die Finanzierung des Spitzensports gesetzlich absichern soll. Ein ambitioniertes Projekt, das ein klares Ziel hat: den deutschen Sport wieder an die Weltspitze zu führen.

Doch der am 1. März dieses Jahres vorgestellte 52-seitige Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums sorgte bei allen Beteiligten, die in den vergangenen zwei Jahren in unterschiedlichen Gruppen über das Gesetz diskutierten, für Kritik. So bemängelten die Bundesländer, dass die Verantwortung des Bundes für die Finanzierung des Spitzensports nicht festgeschrieben wurde. Eine Forderung, die nicht ohne Eigeninteresse ist, da die Leistungszentren auf alle Bundesländer verteilt sind. Und dies sogar nicht selten in einer Sportart. So ist die deutsche Ruder-Nationalmannschaft auf die Bundeszentren in Berlin, das benachbarte Potsdam, die Ruhrgebietsmetropolen Dortmund und Essen, Dresden, Frankfurt/Mainz, Hannover, Magdeburg, Potsdam, Ratzeburg/Hamburg sowie Rostock verteilt. Hinzukommen noch zwei Trainer bei der Bundespolizei.

Die größte Kritik am neuen Sportfördergesetz richtet sich jedoch gegen die im Gesetz vorgesehene Sportagentur in Form einer Stiftung. Genauer: die Zusammensetzung des Stiftungsrats, der zusammen mit einem Fachbeirat den zweiköpfigen hauptamtlichen Vorstand der Agentur unterstützen und überprüfen soll. Denn in diesem hätte laut dem bisherigen Entwurf das Bundesinnenministerium durch ein Vetorecht das letzte Wort bei der Vergabe von Fördermitteln an den Spitzensport, für welche die Sportagentur verantwortlich sein soll.

Ob solch eine Agentur bei dieser Konstruktion und dem daraus folgenden politischen Einfluss überhaupt unabhängig sein kann, wird vor allem vom DOSB bezweifelt. Als eine „herbe Enttäuschung“ bezeichnete der Dachverband den bisherigen Entwurf und warf dem Bund vor, dem Sport „Fesseln anzulegen“. Eine Kritik, die nicht unberechtigt ist, wenn es um die Zusammensetzung des Stiftungsrats und das Vetorecht durch das Bundesinnenministerium geht, die aber auch nicht ohne Eigeninteresse ist. Denn eine zentrale Rolle bei der Verteilung von Fördermitteln hatte bisher der



DOSB inne. In Zielvereinbarungsgesprächen mit den einzelnen Fachverbänden ermittelte dieser die jeweilige Fördersumme, die an das Bundesinnenministerium weitergeleitet und über das Bundesverwaltungsamt ausgezahlt wurde. Es ist also nicht nur die Unabhängigkeit des Sports, um die sich der DOSB durch den bisherigen Referentenentwurf Sorgen macht, sondern auch seine eigene Machtposition.

**DER REFERENTENENTWURF** des Bundesinnenministeriums folgt bei diesem Punkt der Kritik des Bundesrechnungshofs an der bisherigen Förderung des Spitzensports. Dieser bemängelt seit Jahren, dass der DOSB und die Fachverbände über die Vergabe von Steuermitteln entscheiden. Ein weiterer Kritikpunkt des Bundesrechnungshofs bezieht sich auf die hohe Anzahl von Leistungszentren, die der DOSB und die Fachverbände bisher nicht bereit waren zu schließen.

Bei der Machtfülle, die der DOSB bisher hatte, müssen sich er und die ihm angehörenden Dachverbände aber auch die Frage gefallen lassen, warum man nicht selbst einige Missstände im deutschen Sport beheben konnte. Wenn zum Beispiel bei den Leichtathletik-U-23-Europameisterschaften 2021 deutsche Athleten sechs Goldmedaillen und somit den zweiten Platz im Medaillenspiegel erringen, dann liegt es vielleicht nicht nur am fehlenden Geld, dass man bei der zwei Jahre darauf stattfindenden Weltmeisterschaft in Budapest ohne Edelmetall nach Hause gefahren ist. Sondern auch an den Strukturen und den Rahmenbedingungen, unter denen hauptamtliche Trainer und Athleten arbeiten müssen. Und daraus machen die Betroffenen auch keinen Hehl.

„Würdest du jungen Menschen raten, Trainer zu werden?“, lautet eine Frage an Alexander Schmidt, Olympiastützpunkttrainer der Ruderer in Berlin, in einem Steckbrief, mit dem sich dieser auf der Internetseite des Landesruderverbands Berlin vorstellt. Seine Antwort: „Nein, auf keinen Fall. Schlecht bezahlt, wenig Wertschätzung. In Deutschland ist Trainer zu sein eine Katastrophe.“

Und mit dieser Meinung steht Schmidt nicht alleine. Laut einer im Mai dieses Jahres durchgeführten Umfrage des Bundesverbands der Trainer/innen im deutschen Sport empfiehlt nur jeder fünfte Bundestrainer jüngeren Kollegen diesen Berufsweg. Wenig überraschend. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 50 bis 60 Stunden pro Woche. Der Lohn ist dennoch bescheiden. Das Durchschnittsgehalt beträgt 50 000 bis 55 000 Euro und liegt somit unter dem durchschnittlichen Einkommen eines Lehrers. Nicht gerade attraktiv machen den Trainerjob auch die Arbeitsverhältnisse. Wie die erwähnte Studie ergab, haben mehr als 50 Prozent der fast 900 Bundestrainer nur einen befristeten

beziehungsweise einen Kettenvertrag. Berufliche Planungssicherheit gibt es also kaum.

„Das sind Bedingungen, unter denen nicht nur die Trainer, sondern auch die Athleten – und somit der gesamte deutsche Spitzensport – leiden“, sagt Holger Hasse, Präsident des Berufsverbands für Trainer, gegenüber *Cicero*. „Es gibt Trainer, die lieber ins Ausland wechseln, weil sie da nicht nur bessere Arbeitsbedingungen finden, sondern je nach Sportart dort auch zum Teil erheblich höher für ihre Arbeit entlohnt werden“, so der langjährige Trainer der deutschen Badminton-Nationalmannschaft. „Noch höher ist aber der Anteil jener Kollegen, die in einen anderen Beruf wechseln. Weil sie da besser verdienen, ein sicheres Arbeitsverhältnis vorfinden oder weil sie schlicht mental erschöpft und ausgebrannt sind“, so Hasse.

Neu sind all jene Probleme nicht. Bereits 2017 veröffentlichte die Deutsche Sporthochschule eine Studie, die sich mit den Standortbedingungen und ihren Auswirkungen auf die Arbeitsmigration deutscher Trainer beschäftigt. Dabei kam heraus, dass nicht wenige das jährliche Durchschnittsgehalt nur durch mehrere Teilzeitjobs erreichen. Im Dezember 2019 hat die Mitgliederversammlung des DOSB ein Konzept zur Verbesserung der arbeitsvertraglichen Rahmenbedingungen von Trainern beschlossen. Dies wurde zwar auch vom Bundesinnenministerium auf seiner Webseite veröffentlicht, doch an der Umsetzung haperte es bisher.

„Dafür gibt es verschiedene Gründe. Entscheidend ist aber, dass es bislang am politischen Willen mangelte“, so Hasse. Dass sich durch das neue Sportförderungsgesetz eine rasche positive Veränderung ihrer Trainersituation erreichen lässt, glauben Hasse und andere Trainer nicht. Zumindest nicht in seiner bisherigen Form, obwohl man für das vorgeschlagene Tarifmodell für Trainer viel Zuspruch von Fachleuten erhielt. „Doch am Ende wird in dem Referentenentwurf weder die tarifliche Absicherung der Trainer noch die Verbesserung ihrer Arbeitssituation berücksichtigt“, sagt Hasse. Zudem befürchtet der Bundesverband der Trainer eine weitere Bürokratisierung des Sports sowie eine intransparente Vergabe von Fördermitteln.

Kritik am bisherigen Entwurf des Sportförderungsgesetzes gibt es auch seitens der Kaderathleten. Auch wenn man betont, dass man das Gesetz selbst grundsätzlich begrüßt, ebenso wie die Errichtung einer Sportagentur. „Es macht Sinn, wenn Führung und Förderung aus einer Hand kommen“, sagt Johannes Herber, Geschäftsführer des Vereins Athleten Deutschland. Die Spitzensportler kritisieren jedoch den Zuschnitt der Kontrollgremien der Agentur, insbesondere zwei Paragraphen des Sportförderungsgesetzes, in denen es um die Vertretung der Athleten im Stiftungsrat sowie dem Fachbeirat geht. Diese sehen vor,

## Die meisten Bundestrainer haben lange Arbeitswochen bei bescheidenem Gehalt

dass der DOSB die Athletenvertreter entsenden soll. Die Spitzensportler fordern hingegen, dass sie selbst darüber entscheiden, wer sie in diesen wichtigen Organen vertritt.

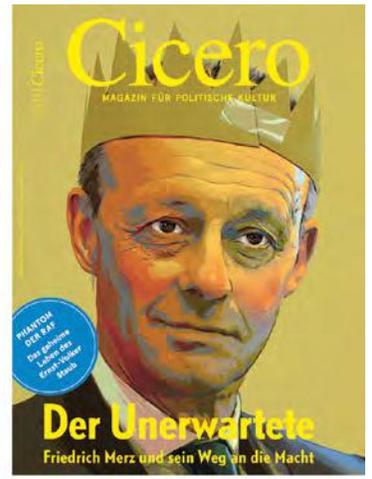
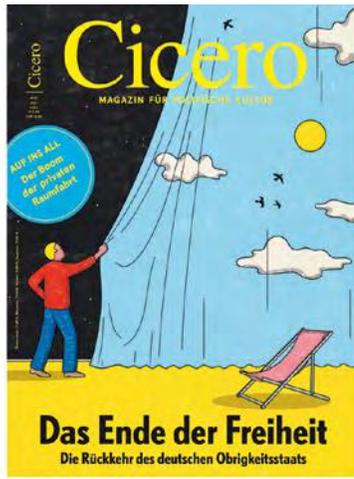
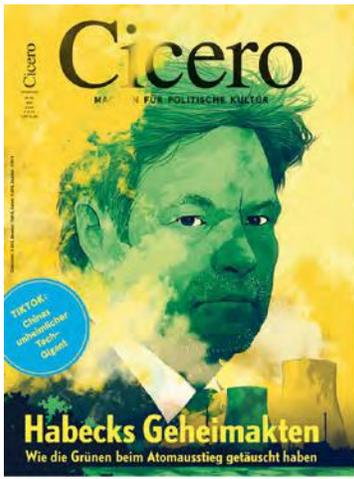
**EINEN WEITEREN GROSSEN KRITIKPUNKT** teilen die Kaderathleten mit den Trainern – die soziale und berufliche Absicherung. „Nicht jeder Spitzensportler ist bei der Bundeswehr oder der Polizei und somit abgesichert. Viele Athleten sind Soloselbstständige, die für die Finanzierung ihres Sports teilweise selbst verantwortlich sind. So gibt es gerade im Vorfeld der Olympischen Spiele nicht wenige Athleten, die beispielsweise Mentaltraining oder ihre Höhentrainingslager aus ihrer eigenen Tasche bezuschussen“, so Herber, der früher selbst Basketballnationalspieler war. „Wenn Leistungssport attraktiver werden soll, braucht es mehr Absicherung, die in dem jetzigen Entwurf nicht garantiert ist. Das gilt für ein finanzielles Mindestniveau, angemessene Leistungen bei Verletzungen oder akzeptable Fristen für den Kaderausschluss“, erklärt Herber. „Dass es für Athletinnen, die Mütter sind, eine finanzierte Kinderbetreuung gibt, wie bei den DFB-Frauen, ist in den allermeisten Sportarten auch nicht der Fall. Auch da muss es gesetzliche Garantien geben“, sagt Herber weiter.

Die Athleten haben zum Sportfördergesetz noch eine Frage. „Es ist wichtig zu klären: Was wollen wir mit diesem überhaupt erreichen? Konzentrieren wir uns nur auf den Medaillenspiegel oder auch auf die Vielfalt des Sports und seine gesellschaftliche Bedeutung“, will Herber wissen. „Zumindest beim Aspekt des gesellschaftlichen Nutzens sind weitere Akteure gefordert. Unter anderem auch die Medien, die mehr Sportarten als nur Fußball übertragen sollten.“ Immerhin dies ist in einigen Ländern ebenfalls gesetzlich geregelt.



**THOMAS DUDEK** ist freier Journalist in Berlin und spezialisiert auf Themen aus Gesellschaft und Sport.



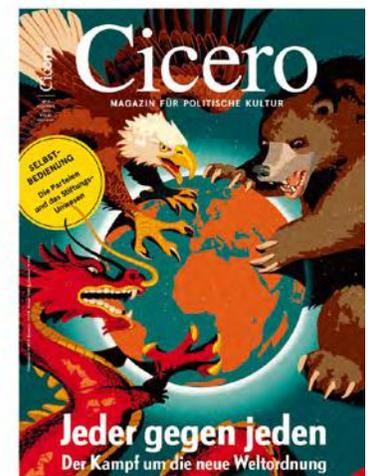
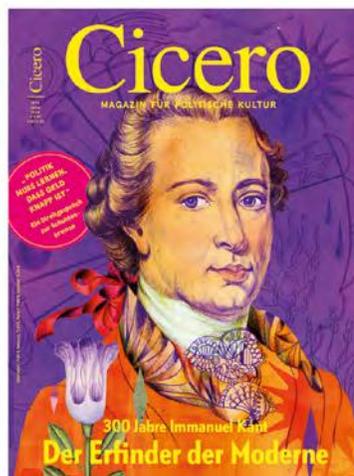
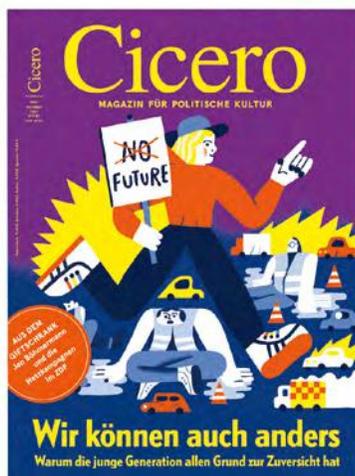
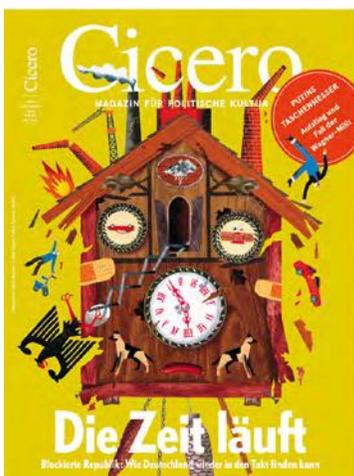
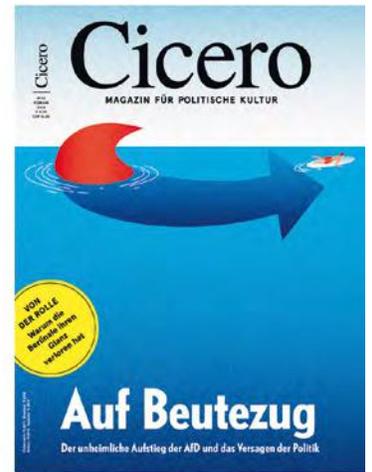
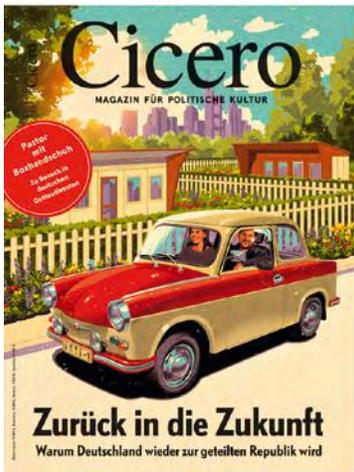


# Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

- ▶ Keine Ausgabe mehr verpassen!
- ▶ Portofreie Lieferung
- ▶ Prämie zur Wahl
- ▶ Nach Mindestlaufzeit jederzeit kündbar
- ▶ Ein Gratis-Heft bei Bankeinzug
- ▶ **Tipp: Auch zum Verschenken!**

**12 Ausgaben für derzeit 141,60 € zzgl. 1,- € Zuzahlung (inkl. MwSt. und Versand).**  
 Es besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Zahlungsziel: 14 Tage nach Rechnungserhalt.  
 Als leistender Unternehmer und Anbieter übernimmt die Res Publica Verlags GmbH die Betreuung und Abrechnung des Abonnements.



# 12 × CICERO MIT GUTSCHEIN SICHERN.

12 AUSGABEN  
FÜR 141,60 €  
MIT GUTSCHEIN  
ZUR WAHL!

Unterstützen Sie  
unabhängigen Journalismus  
mit einem  
Cicero-Abonnement!

A)



B)



C)



D)



Gutscheine als Prämie zur Wahl:

- A) JET-Gutschein über 90,- €
- B) Amazon-Gutschein über 50,- €
- C) Thalia-Gutschein über 50,- €
- D) OBI-Gutschein über 50,- €

EINFACH  
SCANNEN UND  
BESTELLEN:



Jetzt 12 Ausgaben bestellen unter:  
**CICERO.DE/12-GUTSCHEIN | TEL: 0451 4906 440**

Ausstellungsdesign in bunten  
Farben mit Artefakten aus  
buddhistischem Kontext

Von  
MATHIAS BRODKORB

Fotos  
FELIX ADLER



# Ältere Männer mit Bärten



Léontine Meijer-van Mensch,  
die Direktorin des Leipziger  
Völkerkundemuseums Grassi



Zu den aktuellen Ausstellungsstücken gehört eine Sisal-  
Agave, die Ende des 19. Jahrhunderts aus Mexiko überführt  
wurde. Die Pflanze zeige die „Ausbeutung von Mensch  
und Natur durch koloniale Plantagenwirtschaft“



In den ethnologischen Museen ist ein Streit um die historische Gerechtigkeit entbrannt. Das Leipziger Museum Grassi offenbart dabei die Grenzen des Guten.



Im Herbst 2024 wird das Leipziger Völkerkundemuseum Grassi Besuch von männlichen Aborigines erhalten. Sie wollen Teile der Sammlung in Augenschein nehmen, die ihnen als heilig gelten. In Leipzig freut man sich schon sehr auf diesen Besuch. Aber die Aborigines haben mehrere Bitten: Die Objekte dürften während der Zeremonie nur von Männern, und zwar nur von älteren Männern mit Bärten, berührt werden. Frauen dürften währenddessen nicht einmal anwesend sein. Léontine Meijer-van Mensch, bis Oktober noch Direktorin des Museums, wird diesem Wunsch entsprechen und sucht nun ältere Männer mit Bärten: „Selbstverständlich bin ich Feministin. Aber ich respektiere zugleich die Wünsche meiner Gäste.“

Die Suche nach älteren Männern mit Bärten ist dabei bloß das Sinnbild für ein auf Jahre angelegtes Projekt. Vor Ort nennt man es „Re:Inventing Grassi“. Es geht um die „Neuerfindung“ eines traditionellen Völkerkundemuseums, um so einen Beitrag zur „historischen Gerechtigkeit“ zu leisten. Die Kulturstiftung des Bundes hat hierfür eine Million Euro zur Verfügung gestellt.

Die Direktorin des Leipziger Museums hat nicht nach diesem Job gesucht. Sie wurde im Jahr 2019 für ihn gefunden. Eine ihrer ersten Amtshandlungen war es damals, ihren Vorgänger Karl Weule vom Sockel zu stürzen. Exakt 90 Jahre lang stand dessen Bronzebüste im Eingangsbereich des Museums auf einem roten Porphyrsokkel. Dem ehemaligen Direktor verdankt das Museum die zweitgrößte völkerkundliche Sammlung Deutschlands, gleich nach dem Berliner Humboldt-Forum. Rund 120 000 der 200 000 Objekte gehen auf Weules „Sammlerwahn“ zurück, wie man sich heute in Leipzig ausdrückt. Mitten im Deutschen Kaiserreich, mitten im deutschen Kolonialismus.

## Schon vor der Kolonisation gab es in Benin Gewaltherr- schaft und Sklavenhandel

Aber schon 2019 hatte sich in Deutschland die Debatte über die Rückgabe ehemals jüdischen Eigentums mit den Ideen des Postkolonialismus vermählt. Gab es nicht noch mehr historisches Unrecht westlicher Gesellschaften abzutragen? Hatte einst nicht auch Deutschland den afrikanischen Kontinent ausgeplündert?

Zumindest hierzulande geht es dabei vor allem um die berühmten Benin-Bronzen. Allein in Leipzig und Dresden lagerten bis vor kurzem 262 Stück. Heute sind es noch 259. Drei von ihnen wurden im Jahre 2022 in einem Konvolut von insgesamt 20 Bronzen aus fünf deutschen Museen nach Nigeria verbracht. Auch Leipzig war stolzer Teil dieses Akts der Völkerfreundschaft.

In gewisser Hinsicht ging diese Rückgabe schief. Eigentlich sollten die Benin-Bronzen in Nigeria in einem öffentlichen Museum ausgestellt werden. Deutschland hatte hierfür Fördermittel in Millionenhöhe zugesagt. Nach der Übergabe durch die deutsche Regierung machte der nigerianische Staat mit den Bronzen aber etwas anderes. Er übergab sie dem Oba, dem obersten Nachfahren des einstigen Königreichs Benin.

Im Grunde war das konsequent. Nigeria ist schließlich nicht der legitime Rechtsnachfolger des einstigen Königreichs. Die Operation hing – eigentumsrechtlich betrachtet – also von Anfang an in der Luft. Erst die vereinbarungswidrige Weiterleitung der Kunstschätze an den heutigen Oba stellte auch eine rechtliche Parallelität zur Restitution jüdischen Eigentums her. Allerdings sollten die Bronzen ursprünglich ja die kulturelle „Identität“ der Nigerianer stärken. Und nicht die Schatullen des örtlichen Königshauses füllen.

Deutschland war außerdem nie Kolonialmacht von Benin gewesen, sondern erst die Franzosen, dann die Briten. Im Februar 1897 entwendeten die Briten etwa 4000 kulturelle Objekte aus dem Königspalast. Der größte Teil der Grassi-Bronzen wurde dabei von Hans Meyer aufgekauft. Der vermögende Sohn einer namhaften Leipziger Verlegerfamilie betätigte sich damals nicht nur als Mäzen, sondern war einer der berühmtesten Afrikaforscher seiner Zeit und später auch Professor für Kolonialgeografie in Leipzig.

Eigentlich müssten also die Briten eine historische Schuld abtragen, nicht die Deutschen. Für die Direktorin des Grassi ist es für die Rückgabe der Benin-Bronzen aber völlig ausreichend, dass an den Kunstwerken symbolisch betrachtet koloniales Blut klebt. Blut klebt an den Benin-Bronzen aber tatsächlich – und nicht bloß symbolisch. Darüber erfährt man in der aktuellen Ausstellung des Grassi allerdings: nichts.

**AUFGESCHRIEBEN HAT DIESE GESCHICHTE** stattdessen die Ethnologin Brigitta Hauser-Schäublin. Der Raub der Bronzen war eine Racheaktion der Kolonialmacht

Großbritannien gewesen. Im Januar 1897 hatten Benin-Krieger acht Europäer und Dutzende afrikanische Träger einer unbewaffneten diplomatischen Delegation brutal hingerichtet. Insgesamt 80 abgeschnittene Köpfe seien damals nach Benin City verbracht worden. Schon vor der Kolonisation herrschten im Königreich Benin Gewaltherrschaft und Sklavenhandel. Es war einer der größten Sklavenlieferanten der Weltgeschichte.

„Die Tötung von Menschen war ein Privileg des Oba. Die häufigste Tötungsart war die Enthauptung, wobei das Blut (...) in einer Schüssel aufgefangen“ und anschließend rituell über die Bronzen „gesprenkelt wurde“. Das getrocknete Blut sei von ihnen nur so herabgerieselt, sobald man leicht gegen sie klopfte. So jedenfalls berichtet es der britische Militärarzt Felix Roth in einem historischen Reisetagebuch.

Die Wiedergutmachung historischen Unrechts läuft im Fall der Benin-Bronzen somit auf eine Paradoxie hinaus: Weil an ihnen symbolisch betrachtet koloniales Blut klebt, muss es an die Nachfahren der ursprünglichen Eigentümer rückübertragen werden. Deren Vorfahren hatten es aber tatsächlich in Menschenblut getaucht. Mit diesem Dilemma konfrontiert sagt die Grassi-Direktorin: „Der Prozess der Dekolonialisierung ist schmerzhaft.“

Auch die noch verbliebenen 259 Benin-Bronzen sollen rückübertragen werden. Bedingungen hierfür zu stellen, hält die Direktorin aber für „respektlos“. Sie wünsche sich zwar, dass der Oba bereit sei, Teile der Bronzen Leipzig künftig als Leihgabe zur Verfügung zu stellen: „Aber wir haben nicht das Recht, das von ihm zu verlangen.“ Diese generöse Haltung könnte darauf hinauslaufen, dass das Grassi am Ende alle Benin-Bronzen verliert.

Auf die Frage, ob sie damit nicht die Museumsprinzipien des Sammelns und Bewahrens verletze, widerspricht die Direktorin: „Wenn sich die gesellschaftlichen Umstände ändern, muss sich auch jedes Museum darauf einstellen. Im besten Fall sollte es die gesellschaftlichen Veränderungen sogar anregen.“ Die vier Gebote musealer Arbeit – das Sammeln, Bewahren, Erforschen und Vermitteln – müssten im 21. Jahrhundert der Leitidee der „historischen Gerechtigkeit“ unterstellt werden: „Wir begreifen uns nicht in erster Linie als Leipziger oder deutsches Museum, sondern als Partner in einem internationalen Netzwerk der Weltkulturen.“

Es ist dann gar nicht mehr entscheidend, an welchem Ort der Welt Kulturgüter gesammelt, bewahrt, erforscht und vermittelt werden. Die Präsentation musealer Objekte ist dann nicht mehr der entscheidende Punkt: „Es kommt nicht darauf an, welche Ausstellungsstücke wir haben und ob sie Originale sind. Es

**SKRUPEL-Produktionsstrecke  
nebst SKRUPEL-Automat im  
Museum Grassi in Leipzig**



kommt darauf an, wie wir die Kulturgeschichte der Menschheit zur humanen Verständigung nutzen“, so Meijer-van Mensch.

Die Konsequenzen hiervon kann man in Leipzig schon seit 2021 bestaunen. Die Benin-Bronzen wurden ins Depot verbannt und werden heute kaum noch im Original gezeigt. Stattdessen lud man den nigerianischen Konzeptkünstler Emeka Ogboh zu einer Licht-Klang-Installation ein. Einige der im Depot befindlichen Masken wurden hierfür abfotografiert. Deren Abbilder werden nun anstelle der Originale in einem verdunkelten Raum ausgestellt.

Es ist eine mystische Szenerie: Man tritt in eine mit sphärischen Klängen erfüllte Dunkelheit ein. Und sechs mit Spots ausgeleuchtete Abbilder der Benin-Bronzen funkeln einem mit spiritueller Kraft entgegen. Absichtsvoll bleiben die Bildnisse teils verdunkelt. Das ist eine Botschaft des Künstlers. Er wolle damit „das Recht eines westlichen Publikums infrage“ stellen, „diese Objekte“ überhaupt „zu sehen“.

Es sind solche paradoxen Szenerien, die das Grassi als Bestandteile seiner Neuerfindung begreift. Es geht ihm nicht mehr darum, wie einst ein Fenster in die weite Welt zu sein. Heute geht es stattdessen darum, die Objekte oder notfalls auch bloß deren Abbilder als Anlässe der Selbst- und Fremdverständigung zu begreifen. Sie alle sind bloß „conversation pieces“, wie Meijer-van Mensch sagt.

**DIE ALTEN AUSSTELLUNGSTEILE** erstrahlen in kräftigen Farben, präsentieren üppig, aber nicht überladen Kulturgüter aus aller Welt und rücken die Objekte in ihren kulturgeschichtlichen Kontext. All das wird es



## Der Stein soll als Akt der historischen Gerechtigkeit wieder zurück auf den Kilimandscharo

so in Leipzig aber bald nicht mehr geben. Die neuen Ausstellungsteile kommen stattdessen modernistisch und kühl daher, beherbergen kaum noch Ausstellungsteile und verzichten fast vollständig auf kulturgeschichtliche Erläuterungen. Wer sich dennoch für die Geschichte und Bedeutung der ausgestellten Objekte interessiert, muss in den elektronischen Katalogen der Ausstellung Stück um Stück nachforschen. In fast jedem Raum gibt es hierfür einen Touchscreen. Als Cicero das Grassi besucht, macht kein einziger Museumsbesucher hiervon Gebrauch.

**DAS WAHRSCHEINLICH WICHTIGSTE PROJEKT** „Berge versetzen“ stammt von der Künstlergruppe PARA. Überhaupt spielt die Zusammenarbeit mit Künstlern eine große Rolle in der Arbeit des Leipziger Museums. Wenn man dessen neue Ausstellungsteile betritt, weiß man gar nicht so genau, ob man sich nicht vielleicht doch in einer Galerie befindet.

PARA wurde irgendwann darauf aufmerksam, dass in einem österreichischen Antiquariat der Nachlass Hans Meyers zum Verkauf steht. Bis heute kann man dort für 160 000 Euro 124 seiner Privatbriefe erstehen. Der Verleger Meyer ist jener Mann, dem Leipzig die meisten seiner Benin-Bronzen zu verdanken hat. Im Jahr 1889 gelang ihm außerdem die Erstbesteigung des Gipfels des Kilimandscharo im heutigen Tansania, einer ehemals deutschen Kolonie. Und Meyer brachte vom Gipfel etwas mit: einen Stein, etwa so groß wie die geballte Faust einer Frau. Der Stein wird später in zwei Hälften zersägt. Die eine schenkt Meyer Kaiser Wilhelm II. Sie gilt heute als verschollen.

Die andere nutzt er über Jahre hinweg als Briefbeschwerer. Sie befindet sich nun im Besitz des österreichischen Antiquars Kainbacher.

Die Künstlergruppe nimmt Kontakt zu Kainbacher auf. Angeblich hätte der Stein ursprünglich für 250 000 Euro seinen Besitzer wechseln sollen. Aber es kommt zu einer Vereinbarung: Der Antiquar ist bereit, die Steinhälfte zum Einkaufspreis von 40 000 Euro inklusive Steuern an die Künstlergruppe abzutreten. Und dann soll sie als Akt der Wiedergutmachung und historischen Gerechtigkeit wieder zurück auf den Kilimandscharo. Das sei den Nachfahren der „Beraubten“ wichtig, hat PARA durch eigene Nachforschungen herausgefunden. So jedenfalls berichtet es die Museumsdirektorin im Gespräch.

Léontine Meijer-van Mensch gestattet es deshalb den Künstlern, den Sockel der Büste des ehemaligen Direktors Weule der historischen Gerechtigkeit zu opfern. Mit einem Presslufthammer wird der Stein aus rotem Porphyrt abgetragen und in einem Mixer pulverisiert. Versetzt mit Ton werden daraus an einer Produktionsstrecke in Leipzig postkolonialistische „SKRUPEL“ in der exakten Gestalt und Größe der Steinhälfte aus Baden bei Wien gebrannt. Man kann sie im Museum für 20 Euro je Stück erwerben. „Erleichtert Euer Gewissen! Schreibt Euch ein in die Geschichte der Rückgabe des Gipfelsteins vom Kilimandscharo!“, heißt es hierzu auf einem Automaten im Grassi, wie man ihn sonst nur von Bahnhöfen kennt, wenn man einen Snack kaufen will. Für all das hat das Museum zwei große Ausstellungsräume freigeräumt. Insgesamt 2000 SKRUPEL müssen verkauft werden, um den halben Stein vom Gipfel des Kilimandscharo aufkaufen zu können. Bis zum Internationalen Tag des Museums des Jahres 2024 hatten exakt 1048 SKRUPEL ihren Besitzer gewechselt.

Die Geschichte um Hans Meyer und den Kilimandscharo dürfte aber komplizierter sein, als das Leipziger Museum sie erzählt. Meyer benötigte insgesamt drei Anläufe, um die Spitze des Berges zu erklimmen. Bei seinem zweiten Versuch wurde er von Einheimischen sogar als Geisel genommen, um von ihm erfolgreich Lösegeld zu erpressen. Von seinen Reisen brachte der Afrikaforscher allerlei Dinge mit. Dabei wurde aber wohl doch nicht alles kolonialistisch „geraubt“.

Meyer pflegte zum Beispiel zu Häuptling Mareale von Marangu beste Kontakte. In seinen Büchern wird er immer wieder davon berichten, er sei ihm in „wirklicher Freundschaft“ verbunden gewesen. Bei ihm schlug er zur Besteigung des Kilimandscharo auch sein Lager auf. Bereits im Jahre 1892 wurde dann eine Sammlung von Briefen des Häuptlings an Meyer aus dem Suaheli ins Deutsche übersetzt und in einem Buch veröffentlicht. Als Grund gab der Herausgeber Carl





Häuptling Mareale im Liegestuhl, fotografiert von Hans Meyer im Jahre 1887 am Fuße des Kilimandscharo

*Kleidungsstücke und Stoffe:*

- 1 roter arabischer Kaftan mit Silberstickerei,
- 1 rote arabische Jacke mit Silberstickerei,
- 3 arabische gestickte Hemden,
- 4 echte Maskattücher,
- 6 Fesse,
- 1 Paar europäische Schnürschuhe,
- 3 - wollene Strümpfe,
- 12 Stück Amerikani (weißes Baumwollzeug),
- 3 - Bandera (rotes Baumwollzeug),
- 10 - Kaniki (blaus Baumwollzeug),
- 6 - Prints (bunt gedrucktes Baumwollzeug),
- 6 Dutzend Lessos (rot gedruckte Baumwolltücher in Taschentuchgröße).

*Perlen und Draht:*

- |                                      |              |
|--------------------------------------|--------------|
| 2 Pakete große rote Perlen           | } à 6 Pfund, |
| 2 - - - weiße -                      |              |
| 2 - - - blaue -                      |              |
| 2 - - - kleine rote -                | } à 5 Pfund, |
| 2 - - - blaue -                      |              |
| 2 - - - weiße -                      |              |
| 2 - - - rosa -                       |              |
| 2 - - - gelbe -                      |              |
| 2 - - - schwarze -                   |              |
| 3 Bund dicker Eisendraht à 30 Pfund, |              |
| 2 - - dünner - à 20 -                |              |
| 1 - - dicker Kupferdraht à 20 Pfund, |              |
| 1 - - dünner - à 20 -                |              |

*Waffen und Munition:*

- 1 deutsches doppelläufiges Zentralfeuergewehr,
- 1 amerikanischer sechsschüssiger Revolver,
- 100 Schrotpatronen,
- 50 Revolverpatronen,
- 5 Pfund deutsches Jagdpulver,
- 10 - Schrot,
- 100 Bleikugeln,
- 1 Metallpulverhorn,
- 4 Fätschen grobes Schießpulver à 10 Pfund,
- 1000 Zündhütchen.

*Verschiedenes:*

- 1 Dutzend große Messer,
- 1 - - kleine Messer,
- 5 - - Messingkettchen,
- 2 - - Bronzeglöckchen,
- 3 - - Messingspiegel,
- 1 Zange,
- 6 Stahlfeilen,
- 2 Bandsägen,
- 20 Dutzend Nadeln,
- 2 Pfund indischer Schnupftabak,
- 6 Mundharmoniken,
- 2 Dutzend Stearinlichter,
- 1 Büchse Salz à 5 Pfund,
- 1 - - Zucker à 5 Pfund,
- 2 Flaschen Champagner.

Liste von Geschenken Hans Meyers an Häuptling Mareale

Gotthilf Büttner seinerzeit an, er wolle so die Gelegenheit schaffen, „ein wenig in die Denk- und Ausdrucksweise unserer Ostafrikaner hinein kucken zu lassen“. In Deutschland nämlich herrschten über „die geistigen Capacitäten, sowie über das intime Leben der ‚Neger‘ an nur zu vielen Stellen die wunderlichsten Vorstellungen“. Das heutige „N-Wort“ wurde also schon damals durch Anführungszeichen vorweggenommen.

Zur „Freundschaft“ zwischen Mareale und Meyer gehörte dabei der gegenseitige Austausch von Geschenken. Immer wieder bedankt sich Mareale in seinen Briefen für entsprechende Zuwendungen und kündigt Gegenleistungen an, die heute in so manchem europäischen Museum lagern. Aber er teilt dem Deutschen auch mit, dass er „böse“ auf ihn sei. Der Grund: Meyer unterhielt ähnliche Kontakte auch zu Häuptling Mandara, einem örtlichen Konkurrenten Mareales. Meyer hatte Mandara sogar Gewehre geschenkt. Und jetzt wollte Mareale eben auch welche, am liebsten solche mit „25 Schuss Munition“.

IN EINEM BILDBAND AUS DEM JAHRE 1888 veröffentlichte Meyer dann eine Liste jener Geschenke, die er Mareale einst überbracht hatte. Darunter: Stoffe,

Presslufthammer und Überreste  
des Sockels Karl Weules,  
aus dem heute in Leipzig  
SKRUPEL gefertigt werden



Der nigerianische  
Konzeptkünstler Emeka  
Ogboh inszeniert in Leipzig  
Abbilder der Benin-Bronzen



Perlen, Draht zur Produktion von Speeren, Gewehre, Munition, Messer, Schnupftabak, Mundharmonikas – und zwei Flaschen Champagner. „Als Gegengabe erhielt ich vor allem die Erlaubnis zur Bergbesteigung“, behauptet Meyer. Wenn also stimmt, was Meyer sagt, gibt es gar keinen Grund dafür, heute die „Entwendung“ eines Steines in der Größe einer Frauenfaust vom Gipfel des Kilimandscharo wiedergutzumachen.

Jahre später besucht Meyer dann seinen „Freund“ Mareale erneut. Der ist inzwischen mit der Errichtung eines zweistöckigen Steinhauses nach dem Vorbild der deutschen Kolonialherren beschäftigt. Aber der Bau war ins Stocken geraten. Als Grund gibt Meyer an: Weil die deutschen Kolonialherren den Sklavenhandel unterbunden hätten, hätte Häuptling Mareale nicht mehr genug Einnahmen mit dem Verkauf afrikanischer Landsleute erzielen können. Auf dem afrikanischen Kontinent gab es also Gewaltherrschaft und Sklaverei, lange bevor die Europäer ihn kolonialistisch eroberten. Im Grassi zu Leipzig erfährt man über all dies aber wiederum: nichts. Absolut nichts.

**WAS DIE LEIPZIGER MACHEN**, stößt in der Fachwelt nicht nur auf Begeisterung. Ein Beispiel hierfür ist der Althistoriker Egon Flaig. Als dieser im Jahr 2009 seine „Weltgeschichte der Sklaverei“ veröffentlichte, erntete er wütende Reaktionen. Der Professor machte seinerzeit stets die Tatsache stark, dass es auf dem afrikanischen Kontinent längst Sklaverei gegeben hatte, bevor die Europäer dort überhaupt ihre kolonialen Ambitionen auslebten. Das Königreich Benin ist hierfür ebenso ein sprechendes Beispiel wie Häuptling Mareale. Und der Althistoriker behauptete außerdem, dass es ohne die europäischen Kolonialisten keine Abschaffung der Sklaverei gegeben hätte. Je länger diese andauerte, desto größer sei am Ende der Widerspruch zur Idee der Aufklärung geworden. Manchmal widerstreiten die historischen Fakten einfach den gewünschten Narrativen.

Die Idee der „historischen Gerechtigkeit“, an der man in Leipzig eifrig arbeitet, hält Flaig jedenfalls für eine

Absurdität: „Dann müsste alles zurückgegeben werden, was jemals widerrechtlich angeeignet wurde – wohlgemerkt nach den Maßstäben des heutigen Völkerrechts. Also nicht nur Kulturgüter, sondern auch kriegerisch erworbene Territorien.“ Überall auf der Welt brächen dann Kriege aus um längst verlorenes Land: „Die Griechen würden Konstantinopel zurückverlangen und den Großteil der heutigen Türkei dazu; die aramäischen Christen würden Syrien, den Irak und Palästina beanspruchen. Die Menschheit ginge unter in einer chaotischen Selbstausrottung unter der Unsinnspare „historische Gerechtigkeit“.“

Für die einen sei sie eine „postkolonialistische Hexe“, für die anderen eine „Heldin“, fasst Léontine Meijer-van Mensch das mehrstündige Gespräch mit *Cicero* nachdenklich zusammen: „Natürlich ist beides falsch.“ Sie sagt das – wie übrigens alles – reflektiert, voller Freundlichkeit und Empathie. Die Direktorin sieht sich als „Vorbereiterin“ für etwas Größeres. Irgendwann werde die Zeit reif sein, die Bezeichnung „Völkerkundemuseum“ ganz abzulegen. Davon ist sie überzeugt. Kunde über Völker und deren Kulturen zu verbreiten, ist ja auch tatsächlich längst nicht mehr der Anspruch des Grassi. Und dessen Direktorin hat noch einen weiteren Traum: „Wäre es nicht fantastisch, wenn Karl Weule und mir auf dem Direktorensessel ein Vertreter aus dem sogenannten ‚Globalen Süden‘ nachfolgte?“

Dass die Steinhälfte Hans Meyers vom Kilimandscharo jemals den Weg zurückfinden wird an ihren Ursprungsort auf dem Berg, hält Direktorin Meijer-van Mensch übrigens nicht für ausgemacht. Nicht einmal dann, wenn tatsächlich 2000 SKRUPEL verkauft werden könnten: „Es könnte ja auch sein, dass die Nachfahren der ‚Ursprungsgemeinschaft‘ sagen: ‚Behaltet doch einfach euren halben Stein, wir nehmen stattdessen lieber das Geld.““



**MATHIAS BRODKORB** war Kultus- und Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern und gehört der SPD an.



**Das Cicero Podcast Team:**

Alexander Marguier, Volker Resing, Ben Krischke, Ralf Hanselle, Daniel Gräber, Clemens Traub, Ulrike Moser

**CICERO PODCASTS**

In unseren Cicero Podcasts diskutieren Mitglieder der Redaktion jede Woche mit Gästen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu aktuellen Themen aus dem In- und Ausland.

Hören Sie jede Woche eine neue Podcastfolge präsentiert von Cicero – Magazin für politische Kultur.



Cicero Podcasts hören Sie auf [cicero.de/podcasts](https://cicero.de/podcasts) und:



# Der Nutzwert-Entzieher

Der Österreicher *Erwin Wurm* serviert Gurken, Semmeln und Würstchen auf Beinen. Jetzt wird der lustige Grantler, dessen Werke alles andere als Klamauk sind, 70 Jahre alt.

Von VIOLA SCHENZ

**D**ie Erkenntnis, nach der Not erfinderisch macht, ist so alt wie wahr. Als der 23 Jahre junge Kunststudent Erwin Wurm 1977 an Salzburger Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Mozarteum, das Fach Malerei belegen wollte, war da nichts mehr frei. Er landete bei Skulptur. Dafür aber fehlte ihm nicht nur der Sinn – Skulpturen waren für ihn damals „große schwarze Stücke mit Taubenscheiße“ –, sondern auch das Geld für erforderliche Materialien. Also schaute er sich daheim um und fand: Stifte, Klamotten, Besteck.

Alltagsgegenstände sollten zu seiner Marke werden. Der preisgekrönte Objektkünstler Wurm („Großer Österreichischer Staatspreis“, „Österreicher des Jahres“ u. a.) gilt längst als nationaler Exportschlager, mit Werken in Paris, New York, Berlin, Venedig oder Malmö.

Sein Trick besteht darin, nicht nur mit Materialien zu jonglieren, sondern auch mit Form, Volumen, Perspektive. Eine Socke ist nur eine Socke, 17 ineinandergelegte Socken ergeben eine Skulptur. „Ich erarbeite mir die vierte Dimension“, sagt er. Seine Parodien auf die klassische Bildhauerei können sehr komisch wirken. Wer vor den riesigen Plastikwürsten oder Marmorkaisersemmeln steht, muss zumindest grinsen. „Ich liebe es, Gegenständen den Nutzwert zu entziehen, Werke zu schaffen, die den Leuten helfen, den Alltag anders zu betrachten.“ Manchmal reicht dafür schon eine Gewürzgurke.

Mit Gurken, Würsten und Semmeln verarbeitet Wurm auch Kindheit und Herkunft. Der Künstler kam 1954 zur Welt, in Bruck an der Mur in der Steiermark. Eingelegte Gurken waren dort ein typisches Wintergemüse und wie

Wurst und Semmel ein Grundnahrungsmittel. Warum also nicht die Kindheit in der Provinz wiederbeleben, mit drallen Riesenwürsten und ihren Wurstarmen und Wurstbeinen?

**AUCH MENSCHEN NUTZT WURM** als Material. International bekannt machten ihn seine „One Minute Sculptures“: Ausstellungsbesucher posieren mit Alltagsobjekten. Nach Vorgaben des Meisters stopfen sie sich Bleistifte in die Nase oder Köpfe durch Wohnwagenwandlöcher und lassen sich dabei fotografieren. Sprich: Sie dürfen Teil eines Kunstwerks, einer Show sein und ihr Selbstdarstellungsbedürfnis verewigen. Geniale Idee, das fanden auch PR-Industrie und Prominente. Die Red Hot Chili Peppers ließen sich von den „One Minute Sculptures“ zur Videofassung ihres Songs „Can’t Stop“ inspirieren. Claudia Schiffer posierte für eine *Vogue*-Session mit Stiften und Stühlen, Franz Beckenbauer mit Orangen.

Natürlich gibt es Anleihen. Der französische Dadaist Marcel Duchamp erklärte 1917 ein Urinal zu einem „Brunnen“. Ein halbes Jahrhundert später erhob Andy Warhol Suppendosen und Waschmittelschachteln zur Kunst und versprach, künftig werde jeder „für 15 Minuten Weltruhm erlangen“ – bei Wurm schrumpft die Viertelstunde zu einer Minute. Ein paar Jahre vor Warhol befand eine New Yorker Künstler-Avantgarde namens Fluxus, Kunst solle fließen, ein Happening sein, die Grenzen zwischen Schöpfer und Betrachter verschwinden. Fluxus-Mitbegründerin Yoko Ono ließ sich 1964 von Zuschauern Stück für Stück die Kleider vom Leib schneiden. Die Performancekünstlerin Marina

Abramovic ging so weit, sich vor Publikum mit Messern selbst zu verletzen.

Bei Wurm tut sich niemand weh, und er tut niemandem weh. Hier darf sich jeder und jede zum Clown machen, freiwillig, die Absurditäten des Alltags mitfeiern. Komik hat es im modernen Kunstbetrieb eigentlich schwer, sie wird dort nicht ernst genommen. Kunst möge mindestens schwierig, kritisch, anklagend sein. Besser noch: empörend. Am besten: abstoßend und rätselhaft. Wurm vertritt ein anderes Verständnis. Er stelle und beantworte nicht große philosophische Fragen, sondern „Grundsätzliches“: Was ziehe ich an, was esse ich morgen, wer will ich sein?

Dennoch: Seine Werke seien bitte schön nicht als gedankenloser Klamauk misszuverstehen. Das Dutzend übereinandergestülpter Pullover gelte auch Obdachlosen, die ihre Garderobe am Leib tragen (müssen). Seine „Fat Series“ – überquellende Autos oder Häuser – sieht er als Kritik am Leben im Überfluss. Sein „Narrow House“ wiederum, ein detailgetreuer, begehrter Nachbau seines Elternhauses, in der Breite auf einen guten Meter gestaucht, stellt die Enge der Provinz bloß.

Es ist aufwendige Kunst, die Raum braucht. Den bietet sein fünf Hektar großer Vierkanthof in Limberg, weit hinten in Niederösterreich, umgeben von Weinbergen und Wäldern. Weitere wurmsche Werkstätten stehen in Italien oder China. Ende Juli wird der lustige Grantler 70. Vor ihm sei nichts sicher, so bekennt er. Auch nicht die oft so spaßbereinigte Gegenwart.

**VIOLA SCHENZ** ist Journalistin und Autorin. Sie lebt in München.



# Schratin mit Schreibblockade

Im deutschsprachigen Literaturbetrieb gilt *Kathrin Schmidt* als Geächtete. In den Wendejahren vom Feuilleton gefeiert, gilt sie heute vielen Kritikern als zu rebellisch.

Von RENÉ SCHLOTT

**K**athrin Schmidt wird wieder eingeladen. Die 1958 in Gotha geborene Schriftstellerin war Anfang Juli beim Poesiefestival Berlin zu hören. Ende August ist sie zu Gast in einer Gesprächsreihe des Pen Berlin in Eisenach. Und zum 100. Todestag von Franz Kafka sprach sie kürzlich an der Berliner Akademie der Künste im Rahmen einer prominent besetzten Konferenz.

Und doch hat sich zwischen der Trägerin des renommierten Deutschen Buchpreises und dem deutschen Literaturbetrieb ein Riss aufgetan. Lange wurde Schmidt gemieden. Als sie 2021 Dresdner Stadtschreiberin wurde, ging ein Aufschrei durch die Feuilletons über die „abgedriftete“ Autorin. Im gesamten Jahr 2023 hatte Schmidt nur eine einzige öffentliche Lesung. Der Sammelband, in dem ihr letzter Artikel („Die Politik der Angst und die Poesie der Furchtlosigkeit“) erschien, wurde nach wenigen Monaten vom Markt genommen.

Schmidts „Fehler“: öffentliche Kritik am deutschen Sonderweg in der Corona-Politik und seiner „Gesinnungsbeweiskultur“, Zweifel an der Impfung für Kinder und Fragen nach den Interessen der Pharmaindustrie. Damit stand und steht sie im Berliner Kulturmilieu recht allein da. Und Schmidt, Mutter von fünf erwachsenen Kindern und vielfache Großmutter, erlebt das, was das ganze Land spaltet, auch in ihrem engsten Umfeld: Risse gehen durch die Familie, langjährige Freunde wenden sich ab.

Im November 2023 sendete sie in der *Berliner Zeitung* lakonisch „Herzliche Grüße von weit draußen!“ und beschrieb ihre Ausgrenzung, ohne sie zu beklagen. In ihrem viel beachteten Zeitungsartikel kritisierte sie das „Versagen

der Presse“ und einen „stark verengten Meinungskorridor“. Zugleich berichtete sie vom Zuspruch des Publikums, den sie bei einer Veranstaltung in Neubrandenburg erfuhr, weit weg von der Hauptstadt.

**SCHMIDT HAT VIELE BRÜCHE** erlebt und buchstäblich überlebt. Nach ihrem Studienabschluss in Psychologie in Jena verließ sie ihre thüringische Heimat und ging an die Uni Leipzig. 1982, die alleinerziehende Mutter war gerade in die Nähe Berlins umgezogen, um eine Stelle als Kinderpsychologin anzutreten, erschien ihr erster Gedichtband. Ihr erstes Romanprojekt konnte sie in der DDR nicht zu Ende bringen, weil an dessen Ende zwei Frauen mit einem Ballon über Grenzen fliegen. „Die Gunnar-Lenneffsen-Expedition“ erschien erst 1998 beim Verlag Kiepenheuer & Witsch, wurde von der Kritik gefeiert und in zahlreiche Sprachen übersetzt. Schmidts Karriere als Autorin nahm Fahrt auf, sie veröffentlichte weitere Romane, Gedicht- und Erzählbände, erhielt zahlreiche Preise und gut dotierte Stipendien. Zum ersten Mal konnte sie vom Schreiben leben.

Schon Anfang der 1990er Jahre war sie aus ihrem alten Beruf ausgestiegen und musste sich eine Zeit lang im wiedervereinigten Deutschland von Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hangeln. Schmidt hatte sich in den 1980er Jahren der Oppositionsbewegung angeschlossen, wurde von der Stasi als „feindlich negatives Element“ beobachtet und kämpfte nach der demokratischen Revolution am Runden Tisch für eine reformierte DDR. 2002 erlitt die spät erfolgreiche Autorin eine lebensbedrohliche Gehirnblutung. Sie brauchte Jahre, um Bewegung und

Sprache wiederzufinden. Eine Erfahrung, die sie sieben Jahre später in dem Roman „Du stirbst nicht“ verarbeitete.

Als Schmidt an der Berliner Akademie der Künste im Juni zum Todestag Kafkas spricht, stellt sie eine unbekannte Erzählung des Jahrhundertautors an den Anfang: Kafkas gut ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkriegs veröffentlichtes Prosastück „Entschlüsse“, in dem der Protagonist sein Hin-und-hergerissen-Sein zwischen den Polen „sich ergeben“ und „alles hinzunehmen“ beschreibt. Auch Schmidt schwankt zwischen dem Rückzug in ihr Haus am Stadtrand und dem Wagnis der Öffentlichkeit in einer ihr fremd gewordenen Gesellschaft.

Ihren Fernseher schaltet sie schon länger nicht mehr ein. Zuletzt hat sie einige Gedichte übersetzt. Doch ihr eigenes Schreiben ist blockiert. Ihr letzter Gedichtband „sommerschaums ernte“ erschien Ende 2020. „Ich habe das Leichte verloren, das mir beim Schreiben so lieb war und das Schwere erst möglich machte“, berichtet sie in ihrem Kafka-Vortrag. Darin oszilliert die „alte Schratin“, so die 66-Jährige über sich selbst, zwischen einer „geduckten Existenz“ und der „großen Widerrede“ in einer „verkehrten Welt“, in der die „Worte im bloßen Aussprechen ihre Bedeutungen wechseln wie knitttrige Hemdchen“.

In der anschließenden Podiumsdiskussion fällt über ihren Vortrag kein Wort. Die Moderatorin beschreibt ihn kurz und knapp als „politische Schmuggelware“. Sonst ist alles wie zuvor: Dialoge finden nicht statt.

**RENÉ SCHLOTT** ist promovierter Historiker und lebt als freier Publizist bei Berlin.



# Das Come back der Schön- heit



Von  
DANIEL HAAS

Eine Frage der  
Haltung: Naomi  
Campbell durch das  
Objektiv von Steven  
Meisel gesehen

Naomi,  
Christy, Linda:  
Die Supermodels  
sind zurück.  
Was sagt das über  
unsere Gesell-  
schaft aus?

**E**in Model im Museum: Es klingt wie eine satirische Idee. Seit wann sind Models, die Vertreterinnen des Marktes und seiner künstlichen Erzeugung von Begehren, ein Fall für Kuratoren und Kunstgeschichtler? „Naomi“, die Ende Juni eröffnete Ausstellung im Victoria and Albert Museum, könnte die weitere Marotte eines Kulturbetriebs sein, dem Zielgruppenkontakte alles, artistische Innovationen aber nur wenig bis gar nichts bedeuten. Was soll man bei der Besichtigung von Naomi Campbells Garderobe, ihrer Fotos und Werbekampagnen anderes begreifen, als dass Schönheit eine Ressource darstellt für eine Industrie, deren Börsenwerte schwindelerregend sind und die sich noch die entlegenste Weltecke mit ihren Produkten erschließen kann?

Bereits im Titel ist eine Antwort auf diese Frage enthalten. Wenn der Vorname genügt, um ein ganzes Spektrum an Projektionen aufzurufen, muss die betreffende Akteurin eine besondere Stelle im kulturellen System einnehmen. Naomi, das klingt wie Elektra, Medea oder Cassandra, der Name einer mythischen Figur, in der die Spannungslinien einer Zeit und ihrer historischen Signatur zusammenlaufen.

## Naomi, der Name allein klingt wie Elektra, Medea oder Cassandra

Das Londoner Museum hat dies erkannt und kündigte die Schau entsprechend an. Man wolle die „künstlerischen Einflüsse, den Aktivismus und weitreichenden kulturellen Einfluss von Naomi Campbell“ zeigen, heißt es vonseiten des Kunsthauses. So werden keine Mannequins präsentiert, sondern Artisten von Weltrang, und an dieser Überhöhung des kosmetischen Körpers, seiner Aufladung mit Bedeutung weit über die Modesphäre hinaus, zeigt sich, welcher Kulturwandel in den letzten drei Jahrzehnten stattgefunden hat.

Es begann mit einem Foto. 1989 präsentierte Peter Lindbergh sein Gruppenbild mit Naomi Campbell, Linda Evangelista, Tatjana Patitz, Christy Turlington und Cindy Crawford. Die fünf Frauen firmierten damals schon unter dem Label Supermodel, ihre Gesichter waren allgegenwärtig. Sie warben für Mode, Schmuck und Parfum, führten die Couture-Schauen der wichtigen Designer an. Bis zu Lindberghs Foto war ihr Image geprägt von Bewunderung und zugleich Häme; sie galten als Hungerhaken, Kleiderständer und narzisstisch verstrahlte Zicken. Linda Evangelistas legendärer Satz „Unter 10 000 Dollar stehe ich morgens erst gar nicht auf“ bestätigte, was die meisten sowieso dachten: Besonders schöne Frauen, die ihre Haut zu Markte tragen, sind auch besonders arrogant und dämlich.

Lindberghs Foto für die englische Ausgabe von *Vogue* zeigte die Supermodels in neuem Licht: Sie waren auf natürliche Weise schön, und auch wenn diese Natürlichkeit ein inszenatorischer Kniff war, entstand der faszinierende Effekt von Nähe. Eine imaginierte Nähe zwar, aber ohne diese Illusion von Intimität ist großer Ruhm im Mediengeschäft nicht zu haben. Denn das ist das zentrale Merkmal des Stars: Er ist der Alltagssphäre entrückt und erscheint doch vertraut, überstrahlt mit seinem Nimbus unsere Durchschnittsexistenz und ist zugleich einer, eine von uns.

**AUCH DAS VIDEO** zu George Michaels Song „Freedom“ aus dem Jahr 1990 trug zur Starwerdung der Models bei. Die fünf

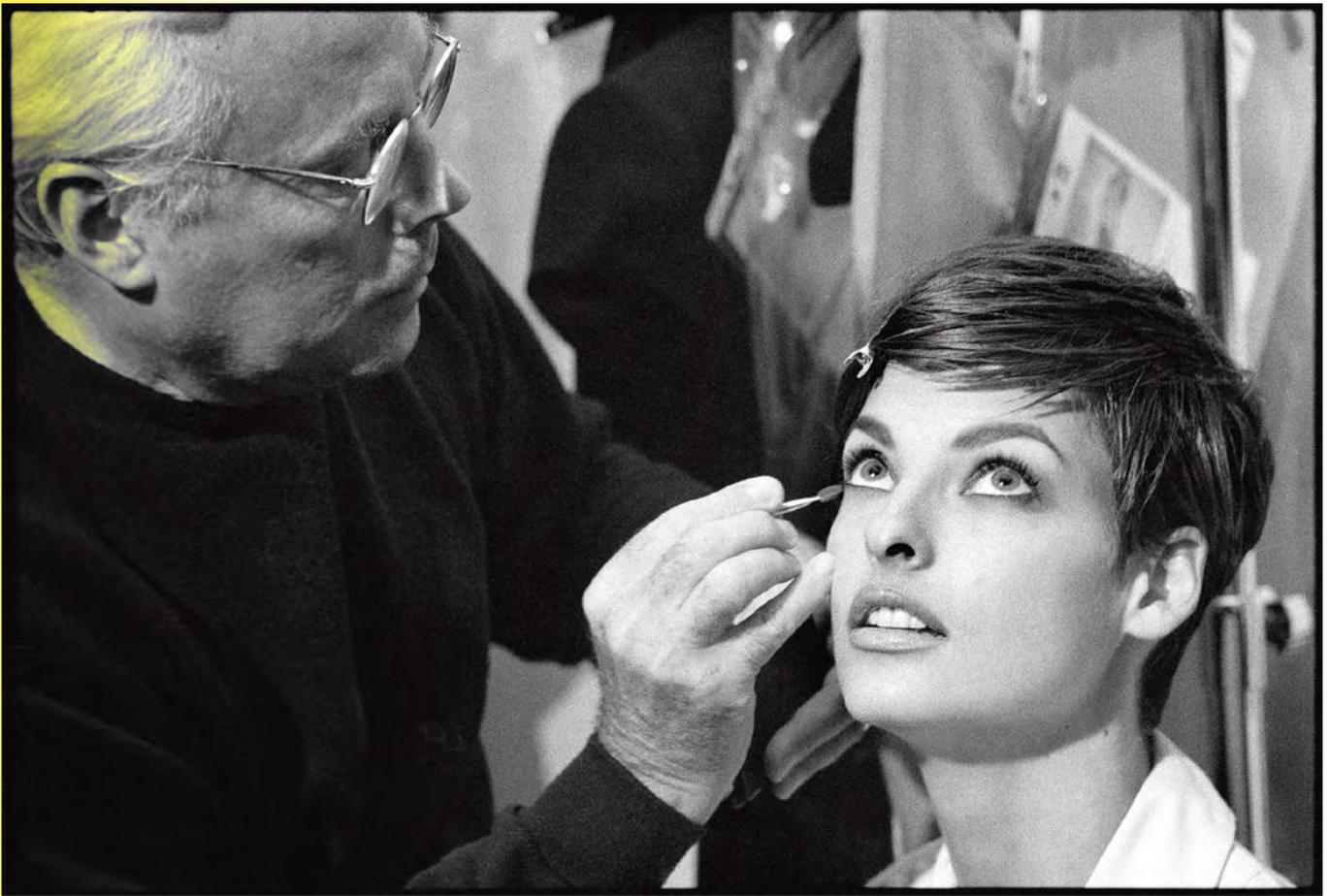
## Supermodels galten als Hungerhaken, Kleiderständer oder Zicken

sangen mit Michaels Stimme, sie ersetzten den Popstar und überschrieben sein Image mit ihrem eigenen, zum Signet von Ruhm und Erfolg gewordenen Gesicht. Damit war der Sprung aus der Beauty-Industrie auf die viel größeren Aufmerksamkeitsmärkte des Pop gelungen.

Von da an waren Topmodels mehr als nur das Dekor für eine rasant wachsende Industrie, sie rückten ins Zentrum des Zeitgeists vor. Was dort als Stimmung und Bedürfnislage gährte, wurde im Auftritt der Models augenfällig. Christy Turlington, gemeinsam mit Mann und Kind am Strand: Das war nicht nur ein schickes Urlaubsszenario, ausgedacht von Calvin Klein. Die Kampagne brachte in Zeiten von Aids auch eine neue Sehnsucht nach Familie zum Ausdruck.

Cindy Crawford warb 1992 für Pepsi, trank im Werbeclip genüsslich eine Dose leer, und weil das Ganze am Getränkeautomaten einer Tankstelle im Hinterland passierte, konnte sich das traditionelle US-Amerika noch einmal in nostalgisch verklärter Form bestaunen. Wenn Frauen wie Cindy Crawford in Jeans und Tanktop an der Tanke Pepsi schlürften, war die Welt nicht mehr ganz so kalt, verwaltet und künstlich, egal wie künstlich diese Inszenierung tatsächlich war.

Der Ruhm der „Big Five“, wie Campbell, Patitz, Turlington, Evangelista und Crawford genannt wurden,



qualifizierte sie in den 1990ern auch für romantische Allianzen mit höchstem Aufmerksamkeitswert. Crawford war mit Richard Gere, dem „Mann für gewisse Stunden“, liiert. Naomi Campbell datete den Boxer Mike Tyson, Linda Evangelista den „Twin Peaks“-Star Kyle MacLachlan. Models hatten von nun einen festen Platz nicht nur in der Beauty-Branche, sie besetzten zentrale Positionen der Bewusstseinsindustrie.

David Bowie heiratete das Supermodel Imam, Mick Jagger gründete mit Jerry Hall eine Familie, Nicolas Sarkozy machte später Carla Bruni zur First Lady Frankreichs. Die einstigen Mannequins hatten den Status des Kulturträgers erlangt. Wie alle großen Stars verschmolzen bei den Supermodels private und öffentliche Person. Und wie beim Star beinhaltete ihre Berühmtheit eine „psychische Medizin für ein universelles Gefühl des Verlusts und des persönlichen Scheiterns“ (Elisabeth Bronfen), das unsere moderne Kultur kennzeichnet.

**Die feine Linie setzt der Meister selbst: Linda Evangelista mit Giorgio Armani**

Die globale Affirmation des Models, seine Rolle als mythische Instanz im sozialen Getriebe brachte die Intellektuellen auf den Plan. Sie reagierten mal zynisch, mal aufklärerisch oder parodistisch auf die Apotheosen der celebrity culture und – Schicksal aller gegenkulturellen Projekte im Spätkapitalismus – bestätigten sie am Ende nur.

Deutlich lässt sich dies an den Romanen von Bret Easton Ellis erkennen. Zwei Jahre nach Lindberghs berühmtem Foto

erschien sein Roman „American Psycho“ über einen marken- und modebesessenen Serienkiller, der Körper zuschneidet wie Designer die Stoffe für eine Kollektion. Der Text wurde als Abrechnung mit einer Welt gelesen, deren Ästhetisierungszwänge in Anästhesie, in Betäubung umzukippen drohten, und galt einer konservativen Kritik als genau der scheußliche Roman, den die scheußlich oberflächliche Gegenwart verdient hatte. Sechs Jahre später bombte sich in Ellis' Roman „Glamorama“ eine Gruppe terroristischer Models durch die Glitzerwelt der Schönen und Reichen – die einstigen Handlanger der korrupten symbolischen Ordnung waren zu „Boten des Realen“ (Lacan) geworden, die im Gewaltakt ebenjene Ordnung und ihre Legitimität zerstörten.

**HEUTE ERSCHEINEN SUPERMODELS** wie Wiedergänger einer untergegangenen Ära. Sie lösen keine Skandale und Debatten mehr aus, ihr medialer Wert ist





Naomis schwarze  
Lederjacke wurde  
von Alexandre  
Vauthier entworfen

nostalgisch. Auch sind die Zeiten, in denen ein Dutzend Gesichter das Weltverständnis von Schönheit prägen konnte, vorbei. Das aktuelle Mediengeschehen ist auf Diversität geeicht, Attraktivität wird unter buchstäblich neuen Gesichtspunkten verhandelt. Mehr und mehr werden ästhetische Phänomene moralisch aufgeladen. Körperbilder sind deshalb nicht nur anfällig für Konsuminteressen und deren Durchsetzung, sondern auch für identitätspolitische Kontroversen.

Werbekampagnen mit ausschließlich weißen Modells, wie sie noch Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre selbstverständlich waren, gelten heute als inkorrekt, und wer will, kann dies als gesellschaftlichen Fortschritt werten. Naomi Campbell jedenfalls hat im Vorfeld der Ausstellung vom Rassismus der Mode- und Kosmetikbranche in den 1980er und 1990er Jahren berichtet. Wie sie als Alibischwarze für Modeschauen und Shootings gebucht wurde und am Ende nicht auf den Laufsteg oder das Foto durfte. Auch dass man ihr das selbstbewusste Auftreten als Obstruktion auslegte, war Teil einer rassistischen Agenda – mit dem Image der Hysterikerin diskreditierte man eine Frau, die eine respektable Behandlung verlangte, wozu gute Bezahlung ebenso gehörte wie das Mitspracherecht im kreativen Prozess.

## Die Ausstellung beschwört die Vergangenheit und wickelt sie zugleich ab

## Campbell ist die Schnittstelle zwischen alter und neuer Schönheit

**CAMPBELL IST DIE SCHNITTSTELLE** zwischen altem, global vermarktbarem Glamour und einer neuen, ethnisch diversifizierten Idee von Schönheit. Ihr Gesicht hat, mehr noch als das der anderen Supermodels, emblematischen Status – es ist ein weltweit etabliertes Zeichen für Attraktivität geworden. Gleichzeitig stellt es die Schönheitskonvention einer weißen Mehrheit infrage. Deshalb hat die Naomi-Schau paradigmatischen Charakter: Sie präsentiert die Zeitenwende, die durch Digitalisierung und Globalisierung stattgefunden hat. Das nostalgische Bedürfnis, die große Ära der Supermodels mittels Exponaten wiederzubeleben, lädt sich entsprechend mit progressiven Tendenzen auf: Naomi Campbell bestaunen heißt, die Vergangenheit einer konsensfähigen Ästhetik zu beschwören und gleichzeitig abzuwickeln.

Denn in Zeiten von Instagram hat sich die Produktion von Schauwerten derart beschleunigt, dass die Halbwertszeit von Schönheit auf Momente zusammenschnürt. Im Bombardement der Bilder tauchen täglich neue Varianten des ästhetisch Besonderen auf. Die schöne Physiognomie ist darüber zum Ramsch geworden – ein absurder Effekt der Nivellierung in einem Feld, das doch eigentlich auf Überhöhung und Distinktion besteht. Supermodels bilden in dieser Hinsicht eine Art Kanon der modernen,

medial vermittelten Schönheit. Und wie jeder Kanon ist auch dieser umstritten und steht zur Disposition.

Die großen Couturiers haben das schon früh erkannt. Sie wussten, dass die Dominanz der Supermodels der Mode, verstanden als Ausdruck stilprägender Innovation, abträglich ist. Karl Lagerfeld trennte sich von Claudia Schiffer. Calvin Klein ersetzte Christy Turlington durch Kate Moss, eine androgyne junge Frau, deren Gesicht nach gängigen Beauty-Kriterien erst einmal befremdend war: zu breit, zu asymmetrisch, zu kantig. Auch Moss wurde zum Supermodel. Die 1990er und 2000er Jahre ließen ihr genügend Zeit, ikonische Bedeutung anzusammeln. Heute wäre sie nur eine Erscheinung unter vielen, eingespeist in den digitalen Bilderstrom, der Schönheit zu Aufmerksamkeitsgeröll zermahlt.

Dass die Supermodels, mittlerweile alle in ihren Fünfzigern, nun ein Comeback erleben, in Filmdokumentationen (siehe „The Super Models“ auf Apple TV+), aber auch auf den Laufstegen und Titelseiten großer Modemagazine, liegt womöglich an diesem Gefühl allgemeiner Erschöpfung im Angesicht pausenloser Sensationsofferten im Netz. Beauty ist eine inflationäre Währung, ihr Kurswert fällt und steigt an den digitalen Börsen, die ein globaler Influencer-Klüngel mit hysterischem Eifer befeuert.

Wenn Naomi Campbell und ihre Kolleginnen nun wieder auf Laufstegen, im Fernsehen oder als Star einer Ausstellung erscheinen, sind sie nicht nur durch die Geschichte der Populärkultur bestätigt – die Zeit selbst hat sie zertifiziert. Künstliche Intelligenz mag Schönheit in jedem denkbaren Zuschnitt liefern, die Aufladung mit historischer Bedeutung bleibt eine Sache des Alters. Das Netz faltet Raum und Zeit zusammen. In den Falten von Naomi Campbell spannt sich unsere Geschichte als Konsumenten der Schönheit auf.



**DANIEL HAAS** lebt als freier Autor in Hamburg.



STEFAN AUS DEM SIEPEN IST ...



# Der Flaneur

**Diesmal:  
Der  
heilige  
Smiley**

**A**m frühen Morgen, unterwegs zum Auswärtigen Amt, treffe ich einen Kollegen auf der Straße. Es regnet, und er trägt keinen Mantel; so biete ich ihm an, unter meinem Schirm zu gehen. Später schickt er mir eine SMS, die aus zwei Emojis besteht: einem Smiley mit Heiligenschein und einem treuherzig blickenden Engel. Zuerst staune ich: Wie leicht ist es doch, zu moralischen Ehren zu gelangen! Dann fällt mir Papst Johannes Paul II. ein: Er nahm 1800 Selig- und Heiligsprechungen vor – doppelt so viele wie seine Vorgänger in

den letzten 400 Jahren zusammen. Am Ende beschließe ich, eine Kolumne zu schreiben.

Das Religiöse kommt in unserer Sprache längst nur noch ironisch vor, als Material für lustig sein sollende Trivialisierungen; die Emojis ziehen jetzt nach. Der Fressstempel. Das Einkaufsparadies. Die Pop-Ikone. Der Fußballgott. Die Fangemeinde. Der KI-Papst. Der Gelbe Engel. Die Sexbeichte. Der Klima-Apostel. Die zehn Gebote des Bergwanderns. Die Umweltheilige. Der Verkehrssünder. Man kann nur staunen, wie kreativ die Deutschen mit ihrer Sprache umgehen. Die Entwicklung bei den Emojis, die eben erst begonnen hat, verspricht Großes.

In erster Bedeutung sind religiöse Ausdrücke abgeschafft. Auf manchen Flughäfen gibt es einen „Raum der Stille“ – um den „Gebets-“ oder „Andachtsraum“ zu vermeiden. Wir leben in einem weltanschaulich neutralen Staat mit weltanschaulich neutralen Flughäfen. Ein „Gebetsraum“ wäre provozierend, könnte atheistische Passagiere verletzen. Der Raum der Stille hat den Vorteil, dass man in ihm nicht nur beten, sondern auch Yoga machen oder E-Mails checken kann. Viele halten die Andacht ohnehin für eine Art Entspannungsübung mit (eingebildeter) metaphysischer Komponente; umgekehrt genießt die Yoga-Übung religiösen Status light. Hauptsache, es ist still!

Christliche Vornamen sind beliebt: Noah, Elias oder Marie behaupten seit Jahren Plätze in den Hitlisten. Die religiöse Dimension dürfte damit wenig zu tun haben – sie klingen nur schön und irgendwie stimmungsvoll. Das rückt sie auf eine Beliebigkeitsstufe mit Naomi, Niklas oder Justin. Vorsicht: In Büchern sollten christliche Vornamen nicht mehr verwendet werden. Wenn „Lukas der Lokomotivführer“ heute neu erschiene, hieße der Titelheld gewiss anders. Oder vielleicht hat man inzwischen schon vergessen, dass Lukas in der Bibel vorkommt? So wie der Vertreter der Hermes-Versicherung oder die Verkäuferin in der Merkur-Apotheke nichts von antiker Mythologie versteht.

Ein Lippenstift der Firma L'Oréal trägt den Namen „Glow Paradise“. Dazu gibt's die Wimperntusche „Lash Paradise“ und das Rouge „Blush Paradise“. Ein Werbespruch verheißt „Lippen wie im Paradies“. Wir lernen daraus: Eva schminkte sich die Lippen und tuschte die Wimpern. Vermutlich tat sie es nach dem Sündenfall, in der kurzen Spanne, die zwischen dem Biss in den Apfel und dem Hinauswurf übrig blieb. Doch mit solchen Fragen muss sich die Verkäuferin in der Parfümerie nicht belasten.

Manche Ausdrücke der Bibel sind aus objektiven Gründen nicht mehr brauchbar. Das „biblische Alter“ beträgt 70 Jahre – eine bescheidene Zahl, die heute niemanden mehr beeindruckt. Wer nur 70 wird, fällt im Gegenteil durch sein vorzeitiges Hinscheiden auf. Wie wäre es mit: „Er ist viel zu früh gestorben – schon im biblischen Alter“?

Kürzlich schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* über den Licht-Fußballer Ronaldo: „Er hat biblische 207 Länderspiele (130 Tore) absolviert.“ Gratulation! Allerdings: Wen gibt es in der Bibel, der so viele Länderspiele bestritt und so viele Tore schoss? Hier weiß auch der Kolumnist nicht weiter.

**STEFAN AUS DEM SIEPEN  
ist Diplomat und Schriftsteller.  
Zuletzt erschien von ihm beim  
zu Klampen Verlag „Wie man  
schlecht schreibt: Die Kunst  
des stilistischen Missgriffs“.**



SALON

Man sieht nur, was man sucht

# Die chinesische Kaiserinwitwe im Stile europäischer Salonmalerei



Von BEAT WYSS

Cixi, die mächtige Frau Chinas im  
späten 19. Jahrhundert, öffnete ihr  
Reich für die westliche Ästhetik –  
mit einem Porträt ihrer selbst.

**D**ie Befürchtungen im Jahr des Sommermärchens 2006 wurden nicht bestätigt. In der Bundesrepublik kam damals unter deutschen Fans der Brauch auf, Flagge zu zeigen: Rückspiegelkappen in Schwarz-Rot-Gold und Wimpel an Pkw-Antennen nährten die Sorge, Nationalstolz könnte in Deutschtümelei umkippen, der Ungeist der 1930er Jahre aus der Gruft der Zeitgeschichte wiedererwachen. Doch mitnichten: Die AfD verschmähte den Europacup, für die Partei ist Weltfußball zur Pflanzstätte der Umvolkung verkommen. Ganz konsequent geben allerdings nicht alle Parteimitglieder alles für Deutschland, es soll auch welche geben, die nebenbei noch für China spionieren.

Landläufig herrscht die Meinung, Deng Xiaoping, der reformkommunistische Parteiführer, habe China nach den Irrungen der Kulturrevolution um 1980 diplomatisch und ökonomisch zum Westen hin geöffnet. Das ist, welthistorisch betrachtet, hundert Jahre zu kurz gegriffen. Das Ende selbstgenügsamer Abschottung hat eine Frau eingeleitet: Cixi, die Nebenfrau von Kaiser Xianfeng, dem der Alkohol und das Opium einen frühen Tod bereiteten. Opiumsucht hatte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer Volkskrankheit ausgebreitet; importiert ward das Rauschgift als Zahlungsmittel von der Kolonialmacht England, nicht mehr willens, die bei Briten so begehrten chinesischen Handelswaren Tee, Porzellan und Seide mit Silbergeld zu bezahlen.

Aus zwei Opiumkriegen – stählerne Kriegsschiffe unter Dampf gegen hölzerne, windkraftbetriebene Dschunken im Südchinesischen Meer – zog Cixi Konsequenzen. Unterstützt von loyalen

Offizieren, verhaftete sie den erzkonservativen Regentschaftsrat ihres verstorbenen Gatten, um eine neue Hofpolitik ins Leben zu rufen, die als Tongzhi-Restauration in die Geschichte einging. Es galt, vom Ausland zu lernen, junge Chinesen sollten in der Fremde studieren, um Wissen in ökonomischen und technologischen Bereichen nach Hause zu bringen.

Cixis Wendigkeit, Konservatismus mit Fortschritt zu verbinden, veranschaulicht ihr Porträt. Das Gemälde befolgt zwar den Bildtypus des auf dem Drachenthron sitzenden Kaisers, gültig seit der frühen Ming-Dynastie im 14. Jahrhundert: Offensichtlich zeigt die Kaiserinwitwe ihre Hände, die einen Fächer umfassen – an Ring- und kleinem Finger hat die Herrscherin, nach altem Brauch des Adels, die Nägel in Überlänge wachsen lassen. Zeichen dafür, es nicht nötig zu haben, die Hände fürs Arbeiten zu gebrauchen. Goldene Hüte schützen das Nagelhorn vorm Abbrechen.

Zugleich vollzieht das Gemälde auch eine Öffnung zur westlichen Ästhetik. Buchstäblich aus dem Rahmen chinesischer Tradition fällt der Holzrahmen, der das Gemälde einfasst. Chinesische Tuschemalerei wird nicht starr an die Wand gehängt, sondern als Längs- oder Querrolle in Schatullen aufbewahrt und nur im Akt des Zeigens entrollt. Gemalt wird mit Tusche auf Papier oder Seide; Ölmalerei hatten einst italienische Jesuiten versucht, dem Kaiserhof schmackhaft zu machen – vergeblich. Jetzt aber beauftragte Cixi, die selbst eine begabte Malerin war, Hubert Vos, ein Ölporträt im Stil westlicher Salonmalerei zu schaffen, das ihre Gesichtszüge geradezu rembrandtmäßig ausleuchtet. Wie eine Fotografie sollte es wirken, jenes moderne Medium, das Cixi so schätzte. Solche Anmutung unterstreicht der geschnitzte Rahmen aus Edelholz, zur Bildfläche hin oval geformt wie ein Passepartout für ein gründerzeitliches Familienalbum.

In kulturdiplomatischer Funktion wurde das Gemälde 1905 am Salon de Paris ausgestellt; von einem Amerikaner erworben, befindet es sich heute im Harvard Art Museum zu Cambridge. Ein zweites Porträt, dem chinesischen



#### **Beat Wyss**

ist einer der bekanntesten Kunsthistoriker des Landes. Der gebürtige Basler, emeritierter Professor für Kunst- und Ideengeschichte, ist Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Jeden Monat stellt er in Cicero ein Bild und dessen Geschichte vor. Über den Umbruch vom Chinesischen Kaiserreich zur Volksrepublik schreibt Wyss in seinem zweibändigen Werk über „Das Genie des Abendlands“, das Mitte August in Druck geht.

Stil nachempfunden, schuf Vos für den Peking Sommerpalast. Der gebürtige Maastrichter war ein Globetrotter mit amerikanischem Pass, in zweiter Ehe mit einer Hawaiianerin verheiratet. Eine Weile lebte Vos unter den Sioux aus Protest gegen die aggressive Umsiedlungspolitik der Indigenen. Solche Weltoffenheit ist heute verpönt, wird von links als übergriffig und von rechts als volksvergessen erachtet. Darin offenbart sich die Dialektik der Globalisierung: Je schneller uns die technischen Fortbewegungsmittel zusammengeführt haben, desto fremder wird man sich. So wird uns ein vorurteilslos zugewandter Blick auf die anderen verstellt. ●

**Hubert Vos: Porträt von Cixi, Kaiserinwitwe, 1903, Harvard Art Museums, Cambridge, Massachusetts**



SALON

# Literaturen

Neue Bücher, Texte, Themen



Sachbücher

## Soziologische Selbstaufklärer

**S**elten war das Bedürfnis der Gesellschaft nach Aufklärung über sich selbst größer als heute. Unübersehbar sind die sozialen Zerfallerscheinungen und ideologischen Fliehkräfte, ebenso die strukturelle Trägheit und politische Hilflosigkeit angesichts der multiplen Krise. Wäre dies nicht die Sternstunde der Soziologie als Deuterin unserer Gesellschaftspathologien: Wie kam es zu dieser Entgleisungstendenz und ist sie noch reversibel?

Die jüngere Vergangenheit kennt noch brillante Theorien. Arnold Gehlen (als Gegenspieler der Frankfurter Schule) und Niklas Luhmann, Pierre Bourdieu und Luc Boltanski vermittelten tiefe Einsichten auf der Basis empirischer Evidenz.

Die aktuelle Soziologie schwächt ihre Erklärkraft durch allzu viel Betroffenheit und moralische Kategorien. Ingolfur Blühdorn legt mit „Unhaltbarkeit“ immerhin eine mutige These vor.

Der Mangel an Distanz ist heute das größte Handicap für Erkenntnis. Das typische Beispiel einer Betroffenheitssoziologie im Geiste der Solidarität, die wenig Aussagekraft über sich selbst hinaus besitzt, bietet aktuell Didier Eribon („Eine Arbeiterin“). Erklärt der Frust der Herkunft die rasante Talfahrt des liberalen Gesellschaftsmodells? Das ist zu bezweifeln. „Schaurige Welt, kapitalistische Welt“ (Gottfried Benn) – am Ende ist es gar nicht so hilfreich, mit moralischen Kategorien den Schattenseiten des spätmodernen Daseins nachzuspüren. Heutige Soziologie sollte mehr bieten als einen dünnen Aufguss von Rousseau (der Mensch ist von Natur aus gut, die Gesellschaft ist es aber nicht).

Aktuelle soziologische Titel stellen durchweg negative Befunde. Es geht um Zivilisationsdefizite im Allgemeinen und divergente Regionalentwicklungen im Speziellen.

Steffen Mau bleibt seinem Lieblingsthema treu und fühlt dem ewigen ostdeutschen Patienten den Puls. Seine Analyse „Ungleich vereint“ behauptet ein strukturelles und mentales Anderssein des Ostens. Wiedervereinigung als Mesalliance: Im kontinuierlichen Auseinanderdriften des Landes in einen ökonomisch starken Westen einerseits und einen kleinbürgerlichen, demografisch ausblutenden Osten andererseits erkennt Mau Anzeichen einer Verfestigung („Ossifikation“) fundamental unterschiedlicher Einstellungen, Erfahrungen und Gesellschaftsperspektiven.

Der kulturelle Schlüsselbegriff für Ostdeutschland lautet noch immer Resentiment. Das westdeutsche Gegenstück wäre demnach saturierte Sentimentalität. Beides zusammen ergibt jene Form der unendlichen Selbstbespiegelung, die empirisch das zutage bringt, was intuitiv schon längst handlungsbestimmend war. Der deutsche Osten ist vor langer Zeit – und unwiderruflich – rechts abgebogen. Das aber ist mitnichten schon Erkenntnis. Vielmehr wäre dies der Ausgangspunkt für eine schonungslose Analyse, die Mau allerdings schuldig bleibt.

Die unübersehbaren kollektiven Risse sind bloß das Symptom einer tiefgreifenden Delegitimierung von Machtrepräsentation, staatlichen Strukturen und gesellschaftlich gültigen Wertvorstellungen. In Thüringen läuft momentan die Generalprobe für das Stück Weimar 2.0. Das politische Klima wird in Ost und West, nach Jahrzehnten des fröhlichen, aber irregeleiteten Liberalismus, spürbar reaktionär, intolerant und böseartig. Doch warum das so ist, kann Steffen Mau weder klar beschreiben noch hart begründen. Zu süffig sein Stil, zu menschenfreundlich seine Perspektive.

Ein anderes Kaliber verspricht das jüngste Buch von Ingolfur Blühdorn. „Unhaltbarkeit“ ist ein mutiger und zeitgemäßer Titel. Ist es nicht ein Gebot des eigenen Überlebens, sich vom

Unhaltbaren zu lösen, um das Eigene zu bewahren? Blühdorns These lautet: Die Selbstbeschwörungsformeln des ökologisch aufgeklärten Bürgertums sind zu ihrem Ende gelangt. Er hinterfragt die postulierten Normen gesellschaftspolitischen Wunschdenkens. Was passiert eigentlich, wenn Migration nicht eingedämmt wird, Wohlstand ungleich verteilt bleibt, wenn alle Klimaziele verfehlt werden und die etablierten demokratischen Systeme in Europa weiter erodieren zugunsten eines Populismus von rechts, der auch vor neofaschistischen Tabus nicht zurückschreckt? Wäre dies das Ende Europas – oder bloß der Beginn einer neuen Erzählung der Postdemokratie in den Ruinen des historisierten Liberalismus?

Das Projekt der ökologisch-sozialen Transformation scheitert allein schon am materiellen Anspruchdenken des Wohlstandsbürgertums. Blühdorns Buch ist in diesem Sinne ein Plädoyer für Wahrhaftigkeit. Niemand kann gezwungen werden, die Realität auf Biegen und Brechen ändern zu wollen – aber von jedem kann

## Ingolfur Blühdorn These lautet: Die Selbstbeschwörungsformeln des ökologisch aufgeklärten Bürgertums sind zu ihrem Ende gelangt

verlangt werden, der Wahrheit einer Gesellschaft über sich selbst ins Auge zu blicken, gerade dann, wenn sie das eigene Spiegelbild zurückwirft. Denn nur die Selbstflüge, so könnte man Blühdorn jetzt paraphrasieren, ist auf Dauer unhaltbar.

Doch so ambitioniert der Anspruch dieser Studie, so professoral und unständig ihr Stil. Es wäre übertrieben zu behaupten, dass Blühdorns wichtiges Buch gut oder auch bloß angenehm zu lesen sei. Die angefügte Literaturliste verweist ein wenig zu oft auf Artikel und Bücher des Verfassers. Selbstreferenzialität ist aber seit Schopenhauers „Parerga und Paralipomena“ noch nie ein schlagendes Argument gewesen. Sei’s drum, im Deutschen kommen die großen Ideen eben nicht auf Taubenflügeln daher, sondern spreizfüßig und in Birkenstocksandalen. Auch das hat hierzulande eine ehrwürdige Tradition.

Die prägnantesten Zeitdiagnosen kommen ohnehin oft nicht von Wissenschaftlern, sondern von Romanautoren. Zur Verrohung der politischen Kultur ist das noch immer „Uhrwerk Orange“ von Anthony Burgess. Als Gleichnis einer Gesellschaft im Niedergang sei der jüngste Roman von Sibylle Berg empfohlen: „GRM. Brainfuck“. Die beste Form der Soziologie bieten gute Kriminalromane, wie der neu verlegte Klassiker „Der Tod ist eine Liebkosung“ von Arve Moen belegt.

*Dominik Pietzcker*



**INGOLFUR BLÜHDORN**  
**Unhaltbarkeit**  
Edition Suhrkamp,  
Berlin 2024.  
320 Seiten, 20 €



**STEFFEN MAU**  
**Ungleich vereint**  
Edition Suhrkamp,  
Berlin 2024.  
168 Seiten, 18 €

Sachbuch

## Streitschrift für die Freiheit

Melanie Möller verteidigt die Literatur gegen entmündigende Eingriffe.



**N**eben dem weithin bekannten, seit dem 16. Jahrhundert bestehenden Index verbotener Bücher – „Index librorum prohibitorum“ – führte die katholische Kirche mit dem „Index librorum purgandorum“ auch eine Liste von Publikationen, die nicht als Ganzes verdammt wurden, sondern in denen lediglich als anstößig befundene Stellen getilgt werden sollten. Wer die Werke, die entweder gegen das geschlossene Weltbild der Kirche verstießen oder ihre rigiden Moralvorstellungen verletzten, dennoch las, musste mit Höllenstrafen rechnen.

Wie ein später Ausfluss dieser letztlich vergeblichen Zensurbemühungen müssen uns heute die allgegenwärtigen Warnhinweise in Klassikern der Weltliteratur erscheinen. In einer illustrierten Neuausgabe von Herman Melvilles „Moby Dick“ etwa heißt es gleich zu Beginn, noch ehe der Autor selbst zu Wort

### Bücher pflastern den Weg der Freiheit

kommt: „Dieser Roman ist ein Produkt seiner Zeit und enthält diskriminierende Sprache und Darstellungen.“ Und wie ein moderner Ablasshandel wirkt der distanzierende Folgesatz: „Jegliche Art von Diskriminierung ist – damals wie heute – falsch und entspricht nicht der Auffassung der Redaktion von einer vielfältigen und gleichberechtigten Gesellschaft.“ Am Ende des Textbausteinkastens wird es gar aktivistisch: „Wir ermutigen dazu, sich kritisch mit diesen Inhalten auseinanderzusetzen und aktiv für eine inklusive und respektvolle Gesellschaft einzustehen.“ Immerhin kann man dem Verlag zugutehalten, dass er nicht Hand an Melvilles Text selbst angelegt hat.

Die Altphilologin Melanie Möller, Jahrgang 1972 und seit 2015 Professorin an der Freien Universität Berlin, wendet sich in ihrer aktuellen Streitschrift „Der entmündigte Leser“ gegen eine derartige Infantilisierung. In ihrem Buch verteidigt sie mit Vehemenz die Differenz von Autor und Werk. Sie zeigt dabei zahlreiche aktuelle Beispiele für vermeintlich „gut gemeinte“ Eingriffe an literarischen Texten auf.

Ihr engagiertes Plädoyer „für die Freiheit der Literatur“ führt in zehn Kapiteln ungewöhnliche Autorenpaare wie Euripides und Annie Ernaux, Vergil und Heinrich von Kleist, Catull und Casanova oder auch Sappho und Astrid Lindgren zusammen. In ihrer originellen Zusammenstellung spielt Möller vor allem ihre Kompetenz in Sachen antiker Texte voll aus, sodass ihr Werk eines von hoher Gelehrsamkeit ist und den Leser auch mit eher unbekanntem römischen Autoren wie Petron und Propertius bekannt macht.

Wer heute für die Freiheit eintritt, macht sich verdächtig. Umso mehr ist Möllers Mut zu würdigen, als Professorin einer staatlichen Universität dieses Buch vorgelegt zu haben, das völlig aus dem sonst weitgehend unkritischen, auf staatliche Drittmittelgeber orientierten und auf karrierefördernde Opportunität ausgelegten akademischen Betrieb ausschert.

Die katholische Kirche hat irgendwann eingesehen, dass der Kampf gegen unliebsame Bücher ein aussichtsloses Unterfangen ist. Für diese Erkenntnis hat sie allerdings ein paar Jahrhunderte gebraucht; der Index wurde erst vor gut 60 Jahren abgeschafft. Die Idee aber, unbedarfte Leser vor Literatur schützen zu müssen, ist nicht totzukriegen, wie Möllers Buch zeigt. René Schlott



**MELANIE MÖLLER**  
**Der entmündigte Leser**  
 Galiani, Berlin 2024.  
 240 Seiten, 24 €

## Erzählungen

# Naturbäder und andere Dramen

T. C. Boyle beweist, dass er auch die Kunst der kurzen Geschichte beherrscht.

Nach dem Buch ist vor dem Buch – so lautet Tom Coraghessan Boyles Credo. Alle zwei Jahre ein neuer Roman, fast immer ein Bestseller, begleitet von einer hallenfüllenden Tournee. Zwischendurch Kurzgeschichten-Sammlungen wie diese hier. Einen verlässlichen Autor als T. C. Boyle kann sich ein Verlag kaum wünschen. Die deutsche Fangemeinde ist dem „good American“ für den steten Nachschub sowieso dankbar. Schon deshalb pflegt der bekennende Workaholic mit dem Rocker-Punker-Hipster-Gebaren die perfekte Leserbindung – siehe sein X-Konto, wo er sich mit unerschöpflicher Leutseligkeit um seine 17 000 Follower kümmert.

„I Walk Between the Raindrops“ – der englische Titel blieb der deutschen Übersetzung (Dirk van Gunsteren, Anette Grube) erhalten – ist sein zwölfter Erzählband. Er enthält 13 abgründige Erzählungen, die vor einem halben Jahrhundert spielen oder in naher Zukunft, in Arizona oder im südfranzösischen Arles, aus weiblicher oder männlicher Sicht. Eine Lehrerin hat ein Verhältnis mit einem Schüler, und „Metoo“ steht kopf. Selbstfahrende und sprechende Autos bestimmen plötzlich, wer einsteigen darf und wer nicht. Ein Passagier erkrankt an Corona, und das Kreuzfahrtschiff wird zum Gefängnis. Der lästige Mitreisende im Zug entpuppt sich als Amokläufer-Versteher.

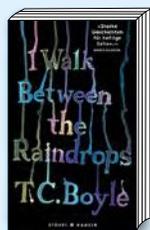
Es sind Ereignisse, Trends, Nachrichten, die ihn inspirieren, sagt Boyle in Interviews. Doch bei aller Greifbarkeit der Themen ist es immer wieder bewundernswert, wie versiert er sich in Milieus, Personen, Gedankenwelten versetzt. Leicht macht er es sich

damit nämlich nicht: Der mittlerweile 75-Jährige lebt eher abgeschieden im 9000-Einwohner-Örtchen Montecito, einer kalifornischen Promi-Enklave, und bevorzugt einsame Wald- und Strandspaziergänge mit Hund.

Natürlich kämpft auch in „Raindrops“ wieder der Mensch gegen die Natur, und zwar vergeblich. In der titelgebenden Geschichte geraten harmlose Regentropfen zur tödlichen Schlamm-lawine, die Menschen, Bäume, Häuser und Bären mitreißt. Tatsächlich passierte 2018 in Montecito genau das: Sturzfluten mit mehr als 20 Toten, darunter Boyles Nachbarn.

„Dies sind die Umstände“ wiederum handelt von gutmenschelnden Amerikanern mit Zeit, Geld und Pseudoproblemen, die sich für 50 Dollar von einer „Naturbad-Expertin“ 500 Meter in ein Waldstück „führen“ lassen, um dort zwei Stunden lang Blätter zu betrachten und sich halbnackt auf der Erde zu wälzen. Die Sache artet zum Drama aus, klar. Es ist der bewährte Boyle-Trick: Erst mit Umweltschützern – er zählt sich selbst dazu – sympathisieren und ihnen dann ihre Naivität und Heuchelei um die Ohren hauen.

Eigentlich ist Boyle ein Meister des langen Erzählens. In seinen Romanen brauen sich Gewitter an fernen Horizonten zusammen und ziehen langsam über die Protagonisten herein. Frühere „Short Stories“ haben daher Kritiker und Leser nicht immer überzeugt. Aber hier, mit „Raindrops“, gelingt die Kunst des kurzen Erzählens. Auch wenn man ahnt, dass einen Boyle am Ende ohne Moral alleinlassen könnte, will man alle Geschichten fertiglesen. Und darum geht es bei einem guten Buch. *Viola Schenz*



T. C. BOYLE  
I Walk Between the Raindrops  
Hanser, München 2024.  
272 Seiten, 25 €

FACHWISSEN SEIT 1974

PSYCHOLOGIE  
HEUTE

# Wer kann Nähe?

Unser Heft über frühe Prägungen und neue Muster



Jetzt bestellen

psychologie-heute.de

# DAS MAGAZIN FÜR ZEITGENÖS- SISCHE KUNST!



**JETZT  
GRATIS  
TESTEN!**

Wie kein anderes Magazin spiegelt Monopol, das Magazin für Kunst und Leben, den internationalen Kunstbetrieb wider.

Herausragende Porträts und Ausstellungsrezensionen, spannende Debatten und Neuigkeiten aus der Kunstwelt, alles in einer unverwechselbaren Optik.

**JETZT BESTELLEN UNTER**

**MONOPOL-MAGAZIN.DE/PROBE**

**TELEFON 0451 4906 440**

STICHWORT: „PROBEABO 1“

**monopol**  
Magazin für Kunst und Leben

Roman

## Die Fantasiemaschine

Saša Stanišić erzählt aus einem Labyrinth der Künstlichen Intelligenz.

**G**eorg sammelt Panini-Fußballsticker, mag Alliterationen und ist von der „prinzipiellen Scheißigkeit von Tatort“ überzeugt, weswegen er den Fernseher lieber gar nicht anschaltet. Stattdessen übt er sich mit seinem Sohn im harten Memory-Wettstreit. Viel später erfahren wir dann, dass Letzterer sogar bei den Deutschen Gedächtnismeisterschaften gewonnen haben will. Wahrheit oder Traum eines stolzen Vaters?

Diese Frage lässt Saša Stanišić in seinem neuen Roman offen. Der trägt den Endlostitel „Möchte die Witwe angesprochen werden, platziert sie auf dem Grab die Gießkanne mit dem Ausguss nach vorne“. Tatsächlich ist er das Aushängeschild eines durch und durch labyrinthischen Erzählverfahrens. Was zunächst als gewöhnlicher Geschichtenband daherkommt, entpuppt sich sukzessive als komplexes Textgeflecht mit allerlei Verwinkelungen und Querverbindungen.

Zusammgehalten wird das Ganze, wie man erst am Ende der verschiedenen Storys begreift, durch eine an eine Künstliche Intelligenz erinnernde Fantasiemaschine. Man loggt sich ein und spielt im „Anproberaum“ eine optionale Zukunft durch: Eine einsame Witwe sieht sich als einzige Überlebende eines Flugzeugabsturzes, indessen entdeckt ein Schüler einen altrömischen Schatz. Derweil wundert sich ein anderer Protagonist über den Vorwurf, vor Jahren das Schild eines Pubs auf Helgoland gestohlen zu haben. Überhaupt scheint bei ihm alles durcheinander zu sein, seit er sich als Figur in der Geschichte eines unbekanntenen Autors wähnt. Ist er also möglicherweise selbst in jenem besagten Fiktionsapparat

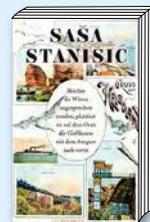
gelandet, den er sich noch im ersten Text des Bandes ausgedacht hat?

Drunter und drüber sowie vor und zurück geht es also in dieser hochkomplexen und zugleich vergnüglichen Konstruktion zu. Sie schöpft den technischen Möglichkeitszuwachs durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz äußerst kunstvoll aus. Doch die Ambition dieses kongenialen Werkes, das leichtfüßig Heine, Goethe und Kehlmann anziert, reicht noch weiter. Denn den 1978 in Višegrad geborenen Autor interessieren sehr existenzielle Überlegungen in seinem Schreiben: Was bestimmt unser Schicksal? Welche Alternativen lässt ein Leben zu? Und was leistet das Erzählen und Lesen in einer verworrenen, unüberschaubaren Gegenwart?

Antworten darauf kann man von einer Software erhoffen, genauso aber auch von einer experimentierfreudigen Literatur. Was virtuelle Welten mit Avataren zu leisten vermögen, kann Stanišićs Werk schon längst. Figuren erproben sich in diversen Konstellationen und Bewusstseinszuständen, getreu der Devise: Im Universum der Worte ist alles frei.

Dass der vor allem durch seinen Roman „Herkunft“ berühmt gewordene Stanišić für jede Episode seines Buches einen eigenen Stil gebraucht, zeugt überdies von hoher literarischer Virtuosität. Mal imitiert er den Jugendslang, wenn etwa vom „okayen Abschluss“ die Rede ist, mal demonstriert er mit schiefen Bildern die Herausforderungen des Deutschen für Zugewanderte. Das (nur schwer vorstellbare) „Gesicht wie ein freundliches Bügeleisen“ kann einem in solch einem Fall durchaus begegnen. Alles andere wäre für diesen Meilenstein der zeitgenössischen Prosa schlichtweg zu langweilig.

*Björn Hayer*



**SAŠA STANIŠIĆ**  
**Möchte die Witwe angesprochen werden,...**  
Luchterhand, München 2024.  
256 Seiten, 24 €



# Brodkorb liest

Sachbuchtipps von Mathias Brodkorb

## DREHBUCH DER AMPEL

Vor mehr als 60 Jahren, 1958, schrieb der linke britische Soziologe Michael Young das Buch „The Rise of the Meritocracy“. Trotz Übersetzung von 1961 („Es lebe die Ungleichheit“) wurde es in Deutschland bis heute kaum zur Kenntnis genommen und ist nur noch antiquarisch erhältlich. Dabei ist es das Drehbuch zur Politik der Ampelregierung. Als Olaf Scholz 2017 zur Vorbereitung seiner Kanzlerkandidatur sein Buch „Zukunftsland“ veröffentlichte, stützte er sich auf die Schrift von Young: bei Fragen des „Respekts“.

Youngs Buch ist eine satirische Dystopie. Er malt sich aus, was aus Großbritannien bis zum Jahr 2034 geworden sein wird, wenn sich das Konzept der Sozialdemokratie durchsetzt, dass nur individuelle Begabung und Leistungsbereitschaft über den Lebensweg eines jeden Menschen entscheiden sollen. Seine Prognose: Durch faire Aufstiegschancen für alle entsteht eine neue Klassengesellschaft, weil nicht alle gleich begabt und fleißig sind. Die Klugen steigen auf, die nicht ganz so Klugen verharren in den unteren sozialen Milieus und haben plötzlich keine Ausrede mehr für ihre Lage. Dadurch kommt es 2034 nicht nur zu einem gewaltsamen Aufstand der Deklassierten. Außerdem gerät die Sozialdemokratie in die Krise, weil sie im Grunde historisch nicht mehr gebraucht wird.

Youngs Botschaft: Zu viel Gerechtigkeit durch Leistung ist keine gute Idee. Und man muss außerdem ein hübsches Narrativ für die abgehängten Schichten erfinden, um sie bei Laune zu halten. Weniger Leistungsdenken und dafür mehr unterschiedslosen „Respekt“ für alle also. Willkommen in der Rhetorik und Realität der Ampelpolitik!



MICHAEL YOUNG  
Es lebe die Ungleichheit: Auf dem Weg zur Meritokratie  
Econ, Düsseldorf 1961.  
280 Seiten. Nur antiquarisch.

## POSTKOLONIALE REDUNDANZEN

Schon wenn man bloß das Vorwort dieses Sammelbands liest, kommt man mächtig ins Grübeln. Sein Thema ist die Rolle des Auswärtigen Amtes während und nach der Zeit des deutschen Kolonialismus. Es geht in ihm darum, „koloniale Denkmuster“ als regelrechte „DNA des Auswärtigen Amtes“ zu entlarven – bis zum Dienstantritt von Annalena Baerbock.

Die Herausgeber bekennen wortwörtlich, dass das möglicherweise ein allzu pauschalisierender moralischer „Impetus“ sein könnte. Aber immerhin eigne sich dieser prima als „Gegengewicht“ zum „verführerischen Narrativ“ der Selbstbefreiung deutscher Außenpolitik aus den Fallstricken des Kolonialismus. Eigentlich hatte man ja bisher gedacht, Historikern ginge es schon aus Professionsgründen um Wahrheit und nicht um die Verfertigung politisch motivierter Erzählungen. Man kann als Leser nur dankbar sein, dass sich nicht alle Autoren an diesen Marschbefehl gehalten haben.

Der Band besteht aus zwei Teilen. Im ersten werden verschiedene Geschichten über die deutsche Kolonialgeschichte erzählt. Sie enthalten kaum Neuigkeiten, sondern fassen den Forschungsstand zusammen. Immer wieder kommt es dabei zu ärgerlichen inhaltlichen Redundanzen. Eine harte Hand der Herausgeber hätte gutgetan.

Der Schwerpunkt des Bandes aber ist der zweite Teil: Welche kolonialen Traditionen haben die deutsche Außenpolitik auch nach den beiden Weltkriegen noch geprägt? Dabei wechseln sich regelmäßig exzellente Beiträge mit reinen Propagandastrümpfen ab, die nur noch ihrer Gestalt nach etwas mit Wissenschaft zu tun haben. Für kritische Leser ist dennoch ausreichend Interessantes dabei.



HAAS, CARLOS ALBERTO/LEHMANN, LARS/REINWALD, BRIGITTE/SIMO, DAVID (HG.)  
Das Auswärtige Amt und die Kolonien. Geschichte, Erinnerung, Erbe  
C.H.Beck, München 2024.  
592 Seiten, 36 €.

Als Olaf Scholz 2017 „Zukunftsland“ veröffentlichte, stützte er sich auf Youngs „The Rise of the Meritocracy“



PETER HOERES LIEST ...

# Das politische Buch



**PETER HOERES**  
ist Professor für  
Neueste Ge-  
schichte an der  
Julius-Maximili-  
ans-Universität  
Würzburg.

In seiner Bilanz der kommunistischen Verbrechen, dem „Schwarzbuch des Kommunismus“, fragte Stéphane Courtois 1997 auch danach, warum so viele Intellektuelle im Westen blind für die massenhaften grauenvollen Untaten waren. Ein Grund war, dass viele Linke eine – ihre – Utopie in der Verwirklichung sahen. Dabei kann man eben kein Omelett machen, ohne Eier aufzuschlagen. Courtois und seine Mitstreiter standen dann einigermaßen fassungslos vor der Schreckensbilanz des roten Terrors.

Ähnlich ergeht es den Beiträgern des Buches „Siebter Oktober Dreiundzwanzig“, die der Historiker Vojin Saša Vukadinovic in ziemlicher Eile nach dem Angriff der Hamas auf Israel um sich geschart hat. Allesamt haben sie Migrationshintergrund, viele kommen aus der Linken. Alle sind sie doppelt empört: über den barbarischen Angriff der Hamas und weiterer zum Teil sogar bei Juden beschäftigter Palästinenser auf israelische Zivilisten, Männer, Frauen, Kinder, Babys, über die Geiselnahmen und die brutalen Schändungen von Frauen und Mädchen.

Die zweite Ebene, und das verbindet die Autoren mit Courtois, ist aber die Empörung über die Intellektuellen, die sich zum Teil noch vor der israelischen militärischen Reaktion gegen den jüdischen Staat wandten und sich gar wie Ghassan Hage, Joseph Massad oder Russel Rickford mit der Hamas solidarisierten.

Die Überraschung über diese links-islamistische Querfront liegt, wie Vukadinovic schreibt, an Unkenntnis der queeren und postkolonialen Theorie, denn „wer im Feld der Postcolonial Studies nach Wissenschaftlern sucht, die nicht ‚israelkritisch‘ sind, hat schlichtweg nicht begriffen, womit man es zu tun hat“.

Formationen wie „Queers for Palestine“ sind ebenfalls nicht so überraschend, wie man angesichts der Verfolgung von Homosexuellen in islamischen Ländern, auch in Gaza und im Westjordanland, meinen könnte. Das zeigt Chantalle El Helou anhand der Ikone der „Queer Theory“ Judith Butler. Deren rabiater Antizionismus, der Israel das Existenzrecht abspricht und Juden nur in der Diaspora für erträglich hält, leitet sich aus ihrer frühen Queer Theory ab. Es handelt sich also nicht um eine bedauerliche politische Verirrung. Die Dekonstruktion des Geschlechts führt bei Butler zur Dekonstruktion Israels.

An den moralischen Implikationen lässt El Helou keine Zweifel: „Indes muss klar festgehalten werden, dass queere Ikone und Konsorten am Ende des Tages auf der Seite der Barbarei stehen. Über die Vernichtung menschlichen Lebens vergießt die queere Avantgarde nur Krokodilstränen. Ihnen war niemals an der Verbesserung des Bestehenden gelegen, und dies liegt in ihrer zynischen Ideologie selbst begründet: Der Fluchtpunkt ihrer Überlegungen ist ein Toteskult.“

Wie der Antizionismus mit einem ausgeprägten Rassismus auch und gerade bei einem Moralisten wie dem Schweizer Soziologen Jean Ziegler einhergeht, schildert Emrah Erken in Erinnerungen an sein abgebrochenes Studium bei diesem „dekolonialen Ideologen avant la lettre“.

Die Integrationsbeauftragte in Berlin-Neukölln, Güner Balci, stellt nüchtern fest, dass die Politikerfloskel „Antisemitismus hat keinen Platz in Deutschland“ eine offene Lüge ist. Und viele weitere Beiträge illustrieren das.

So lässt einen die Lektüre des Bandes betreten zurück. Die intellektuellen wie die islamistischen Menschenfeinde sind unter uns. Es braucht tatsächlich partei- und lagerübergreifende „starke Allianzen“ (Balci), um sie in ihre Schranken zu weisen.



VOJIN SAŠA  
VUKADINOVIC (HG.)  
Siebter Oktober  
Dreiundzwanzig  
Querverlag, Berlin 2024.  
456 Seiten, 20 €

# HILFE, DIE WIRKT.

Gemeinsam unterstützen wir Kinder und Familien in Not.



2024/1





Mit vollem  
Genuss gehen  
die Lichter aus

# Alessija Lause

**Alessija Lause**  
Die Schauspielerin Alessija Lause wurde 1980 in Bad Aibling geboren, ihre Mutter ist Kroatin, ihr Vater Deutscher. Nach ihrem Auftritt im „Tatort – Cash“ im Februar verstärkt sie das Dortmunder Team künftig als Hauptkommissarin Ira Klasnic.

**A**n meinem letzten Tag wache ich in Kroatien auf. Bei meinen Großeltern in Istrien habe ich den größten Teil meiner Kindheit verbracht, mein Opa hat mir im Meer das Schwimmen beigebracht. Das Gebiet um Pula ist für mich mit Heimat und Geborgenheit verbunden. Es riecht nach Pinien, Sonne und Meer. Überall hört man die Möwen. Die Menschen lachen und haben Zeit für einen Schnack. Alles ist so lebens- und liebeserfüllt. Der Ort macht mich ruhig und öffnet mein Herz.

Es ist Sommer, mein Mann und ich stehen früh auf, schnappen uns die Hunde und gehen ans Meer, das sind nur wenige Minuten zu Fuß. Man kann kilometerweit den Lungomare entlang spazieren. In einem der Cafés setzen wir uns hin, ich bestelle einen Kaffee mit geschlagener Sahne. Danach gehen wir auf den Markt, kaufen frisches Gemüse, Fisch und Trüffel. Es gibt dort auch so wunderbare, mit Schokolade gefüllte Brote, die sind besser als jedes Schokocroissant.

Anschließend geht es mit der Familie und den engsten Freunden auf ein Segelboot. Wir fahren die Küste entlang, vielleicht auch rüber zur Insel Cres. Zwischendurch ankern wir, springen ins Wasser und schnorcheln. Meine Cousine taucht nach Muscheln, die kommen später frisch auf den Tisch. Wir steuern auch Strände an, an denen man Muscheln aussieben kann. Zum Mittagessen gibt es mehrere Gänge, darunter Spaghetti vongole.

Musik ist wichtig, wir spielen alle möglichen Tracks. Ich habe mein Ende angekündigt, aber gesagt: Leute, lasst uns das total auskosten. Mir sollen mit vollem Genuss die Lichter ausgehen. Mein Papa ist ein großer Witzmeister, ich hoffe, es gelingt ihm auch heute, Späße zu machen.

Es gibt immer wieder Momente, an denen ich mich aufs Deck lege und dem Geschnatter der anderen zuhöre, die Sonne, das Meer und das Schaukeln des Bootes spüre. Ich mache die Sinne komplett auf und sauge alles in mich auf.

Ein Tag auf dem Meer macht so glücklich. Es passiert ganz viel und auch ganz wenig. Und das ist spektakulär und

unspektakulär. Aber in dieser Einfachheit ist es so satt an Leben. Es geht um die Details – die Momente, in denen ich mir alle noch mal angucke und ihr Lachen einfange. Wenn die Sonne langsam untergeht und das Licht golden und leuchtend wird, schippern wir zurück und legen an einem Hafen an.

Dort ist ein Fest, es werden Sardinen gegrillt und in einem riesigen Topf Miesmuscheln zubereitet. Ich treffe dort noch mehr Freunde. Auch eine Klapa ist da, das ist ein A-Cappella-Männerchor, den gibt es in jedem Dorf. Das Lied „Vela Luka“ singe ich lauthals mit. Die Version von Oliver Dragojevic, der auf Korcula lebte, wo Vela Luka liegt, ist besonders schön. Wir tanzen bis tief in die Nacht. Ich werde alle so oft drücken und knutschen, wie es nur geht. Wer möchte, kann sich eine Locke von meinem Haar abschneiden, so behält er oder sie ein Stück von mir.

Mein Mann und ich beenden den Tag, wie er begann: mit einem Spaziergang am Meer. Ich sage noch so etwas zu ihm wie: Das war doch schön. Dann gehe ich ins Wasser, schwimme raus und löse mich auf. Auf zu neuen Abenteuern.

Aufgezeichnet von  
**NADINE EMMERICH**



# Keep it simple!

Der Marschbefehl der Moderne wirkt – und das auch noch nach über hundert Jahren! „Keep it simple“ lautet bekanntermaßen jener ästhetische Erlass, der direkt hinüber ins minimalistische Himmelreich, wahlweise aber auch nur in die Hölle der Tumbheit führen soll – eine Welt, so übersichtlich wie ein Zen-Garten oder so fad wie geistige Leere. Von wem die Order genau stammt, ist nicht überliefert. So wie bei „Less is more“, dem zweiten Diktum gegen zu viel Dekor und Geschwätz, könnte sie wahlweise aus der Feder von Zen-Meister Dogen Zenji oder aber auch aus dem Füller eines zeitgenössischen Politikers stammen.

Fakt jedenfalls ist: Das sogenannte KISS-Prinzip („Keep it simple, stupid!“) ist auch im 21. Jahrhundert en vogue. Eva Zangerle etwa, Musikwissenschaftlerin an der Universität Innsbruck, hat jüngst in einer großen Studie herausgefunden, dass das menschliche Ausdrucksvermögen zunehmend an Kohärenz, Komplexität und Wortumfang verliert. Immer weniger Worte ergäben demnach immer weniger Sinn. Für diese bahnbrechende Feststellung hat Zangerle in den vergangenen Jahren 12 000 englischsprachige Rap-, Country- und Popsongs untersucht, die zwischen 1980 und 2020 erschienen sind. Ihr Fazit: „Die Sprache wurde einfacher, was sich sowohl an der Lesbarkeit als auch an der Anzahl der komplexen Wörter zeigt. Außerdem wiederholen sich ganze strukturelle Komponenten wie der Refrain, aber auch einzelne Zeilen deutlich häufiger.“

Es wäre in diesem Fall ausnahmsweise mal ein Leichtes, einen direkten Bogen von

Techno oder Rock’n’Roll hinüber in die unmusikalischen Niederungen des Politischen zu ziehen. Denn klingt nicht auch eine Kanzlerrede von Olaf Scholz Jahr um Jahr verschwiegener? Und kommen nicht selbst die redseligsten Polittalks mit immer weniger Worten aus? Man erinnere sich nur an das TV-Duell zwischen Trump und Biden: Das Ausdrucksvermögen der Kandidaten klang am Ende derart runtergedrosselt, dass sich sogar der Wortinhalt zu entziehen versuchte.

Doch lassen wir lieb gewonnene Politikerschelten: Auch des Wählers Wortschatz lässt auffallend nach. Was früher beredte Meinung war, das macht heute ein einfaches „pitch shifting“ von DJ Gigi D’Agostino. Alles wird jetzt eben so verdammt simpel. Was aber leider nicht heißt, dass es auch besser würde.

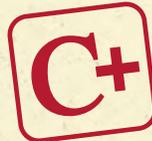


**RALF  
HANSELLE**  
Stellvertretender  
Chefredakteur

**DIE NÄCHSTE CICERO-AUSGABE ERSCHEINT AM 30. AUGUST.**

# Cicero einfach online weiterlesen für nur 9,80 €

0,00 €\* (1 Monat) danach 9,80 €/Monat  
\* Die vergünstigten Angebote können nur  
einmal in Anspruch genommen werden.



Die ersten  
4 Wochen  
gratis!



- Alle Artikel auf cicero.de frei zugänglich
- Cicero als E-Paper und via App
- Monatlich mit 7 Tagen Frist kündbar

cicero.de/cicero-plus-info

Jetzt neu  
bei Cicero Plus:  
Online-Artikel  
zum Hören



workday.  
**BUSINESS-  
ROCKSTARS**

# DIE INNOVATOREN

# INNOVATOREN

# INNOVATOREN



**FINANCE UND HR AUF EINER EPISCHEN PLATTFORM**

UM DEN SICH WANDELNDEN ANFORDERUNGEN  
ZU BEGEGNEN, WIRD WORKDAY STÄNDIG  
WEITERENTWICKELT. MIT KI ALS KERNSTÜCK  
UND KONTINUIERLICHER INNOVATION  
KÖNNEN UNTERNEHMEN JEDER GRÖÖE  
LEGENDÄREN LANGFRISTIGEN ERFOLG ERZIELEN.